Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Meisterfeld Magdeburg, für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernspr. Amt Norden 23861—23865, Nachtruf (ab 19 Uhr) 22951. Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis: Monatlich 2.30, Abholer 2.00 Mk., Einzelpreis 15, Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf., Familienanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite lokal 75, auswärts 90 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓ % Aufschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Platzvorschrift unverbindlich. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 122 Magdeburg (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 278 — Donnerstag den 28. November 1929 — 40. Jahrgang

China appelliert an die Kellogg-Mächte

Berufung auf den Kellogg-Pakt

Der chinesische Außenminister Wang hat die diplomatischen Vertreter Chinas im Ausland angewiesen, sämtlichen Mächten, die den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, den Tatbestand der sowjetrussischen Invasion in chinesisches Gebiet zur Kenntnis zu bringen und die Erklärung abzugeben, daß sich China zwar durch die Bestimmungen des Kellogg-Pakts gebunden fühle, jedoch gezwungen sei, dem Angriff Widerstand zu leisten.

Die Gesandten und Botschafter Chinas sind ferner beauftragt worden, sämtliche Signatarmächte des Kellogg-Pakts zu ersuchen, Mittel und Wege zu finden, um gegenüber Rußland wegen des Bruches des Paktes Maßnahmen einzuleiten. China erklärt sich bereit, den Streitfall vor den Völkerbund zu bringen. —

Der chinesische Vermittlungsvorschlag

Die Berliner chinesische Gesandtschaft veröffentlicht den Wortlaut einer Erklärung, die sie vor kurzem durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Moskau der Sowjetregierung überreichen ließ. Danach macht China einen bedingungsvollen Vermittlungsvorschlag. Es heißt darin:

„Da die Sowjetregierung hartnäckig behauptet, die chinesischen Truppen hätten das Feuer an der Grenze eröffnet, schlägt die chinesische Regierung, indem sie feierlichst diesen Vorwurf zurückweist, vor, sofort eine gemischte Kommission zu bilden, die die Angelegenheit untersuchen soll und die Verantwortung für den gegenwärtigen Ernst der Lage an der Grenze zu ermitteln hat.

Diese Untersuchungskommission soll sich aus einer gleichen Zahl qualifizierter Persönlichkeiten beider Länder mit einem Angehörigen eines neutralen Landes als Vorsitzenden zusammensetzen, mit dessen Ernennung die beiden Parteien sich einverstanden erklärt haben.

Um den sehnlichen Wunsch der Sowjetregierung, wie er in ihrer Note vom 25. September zum Ausdruck kommt, entgegenzunehmen, d. h. den Frieden an der Grenze aufrechtzuerhalten, und unsern ehrlichen Willen zu beweisen, die bereits ernste Situation sich nicht verschärfen zu lassen, schlägt die chinesische Nationalregierung vor, daß beide Parteien sofort und gleichzeitig ihre Truppen auf eine Entfernung von 30 englischen Meilen von der Grenze zurückziehen."

Die Nankingregierung erklärt sich bereit, den gesamten Streitfall zwecks Schlichtung einer neutralen und unparteiischen Stelle zu unterbreiten, der beide Teile in Uebereinstimmung mit den bestehenden Gebräuchen für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten beistimmen.

Nach den Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, die abwechselnd von Moskau und Nanking in offiziellen Noten erhoben werden, über die sich kein Mensch in Europa und in der übrigen Welt ein sicheres Urteil bilden kann, ist — wie der „Vorwärts" hervorhebt — der neuste Vorschlag der Nankingregierung der erste wirklich begrüßenswerte Schritt, der in diesem seit nunmehr vier Monaten andauernden diplomatischem Kampf unternommen worden ist. —

Städtebaugesetz im Preußenparlament

Der Preußische Landtag trat am 26. November wieder zusammen. Zunächst widmete der Präsident der inzwischen verstorbenen Abgeordneten Frau Bachem (Ztr.) einen Nachruf. Sodann teilte er dem Hause mit, daß der Abgeordnete Dr. Porsch (Ztr.) von seinem Amt als Vizepräsident zurückgetreten ist. Im Namen des Hauses sprach er ihm für seine 26jährige Tätigkeit im Präsidium des Landtags den Dank aus. Das Zentrum wird sich voraussichtlich am Mittwoch entscheiden, wen es als Nachfolger von Porsch als Vizepräsident vorschlagen wird.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen führte der Landtag die Aussprache über den

Goslarer Schulskandal

zu Ende. Die Debatte darüber ist am 24. Oktober abgebrochen und vertagt worden. Die Große Anfrage der Deutschnationalen und die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei verlangten Zurücknahme des Ministerialerlasses, der wegen der Besudelung der schwarzrotgoldenen Farben durch höhere Schüler in Goslar am 11. August d. J. den höhern Schulen in Goslar die Berechtigung zur Vornahme von Abschlußprüfungen entzieht.

Die ausschließlich von den Rechtsparteien bestrittene Aussprache fand im Hause wenig Interesse. Die Nationalsozialisten benahmen sich, wie immer, flegelhaft. Der offenbar nicht ganz zurechnungsfähige Abgeordnete Hanke (Natl.-Soz.) warf in Ermanglung andrer durchschlagender Argumente einem Ministerialdirektor des Kultusministeriums Papierkugeln an den Kopf. Für diese Lausbüberei wurde er von der Sitzung ausgeschlossen. Die Anträge und die Große Anfrage wurden schließlich dem Unterrichtsausschuß überwiesen.

Das Haus ging dann über zur ersten

Beratung des Städtebaugesetzes.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer leitete die Verhandlungen ein. Er erklärte u. a., daß das Städtebaugesetz nun schon seit etwa 8 Jahren die Oeffentlichkeit beschäftige. Er habe sich anfangs auf eine Erweiterung des Baufluchtliniengesetzes beschränken wollen, sei aber durch die Städtebauer zur Ausarbeitung eines umfassenderen Entwurfs gedrängt worden. Weil der größte Teil der Städtebauer eine Verbesserung seines Handwerkszeugs benötige, entstehe für den Minister die Pflicht, das Städtebaugesetz erneut vor dem Landtag zu vertreten.

In der jetzigen Vorlage seien die Beschlüsse des Landtagsausschusses zum größten Teil berücksichtigt worden. Leider sei es nicht möglich gewesen, mit einem Teil der kommunalen Spitzenverbände über die zwischengemeindliche Reglung zu einer Einigung zu kommen. Wenn auch anzuerkennen sei, daß die großen Städte städtebaulich das Schicksal ihrer Umgebung beeinflussen, gehe es doch nicht an, die umliegenden Gemeinden einer

unumschränkten Diktatur der großen Städte

zu überlassen, wie der Staat auch eine Reglung nicht wünschen könne, die zwischen benachbarten großen Städten den Kampf über das Recht der entscheidenden Planung ermögliche. Noch weniger könne er anerkennen, daß die Landesplanung für Verkehrs- und Bergbauflächen sowie für die Wasserwirtschaft eine rein städtische Aufgabe sei. Die neuen Entwurfsvorschriften würden ausreichen, die Bedürfnisse der Landesplanung zu erfüllen, ohne die Gemeinde aus ihrer mitentscheidenden Rolle zu verdrängen.

Die nach großen Gesichtspunkten der kommenden Zeit arbeitende Landesplanung werde sicherlich die Arbeit der nächsten Jahrzehnte beherrschen. Daher gelte es die Fragen zu klären, wie die Landesplanung des Verkehrs, die

Erhaltung der Wälder und großen Grünzüge

in dicht besiedelten oder dichter Besiedlung entgegengehenden Gebieten und schließlich wie die Sicherung der Flächen des Bergbaues und der wasserwirtschaftlichen Anlagen durchzuführen seien. Wollte man da auf die Arbeit der Einzelgemeinde verweisen, so hieße das: die Hoffnung auf eine zweckentsprechende Lösung zu Grabe tragen.

Die andern Abschnitte brächten in großem Umfang Reformen, teils auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung, wie es beim Fortfall der ortspolizeilichen Zustimmung zum Fluchtlinienplan der Fall sei. Weiter brächten sie den Verzicht auf die Genehmigung der Fluchtlinienpläne von Berlin sowie den Fortfall der Zuständigkeit des Ministeriums für Entscheidungen auf die Einsprüche gegen die Fluchtlinienpläne in Berlin.

Zum Teil seien Neurungen zum Nutzen des Städtebaues oder der Grundeigentümer entstanden. Dazu sei besonders die Möglichkeit zu rechnen, künftig

Erholungs- und Kleingartenflächen

ohne Rücksicht auf den Begriff eines Platzes, sowie Verkehrsbänder und einfache Wege, etwa

Radfahrwege durch Fluchtlinien festzulegen.

Wenn der Staatsrat die Ablehnung des gesamten Entwurfs allein mit seiner Ablehnung des ersten Abschnitts glaube begründen zu können, so sei er nach Ansicht des Ministers dem Gesetzentwurf nicht gerecht geworden.

Abg. Berten (Soz.) begrüßte die Vorlage des Städtebaugesetzes und erklärte die Bereitwilligkeit seiner Freunde, daran mitzuarbeiten. Bedauerlich sei, daß man bei der Aufstellung der Flächenaufteilungspläne nicht die Gemeindevertretungen allein bestimmen lassen wolle.

Abg. Lüdicke (Dt.-natl.) bezeichnete die Bedenken des Staatsrats als berechtigt. Besonders die Enteignungs- und Entschädigungsvorschriften seien unbefriedigend. Das Gesetz atme mehr den Geist des Wohlfahrts- als den des Rechtsstaats. Die Deutschnationalen könnten es nicht annehmen.

Gegen 18 Uhr wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. —

Gegen den Verfall des Parlaments

Die preußische Regierung ist an den interfraktionellen Ausschuß der Regierungskoalition mit dem Ersuchen herangetreten, auf dem Wege des Geschäftsordnungsausschusses Sicherungen gegen unwürdige Szenen im Parlament zu schaffen, die in neuster Zeit durch die radikalen Flügelparteien immer häufiger hervorgerufen wurden.

Ein besonderer Sport der Opposition besteht darin, bei jeder Gelegenheit durch Ueberraschungsanträge die Minister herbeizuzitieren. Wie das gemeint ist, konnte man am Dienstag sehen. Kaum hatte der Kultusminister Becker, durch einen solchen Ueberrumplungsbeschluß der Opposition herbeizitiert, den Saal betreten, als der gerade das Wort habende Abgeordnete Ponfik von der deutschnationalen Fraktion den Minister derart beschimpfte, daß dieser ostentativ den Saal wieder verließ, in dem ihm niemand ein Verbleiben zumuten konnte, zumal der amtierende deutschnationale Vizepräsident von Kries stets erst besondrer Hinweise bedurfte, um die fortgesetzten Ordnungswidrigkeiten der Rechten zu bemerken.

Es ist natürlich, daß die Regierungsparteien nicht gesonnen sind, diesen moralischen Verfall des Parlaments tatenlos anzusehen. Die Initiative zur Abwehr ist von der preußischen Regierung ausgegangen, die schließlich das Recht hat, von dem Parlament zu verlangen, daß es die von ihm selbst herbeigewünschten Minister und sonstigen Regierungsvertreter in der unter anständigen Menschen üblichen Art anhört und behandelt. —

Gewitterwolken

Vor dem Zusammentritt des Reichstags

Heute, am Mittwoch, tritt der Reichstag zu seiner Herbsttagung zusammen. Er findet ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor. Zahlreiche schwierige Probleme harren der Lösung.

Die Mittwochsitzung wird mit der Beratung kleinerer Vorlagen ausgefüllt. Am Donnerstag steigt — zum Kummer der Deutschnationalen — das „Freiheitsgesetz". Die Reichsregierung wird dazu in einer kurzen ablehnenden Erklärung ihre Meinung äußern. Auch die Regierungsparteien dürften sich mit einer kurzen gemeinsamen Erklärung begnügen und nur noch, wenn es dringend notwendig erscheint, in die Debatte eingreifen. Wer diese Debatte auf deutschnationaler Seite führt, ist völlig ungewiß. Hugenberg kneift auch diesmal und dürfte seine Sache wahrscheinlich von Herrn Quaatz oder Herrn Freytagh-Loringhoven vertreten lassen. Graf Westarp soll es abgelehnt haben, für seinen Nebenbuhler die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wird er jetzt gänzlich in Ungnade fallen oder wird er nachträglich noch unter Druck gestellt und unter Zwang von der Tribüne des Reichstags herab eine Sache vertreten, von denen Unsinnigkeit und Erfolglosigkeit er mit einem Teil seiner Fraktion überzeugt ist? Allerdings eine Ueberzeugung, auf deren Auswirkungen man im Lager der bürgerlichen Parteien bisher vergeblich gewartet hat und wahrscheinlich zunächst auch noch vergeblich warten wird. Ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten wird am Freitag oder Sonnabend bei der Abstimmung wahrscheinlich „krank" feiern oder „dringend abwesend" sein. Ein andrer Teil enthält sich voraussichtlich der Stimme. Die Courage, angesichts des Diktators Hugenberg gegen das Gesetz zu stimmen, ist angeblich bei keinem deutschnationalen Abgeordneten vorhanden. Allen bangt — wie es heißt — vor dem sofortigen Ausschluß, mit dem der „große Führer" die Verneinung des „Freiheitsgesetzes" zu beantworten gedenkt. Allen bangt vor dem Ausschluß durch einen Mann, der von der übergroßen Mehrheit der deutschnationalen Fraktion für einen kleinen Gernegroß gehalten wird.

Angesichts dieser Zustände ist man im deutschnationalen Lager bestrebt, aus dem Entwurf des „Freiheitsgesetzes" nach Möglichkeit zwei Vorlage zu machen, eine mit und eine ohne den Paragraphen 4. Eine Vorlage mit dem Zuchthausparagraphen, die andre ohne dieses Ungetüm. Viel Glück werden die „Realpolitiker" der deutschnationalen Fraktion mit diesem Plan schon deshalb nicht haben, weil die Regierungsparteien jeden Versuch der Teilung entschieden abwehren dürften. Es kann sich für sie nur darum handeln, daß das Freiheitsgesetz so wie es ist, wie es aus dem Volksbegehren hervorgegangen ist, im ganzen angenommen oder abgelehnt wird. Die Dissidenten der deutschnationalen Fraktion werden sich deshalb so oder so zu entscheiden haben, für die Annahme oder Ablehnung ohne vorherige Ausschußberatung.

Mit der zweifelsfrei feststehenden Ablehnung des „Freiheitsgesetzes" durch die übergroße Mehrheit des Reichstags ist der Weg zum Volksentscheid, der Weg zu einer neuen Niederlage für Hugenberg frei.

Frei ist zugleich der Weg für neue sachliche Arbeit im Reichstag. Er wird sich zunächst mit dem Republikschutzgesetz befassen, das am Dienstag von dem zuständigen Ausschuß des Reichsrats nach verhältnismäßig geringfügigen Abändrungen verabschiedet worden ist. Im Plenum des Reichsparlaments werden die Meinungen über die endgültige Gestaltung dieses Gesetzes wahrscheinlich hart aufeinanderprallen. Deutschnationale und Kommunisten dürften wiederum in gemeinsamer Front mit den Hakenkreuzlern stehen und kämpfen.

Aber härter noch als diese Auseinandersetzungen werden sich aller Voraussicht nach die politischen Kämpfe um die Verteilung der Lasten nach der Erledigung des Young-Plans und um die Zollvorlagen gestalten. Wird die Regierung diese Kämpfe überstehen? Eine bitter ernste Frage, auf die heute noch niemand eine bestimmte Antwort erteilen kann. Schon zeigen sich Gewitterwolken am Horizont. Schon stellt die Volkspartei Ansprüche, die niemals die Zustimmung der Sozialdemokratie finden können und werden.

Richtung und Ziel der sozialdemokratischen Politik liegen auch für die Zukunft klar zutage. Als Organisation des schaffenden Volkes wird sie für eine Entlastung der Arbeiterschaft kämpfen und von dem Ausgang dieser Kämpfe ihre Entscheidungen abhängig machen. —

Reglung der standesherrlichen Renten

Statt entschädigungslosen Fortfalls Beschränkung der Aufwertung

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit einem Gesetzentwurf zur Reglung der staatlichen, insbesondere der standesherrlichen Renten. Die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei hatten sich an Stelle eines von der Regierung vorgelegten, verfassungsändernden Entwurfs auf einen Gesetzentwurf geeinigt, der statt einer Enteignung eine Beschränkung der Aufwertung der Renten vorsieht. Nur soweit eine Rente als Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust von Leibeigenschaftsrechten begründet ist, deren Inhalt nach den Anschauungen der heutigen Zeit als unsittlich angesehen werden muß, soll nach § 2 eine entschädigungslose Enteignung erfolgen.

Abg. Heilmann (Soz.) stellte fest, daß die Sozialdemokratie nach wie vor einen entschädigungslosen Wegfall aller Renten fordere und auch einen entsprechenden Abänderungsantrag gestellt hat. Es habe sich aber bereits in der ersten Lesung herausgestellt, daß für einen solchen Antrag die verfassungsändernde Mehrheit nicht gegeben sei. Würde man überhaupt darauf verzichten, auch nur die Aufwertungsgrenze festzusetzen, wie es die bürgerlichen Mittelparteien wünschten, so würde man die Aufwertung den Gerichten überlassen müssen. Was das bedeute, wisse man nach den Erfahrungen mit den Hohenzollern-Prozessen. Infolgedessen würde die Sozialdemokratie, falls ihr Antrag auf entschädigungslose Enteignung abgelehnt werde, für den Antrag der bürgerlichen Mittelparteien stimmen. Dieser Antrag sei keine Rettungsaktion für die Standesherren, sondern für das Volk, dessen Interessen Schutz vor zu weitgehender Aufwertung erfordere.

Justizminister v. Guérard erklärte für die Reichsregierung, daß sie mit dem Antrag der bürgerlichen Mittelparteien einverstanden sei.

Abg. Lindeiner-Wildau (dt.-natl.) wandte sich gegen die Abänderungsanträge der Mittelparteien, weil sie Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsordnung enthielten und die Grenze überschritten, die einer Verfassungsänderung gesetzt seien. Der Vorschlag verstoße gegen die Grundsätze eines Rechtsstaates, insbesondere dadurch, daß er Gesetzesvorschriften enthalte, denen rückwirkende Kraft beigemessen werde.

Der sozialdemokratische und der mit diesem übereinstimmende kommunistische Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Renten wurden abgelehnt. Der Antrag der bürgerlichen Mittelparteien wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, die damit gegen die in § 2 vorgesehene entschädigungslose Enteignung stimmten. Der § 3 des Antrags der bürgerlichen Mittelparteien, der im allgemeinen eine Aufwertung von 8 Prozent, in gewissen Fällen (Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust von landesherrlichen oder standesherrlichen Rechten, sonstige Hoheitsrechte oder Standesrechte) von 5 Prozent und (bei Ausgleich für Verlust von Grundbesitz) 25 Prozent vorsieht, wurde ebenfalls angenommen.

Als der Abg. Maslowski (Komm.) bei der Beratung des § 3 die Sozialdemokratie angriff, stellte Abg. Heilmann (Soz.) fest, daß, wenn man mit den Kommunisten alles ablehne, die Renten vermutlich auf 100 Prozent aufgewertet würden. Der Gesetzentwurf gebe den Standesherren 5 Prozent, die Kommunisten wollten offenbar 100 Prozent retten. Der einzige Punkt, in dem eine entschädigungslose Enteignung durchgesetzt sei, habe bei der Abstimmung zu § 2 keine Gnade vor den Augen der Kommunisten gefunden. Dabei habe sich abermals erwiesen, wie unmöglich es sei, mit der Kommunistischen Partei zu arbeiten.

Der Gesetzentwurf gelangt nunmehr an das Plenum des Reichstags, das ihn hoffentlich schnellstens verabschiedet. —

Ostelbische Kohlen-Handelsgewinne

Debatte im Reichskohlenrat

Der Reichskohlenrat beschäftigte sich am Dienstagabend mit den Mißständen in den Absatzorganisationen des ostelbischen Kohlensyndikats, einer Frage, die im Hinblick auf die Streikgefahr im mitteldeutschen Grubenrevier im Augenblick besondere Bedeutung hat. Im Sommer d. J. wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die sich in mehreren Sitzungen mit der ganzen Materie beschäftigte. Die Dinge liegen so, daß sich große Konzerne der Kontrolle durch die Organe der Kohlengemeinwirtschaft zum Schaden der Produktion und der Verbraucher entzogen haben. Insbesondere gilt das für die sogenannte Petschek-Gruppe, die im Laufe von wenigen Jahren einen großen Konzern in der mitteldeutschen Braunkohle aufbauen konnte.

Die Kommission ist zu keiner einheitlichen Auffassung über die ganze Situation gekommen. Der Vertreter der Unternehmer betonte, daß die jetzige Reglung dem vom Reichskohlenrat genehmigten Syndikatsvertrag entspreche. Deshalb seien keine weitern Einwendungen zu erheben.

Demgegenüber stellte sich Dr. Berger, Vertreter der Arbeitnehmergruppe, auf den Standpunkt, daß durch die gegenwärtige Reglung die Absatzfreiheit des Syndikats in ungesetzlicher Weise eingeschränkt würde. Nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz stehe dem Syndikat die völlige Verfügungsgewalt über die Brikettfabrikation und über den Brikettabsatz zu. Das sei jetzt nicht der Fall. In Durchführung des Syndikatsvertrags hätten die Organe des ostelbischen Braunkohlensyndikats, also die Brikettvertriebe, den Charakter von Petschekschen Berghandelsgesellschaften angenommen. Die ungeheuern Handelsgewinne flössen nicht dem Syndikat zu, sondern der Petschek-Gruppe. Die gegenwärtige Nebenkaffelung verhindere die Verbilligungsmöglichkeiten, was dem Sinne des Kohlenwirtschaftsgesetzes widerspreche. So flössen den großen Konzernen aus den unberechtigten Handelsgewinnen jährlich 7 bis 8 Millionen Mark zu, das entspreche dem Zinsendienst einer Anleihe von rund 100 Millionen Mark. Durch die ungeheuern Gewinne sei es z. B. der Petschek-Gruppe auch nur möglich gewesen, große und renommierte Aktiengesellschaften in der mitteldeutschen Braunkohle aufzukaufen, wie die „Ilse“, die Niederlausitzer Kohlenbergwerke und die „Eintracht“. Das Syndikat sei eine öffentlich-rechtliche Einrichtung. Diese dürfe nicht mißbraucht werden, um privates Gewinnstreben zu fördern. Es sei einwandfrei, daß der gegenwärtige Syndikatsvertrag und seine Auswirkung dem Kohlenwirtschaftsgesetz und besonders dem § 72 des Gesetzes widersprechen.

Dem Reichskohlenrat wurden dann zwei Entschließungen vorgelegt. Die eine Entschließung stammte von den Arbeitnehmern und ersucht den Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichskohlenrat, die Anwendung des Kohlenwirtschaftsgesetzes auf das ostelbische Syndikat durchzuführen. Die zweite Entschließung, die von den Arbeitgebern eingebracht ist, stellt fest, daß sich die gegenwärtige Reglung im ostelbischen Braunkohlensyndikat im Einklang mit dem Kohlenwirtschaftsgesetz befinden. Die Entschließung der Unternehmer wurde mit den Stimmen der Unternehmer und eines Teiles der Verbraucher gegen die Stimmen der Arbeitnehmer angenommen.

Die Arbeitnehmer ließen darüber keinen Zweifel, daß damit noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Die Oeffentlichkeit muß aber vor allem auf das eigentümliche Verhalten hingewiesen werden, das die Vertreter der Verbraucher auch diesmal wieder an den Tag legten. —

Scholz und die verkrachte Beamtenbank

Die vor kurzem zusammengebrochene Reichsbundbank ist eine Gründung des Reichsbundes der höheren Beamten. Der Vorstand dieses Reichsbundes gibt jetzt in seiner Zeitschrift eine Darstellung über die Vorgänge, aus der wir entnehmen, daß die Reichsbundbank im Jahre 1923 von dem derzeitigen und auch jetzigen 1. Vorsitzenden des Reichsbundes der höheren Beamten, dem Reichsminister a. D. Dr. Scholz, dem Senatspräsidenten Dr. Spiegelthal und dem Hauptgeschäftsführer Dr. Rathke gegründet wurde. Sie sollte in Not geratenen Beamten durch Kredite helfen.

Wie Herr Rathke die Bank geleitet hatte, ist bekannt. Er trat mit der Kreditbank eines gewissen Otto Jahn in Verbindung. Ueber diese Verbindung teilt der Reichsbund der höheren Beamten jetzt mit, daß es eine Verwaltung der Reichsbundbank tatsächlich nur dem Namen nach gab, und daß über die gegenseitigen geschäftlichen Beziehungen keine oder nur äußerst mangelhafte schriftliche Abmachungen getroffen worden sind. Im Jahre 1924 entdeckte dann der Vorstand des Reichsbundes, daß sich Jahn und Rathke als unzuverlässig erwiesen hatten. Rathke wurde entlassen. Von einer Liquidation der Reichsbundbank sah man jedoch ab. Der Vorstand des Reichsbundes spricht in diesem Zusammenhang von Sicherheiten und Bürgschaftsverpflichtungen in einer recht unklaren Art, jedoch so, daß man annehmen kann, daß bereits im Jahre 1925 die Reichsbundbank insgesamt 6,2 Millionen Mark Schulden und dafür die „Sicherheiten“ des Herrn Jahn hatte. Im Jahre 1929 trat dann die Kreditbank des Herrn Jahn in Liquidation. Jahn selbst leistete den Offenbarungseid.

Minister a. D. Scholz, führend in der Deutschen Volkspartei, war bis Ende 1928 als 1. Vorsitzender des Reichsbundes der höheren Beamten zugleich Aufsichtsratsvorsitzender bei der Reichsbundbank. Nach der Zeitschrift des Reichsbundes der höheren Beamten (Mai-Nummer 1929) behauptet die Reichsbundbank, bei einem Aktienkapital von 620 000 Mark für das Geschäfts- und Kalenderjahr 1928 einen Reingewinn von 140 000 Mark gemacht zu haben. Die Hauptversammlung fand im August 1929 statt, und der Bericht des Vorstandes der Bank, der ausdrücklich im Einverständnis mit dem Vorstande des Reichsbundes der höheren Beamten erstattet ist, sprach von der Bank in einem durchaus ruhigen und sichern Ton und nannte sie u. a. „eine starke Stütze“ der höheren Beamtenschaft. Dabei stand unter den Aktiven der Posten Schuldner mit etwa 7,796 Millionen Mark. Vermutlich waren in diesen Betrag die famosen Sicherheiten des Herrn Jahn mit 6,2 Millionen Mark in voller Höhe als Aktivum eingesetzt.

Am 19. Dezember findet die außerordentliche Hauptversammlung der Reichsbundbank statt, die über den Konkursantrag zu beraten hat, da die Hälfte des Grundkapitals verloren ist. Die geschädigten Aktionäre und Beamten werden in der Hauptversammlung wohl ein berechtigtes Interesse daran bekunden, inwieweit Minister Scholz und Senatspräsident Spiegelthal selbst dem Rate gefolgt sind, den sie immer den von ihnen betreuten Beamten gegeben haben, nämlich den, ...

Die Affäre Dreyfus

Uraufführung in der Berliner Volksbühne

Im voraus muß festgestellt werden, daß der Erfolg dieses Stückes den künstlerischen Ruf des Theaters am Bülowplatz schon zu Beginn dieser Spielzeit gefestigt hat. Man erinnert sich der heftigen Angriffe von allen Seiten, die diese Bühne während zweier Jahre, vom Fall Piscator an, ausgesetzt war. Diese Angriffe waren mit Recht unternommen worden. Und mit Recht stellt man jetzt ebenso einmütig fest, seitdem Karlheinz Martin als künstlerischer Leiter in den herrlichen Theaterbau am Bülowplatz eingezogen ist, daß diese „Volksbühne“ an der Spitze der [illegible] Theater steht. Die Stückauswahl ist so [illegible], daß jedes Stück mehr [illegible] gegeben werden muß, und daß allabends ich nach dem großen Kassenansturm [illegible] der Mitglieder, die auf die [illegible] Plätze [illegible] mußten.

Nun [illegible] ist die „Affäre Dreyfus“, die sich vom Jahre 1894 bis zur Jahrhundertwende [illegible] [illegible]

[illegible]

[illegible] René Kestner [illegible]

[illegible] Walter Franck als [illegible] Kurt Gerron [illegible] Hans Peppler als Emile Zola, Leonhard Steckel als [illegible] Paul Henckels als der junge [illegible]

... der Uraufführung! [illegible] Wedekind bekannt [illegible] „[illegible]“, die [illegible] als wertvolle [illegible]

Der [illegible], der diese Affäre [illegible] und diese Ahnengalerie [illegible], ist der Regisseur Heinrich Neuer.

[illegible] der Uraufführung war bekannt, daß sich unter dem [illegible] René Kestner die Namen Rehfisch und Wilhelm Herzog verbargen, die sich kurz vorher noch in die Haare gerieten. Der Schluß des Stückes stand am Tage der Aufführung noch nicht fest. Das ganze war eine peinliche, vielleicht geschäftlich aufgebauschte Angelegenheit, die dieses Stück nicht nötig gehabt hätte. Das Publikum nahm und [illegible] nach diesem aufregenden und [illegible] Theaterabend. Auch die Autoren zeigten sich.

K. A. Frommelt

Lampel und die Zensur

Lampels Filmmanuskript „Giftgas über Berlin“, das vor einiger Zeit im Theater am Schiffbauerdamm in Berlin aufgeführt werden sollte, war einige Tage vor der Premiere verboten worden, da das Berliner Polizeipräsidium befürchtete, die Aufführung könne zu Störungen Anlaß geben. Auf den Einspruch der Theaterleitung und des Dichters [illegible] sich am Dienstag der [illegible] der Stadt Berlin mit dem Verbot.

[illegible]

Kreuzung der Maschine

[illegible] Frank [illegible] „[illegible] der Maschine“. [illegible]

Der Inhalt des Chorwerks ist die Tragik der Menschen, die Maschinen erfanden und ihre Sklaven wurden. Ihr Leidensweg durch Maschinenfron und Kriegsnot endet in der Erlösung durch die Macht des vereinigten Proletariats. — Wir kennen das Werk als Sprech- und Bewegungschor von der Uraufführung in der Volksbühne im Mai d. J. Und wir können nur feststellen, daß es durch die musikalische Bearbeitung von Artur Wolff sehr gewonnen hat. Er hat sich fein in die Musik der Dichtung eingefühlt und durchaus originelle Lösungen gefunden. Die Darstellung der Maschine war zwingend. Die Kinderchöre zeigten hohen musikalischen Wert. Der Kampf um das goldene Kalb begeisterte durch seine dramatische Wucht. Eine überzeugende Lösung war die Vertonung der Stelle: Generalkommando und Korf im Staat ... der Arbeiter- und Soldatenrat. Es gab auch einige flaue Stellen, z. B. der lange Anlauf des Orchesters am Schlusse des Werkes, die aber den guten Gesamteindruck nicht beeinträchtigen konnten, und so war der Beifall des vollbesetzten Saales herzlich. Das kam nicht zuletzt durch die glänzenden Leistungen des Berliner Volkschors, des Berliner Sinfonie-Orchesters und der Einzelsprecher.

Der Versuch, zu einem proletarischen „All-Kunstwerk“ zu kommen, ist gelungen. Er war für den Sprechchor sehr interessant. Zeigte er doch wieder, daß die Musik die eigentümlichen Wirkungen des Sprechchors totschlägt: seine Herbheit, seine dramatische Wucht, seine Agitation und nicht zuletzt seine Klangfähigkeit des gesprochenen Wortes. Man suchte hier allerdings eine Ehrenrettung durch Einschieben von Einzelsprechern, die aber nur dort gelang, wo das einzelne Wort Anschluß an die Musik fand. Peinlich wirkten einige rhetorisch-dramatische Einzelstellen. Auf der Theaterbühne ließen sich sicher manche dieser Härten ausmerzen durch eine andere räumliche Anordnung der Chöre — und durch Einschaltung eines Bewegungschores. Manche Rhythmen [illegible] und Bewegung.

Hrr.

Das Mitteldeutsche Landestheater des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine eröffnete seine sechste Spielzeit mit Bernhard Shaws „Candida“ in der Inszenierung von Direktor Hermann Lange. Infolge der planwirtschaftlichen Arbeitsweise dieser Bühne blieb sich „Candida“ von Mitte September bis Ende Oktober auf dem Spielplan. Im ganzen wurden bisher noch folgende Stücke herausgebracht: „Trio“, Lustspiel von Leo Lenz, „Teufelsrad“ von Schönherr und „Geographie und Liebe“ von Björnson. —

Die Palucca in Magdeburg. Die Magdeburger Volksbühne hat die berühmte Tänzerin Gret Palucca für ein Tanzgastspiel im Stadttheater, am Sonntag den 9. März, engagiert. —

Uraufführungen. „Der Sprung übers Herz“, von [illegible] von Emil Bernhard, wird am 6. Dezember d. J. gemeinsam vom Rheinischen Städtebundtheater Neuß, Stadttheater Frankfurt an der Oder und Stadttheater Kottbus uraufgeführt. Ferner ist dieses Bernhardsche Stück vom Stadttheater Altona und vom Deutschen Theater in Brünn durch Vermittlung des Volksbühnenverlags zur Aufführung erworben worden. —

ist soeben erschienen und

zum ermäßigten Preise von

nur 50 Pfennig

zu beziehen durch

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3

CIRCUS CARL HAGENBECK

Blumenfeld-Gebäude — Telephon 24648

!!! NUR NOCH VIER TAGE !!!

Vorstellung täglich 8 Uhr abends

Heute Donnerstag 2 Serien 5 und 8 Uhr

Skat-Groß-Wettspiel

Reichshalle Magdeburg.

an 3 Tagen 148 Protokolle. — 592 Teilnehmer. — Gesamtpreise über 5000 Mark laut Preisplan.

Stadttheater

Donnerstag, 28. Nov., 19.30 b 22.30 Uhr, 6. Abd.
Die andere Seite
Drama von R. C. Sheriff

Freitag, 29. Nov., 19 b 23 Uhr, 8. Abd. **Siegfried**
Handlung in 3 Akten v. R. Wagner.
Sonnabend, 30. Nov., 15 Uhr,
Erstaufführung
Weihnachtsmärchen-Vorstellung
Der Schneemann
Weihnachts-Indianerspiel von A. Schettler.
Abends 20 Uhr — 9. Abend, **Mona Lisa** — Sonntag, 15 Uhr — **Der Schneemann** abs. 14.30 Uhr — 1. Abd. **Henriette Sontag.**

Was schenkt man einer schönen Frau?

Diese kolossale Weltstadt-Revue die der berühmte Komponist **Harry Waldau** persönlich dirigiert, zeigt ab Freitag

Palast-Lichtspiele Sudenburg

Braunschweiger Straße Nr. 25

Apollo-Gaststätten
Wallstraße 2a.

Heute 1. großes **Schlachtfest**
wie immer

Carl Preßkott, früher im Römer

Prachtvolles

Klavier

nur Mk. 400.–

Zimmermann-Klavier

575.– Mk.

Hahn, Breiter Weg 119

Eing. Braunehirschstr.

Reparaturwerkstatt!

Pabst

Georgenstr. 4,
Eingang neben Barasch.

Größte Auswahl.
Teilzahlungen

Beachten Sie bitte meine gr. Schaufenster.

Alle Reparaturen und Zubehörteile.

Gebisse, Münzen
Altgold, Silber
Brillant. kauft
Träbert
Pfeifersberg 9.

Unsere lustigen Bücher

Heinrich Zille:
Rund ums Freibad 3.00
Kinder der Straße . . 3.00
Mein Milieu . 3.00

Paul Simmel:
An mein Volk . 2.00
Ausgerechnet . 2.00
Hab Sonne im Herzen . . . 2.00

Adamson:
Humor I. II. je 3.00
Jagd und Sport 3.00

Rositschek:
Könige in Unterhosen . 2.00

Hans Reimann:
Der Geenti . . 1.50
Sächsische Miniaturen I, II 2.50
Neue Sächsische Miniaturen . . 4.00

Lene Voigt:
Sächsische Balladen 2.00
Sächsische Glassiger . . . 2.00

Artur Goldstein:
Das lustige Buch des Bücherkreises. Eine Sammlung von zeitgemäßen Humoresken und Grotesken. In Leinen geb. nur 3.00

Hasse Zetterström:
Der Dynamithund . 1.50
Meine merkwürdigste Nacht 1.50
Büttel 1.50

Ferdinand Avenarius:
Das fröhliche Buch. Ges. a. deutsch Dichter- u. Malerkunst n. 3.00

Joseph Plaut:
Das Vortragsbuch . 4.00

Senfi-Georgi
Das lustige Vortragsbuch. Eine Slg. köstlichen Humors geb. nur . 1.50

W. Eschbach und W. Hofmann:
Lachendes Volk, Humor in Vers u. Prosa, der bei allen befreiendes Lachen auslöst. In Leinen geb. 4.00 broschiert . . . 3.00

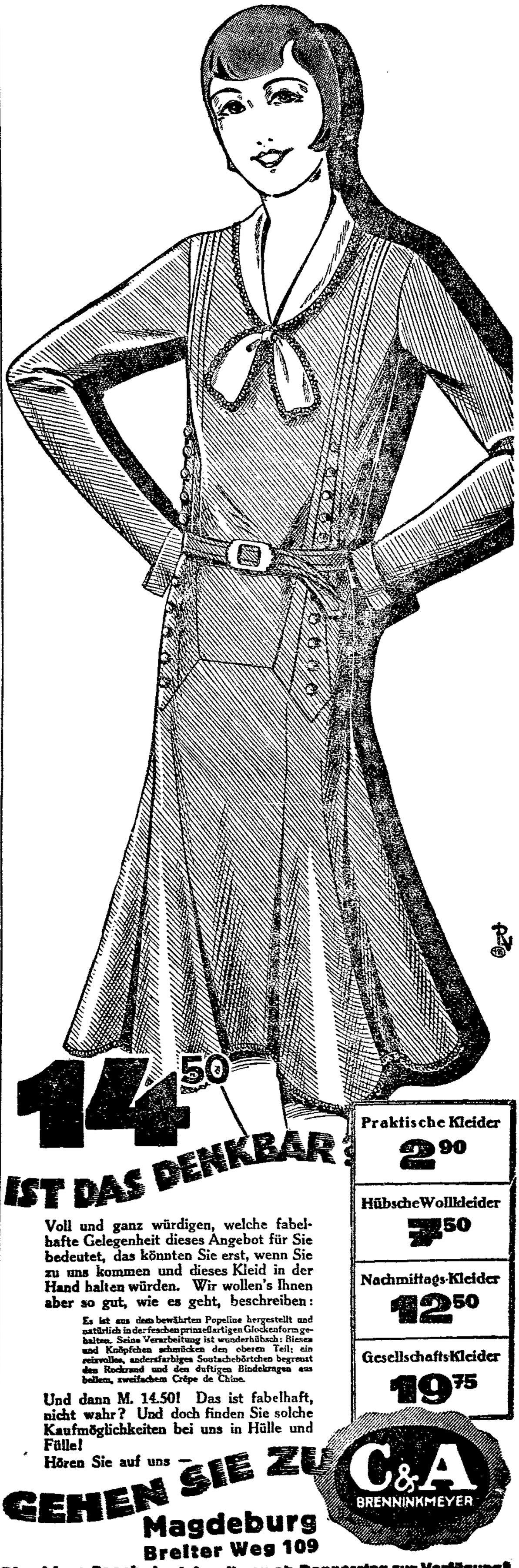
Lesen Sie die heiteren Bücher
aus der
Buchhandlung Volksstimme

Groß. Abbruch

200 000 Mauersteine
30 000 Dachsteine
Gr. Schuppen 70×25 m
auch teilbar, fast neu, 300 cbm Balk., Sparren, Säulen, Dachlatten, Bretter Schiebetorwege, 1000 qm Bohlen, 5 cm starkes

Brennholz

Fuhrwerkswaage
Bruchsteine usw.
Alb. Würdig & Co.
Ruf Norden 24933



14.50

IST DAS DENKBAR?

Voll und ganz würdigen, welche fabelhafte Gelegenheit dieses Angebot für Sie bedeutet, das könnten Sie erst, wenn Sie zu uns kommen und dieses Kleid in der Hand halten würden. Wir wollen's Ihnen aber so gut, wie es geht, beschreiben:

Es ist aus dem bewährten Popeline hergestellt und natürlich in der feschen prinzeßartigen Glockenform gehalten. Seine Verarbeitung ist wunderhübsch: Biesen und Knöpfchen schmücken den oberen Teil; ein reizvolles, andersfarbiges Soutachebörtchen begrenzt den Rockrand und den duftigen Bindekragen aus hellem, zweifachem Crêpe de Chine.

Und dann M. 14.50! Das ist fabelhaft, nicht wahr? Und doch finden Sie solche Kaufmöglichkeiten bei uns in Hülle und Fülle!

Hören Sie auf uns —

GEHEN SIE ZU

Praktische Kleider
2.90

Hübsche Wollkleider
7.50

Nachmittags-Kleider
12.50

Gesellschafts-Kleider
19.75

C&A
BRENNINKMEYER

Magdeburg
Breiter Weg 109

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung!

Die Bucher Ausbrecher gefaßt

Ueberfall auf Schloß Wocklum – Im Feuergefecht überwältigt

Die beiden aus der Irrenanstalt Buch auf verwegene Art entwichenen Raubmörder Walter Liesegang und Georg Garde haben zusammen mit ihrem Befreier, dem mehrmals vorbestraften Heinrich Wichert, einen tollkühnen Raubüberfall auf das Schloß des Grafen Landsberg in Wocklum in Westfalen verübt.

Nachdem sie aus der Schloßkasse 600 Mark geraubt hatten, stellte sich ihnen ein Ueberfallkommando aus Iserlohn, ein Oberlandjäger und ein Förster entgegen. Es kam zu einem schweren Feuergefecht, in dessen Verlauf Wichert erschossen und Liesegang kampfunfähig gemacht wurde. Garde, der unverletzt blieb, ergab sich.

Garde und Liesegang wurde unter Bewachung in das Polizeigefängnis Iserlohn gebracht.

Die Festnahme

Durch Rundfunk waren alle deutschen Polizeistationen von dem Ausbruch der Verbrecher in Kenntnis gesetzt.

Die Spur der Flüchtigen führte nach Westfalen, wo beide beheimatet sind. Trotzdem hatte man auch in Berlin noch verschiedene Durchsuchungen nach den Flüchtlingen vorgenommen, da alle drei nach ihrer Flucht aus der Anstalt Buch zunächst auf einem Laubengelände bei Mahlsdorf Unterschlupf gefunden hatten.

Wichert war das Haupt einer gefürchteten Verbrecherbande und hatte noch vor kurzer Zeit einem Bekannten gegenüber die Aeußerung getan, daß er sich lebend der Polizei nicht ergeben werde.

Die Verbrecher hatten aber von den Angriffen der Polizei sicherlich rechtzeitig Kenntnis erlangt und Berlin verlassen. Sie wandten sich zunächst nach Iserlohn und zogen von dort aus nach dem Rittergut Wocklum.

Mit vorgehaltenen Revolvern drangen sie

maskiert in die Räume der Gutsverwaltung

ein und zwangen den Kassierer zur Herausgabe des Kassenbestandes in Höhe von etwa 600 Mark. Mit dem Gelde flüchteten sie in den angrenzenden Wald und versuchten von dort aus nach Iserlohn zurückzukehren.

Die Gutsverwaltung hatte sofort den zuständigen Landjäger und einen Forstbeamten von dem Raubüberfall Kenntnis gegeben, die sich sogleich an die Verfolgung der Räuber machten. Die Beamten hatten diese auch bald erreicht, wurden aber

mit starkem Feuer empfangen.

Hinter Bäumen wurde Deckung genommen und das Feuer von den Beamten erwidert. Der Kampf dauerte über eine Stunde, bis schließlich einer der Verbrecher mit lautem Aufschrei zusammenbrach. Es war Heinrich Wichert, der bei dem Feuergefecht einen schweren Bauchschuß erlitten hatte.

Die beiden andern schossen aber weiter auf ihre Angreifer, die inzwischen durch hinzukommende Gutsarbeiter Verstärkung erhalten hatten und nun den Wald umstellten, um ein Entweichen der Räuber zu verhindern. Als es dann den Forstbeamten gelang, auch noch Liesegang durch einen Schenkelschuß kampfunfähig zu machen, zog es Garde vor, sich zu ergeben. Er wurde gefesselt und später nach dem Amtsgerichtsgefängnis gebracht.

Bei Wichert konnte ein Arzt nur noch den Tod feststellen, während der schwerverletzte Liesegang im Krankenhaus Aufnahme fand.

Heinrich Wichert.

Georg Garde.

Walter Liesegang.

Zunächst verweigerten die beiden ihre Namen anzugeben. Auch bei Wichert wurden keine Ausweispapiere vorgefunden. Erst beim Entkleiden im Krankenhaus stellte man fest, daß Liesegang

die Unterwäsche der Anstalt Buch

noch trug. Auf Grund der Rundfunkmeldung wandte man sich jetzt an die Berliner Kriminalpolizei, die eine genaue Beschreibung gab, wodurch die Feststellung der flüchtigen Zuchthäusler ermöglicht wurde. —

Die Folterkammer in der Junggesellenwohnung

Sensationeller Mordprozeß in Wien

Ein Verbrechen, das an Grausamkeit wohl kaum übertroffen werden kann, beschäftigt gegenwärtig das Wiener Schwurgericht. Der 38 Jahre alte Wäschehändler Richard Singer ist angeklagt, die 19jährige Maniküre Gemma Mathas in seine Wohnung gelockt, sie während eines Streites um Geld mit einem Messer gestochen und gefoltert und schließlich, neun Stunden nachher, abgeschlachtet zu haben.

Singer sprach am 10. März, Sonntagnachmittags das auffallend hübsche Mädchen in einer belebten Straße der innern Stadt an. Sie ließ sich ohne weiteres begleiten und erzählte, sie sei vor kurzem mit ihrer Mutter, einer Postoffizialsgattin, vom Lande nach Wien gezogen, habe hier Maniküren gelernt und suche schon seit Wochen vergeblich einen Posten. Singer meinte nun, er könne ihr zu einem Erwerb verhelfen: er betreibe ein Wäschegeschäft und würde sie gern als Verkäuferin beschäftigen. Er lud sie gleich ein, den Betrieb, der sich in seiner Wohnung befindet, zu besichtigen. Und er zeigte ihr einen zerknitterten Hundertschillingschein . . .

In der Wohnung wurde dann nicht mehr ausschließlich vom Geschäft gesprochen. Doch als sich die schöne Gemma schon splitternackt ausgezogen hatte, wollte sie sich den Hundertschillingschein näher anschauen. Es war kein Hundertschillingschein, es war nur ein altes Klassenlos. Darob eine aufgeregte Auseinandersetzung. Singer gebärdet sich zunächst zynisch, er droht mit einer Anzeige wegen geheimer Prostitution, aber das wirkt nicht, sie will wieder fortgehen. Er tobt. Der Zorn über ihre Widerspenstigkeit, die unheimliche Macht der aufgepeitschten Leidenschaft heißen ihn Gewalt anwenden, wenn es nicht anders geht. Sie wehrt sich, schreit aus Leibeskräften um Hilfe. Er versucht, ihr einen Knebel in den Mund zu stecken, sie wehrt ihn ab. Angst und Abscheu vor dem wutschäumenden Manne verleihen ihr neue Kraft, machen sie unbezwingbar. Aber Wut und Verlangen des Mannes sind nicht minder stark. Er ergreift ein Küchenmesser und sticht auf sie los. Sie verliert die Besinnung und stürzt zu Boden. Blut rinnt von ihrem Hals und er feiert in der gespensterhaften Stille, die plötzlich den Schauplatz des verzweifelten Ringens überzogen hat, den Triumph der „Liebe".

Regungslos liegt die Besiegte am Boden, der Blutverlust hat sie geschwächt, sie schreit nicht mehr um Hilfe. Der Mann legt sich auf sein Bett, raucht eine Zigarette an und sinnt nach, was nun zu machen sei. Sie muß weg. Aber wohin? Zunächst in die Folterkammer. Das ist ein kleiner, an das Schlafzimmer anstoßender Raum mit Steinboden, ohne Fenster, ohne Licht, ohne Luft. Die Tür hat auf der Innenseite keine Klinke: wenn man einmal drin ist, kann sie nicht wieder heraus. Das ist die Kammer, in der Richard Singer die Widerspenstigen zu zähmen pflegt. Er packt sie nun und schleift sie in diese Kammer, nachdem er ihr Hände und Füße mit einer Rebschnur gefesselt hat. Splitternackt liegt das arme Geschöpf, aus der klaffenden Halswunde immerfort blutend, auf dem eiskalten Steinboden. Er raucht eine Zigarette nach der andern. Der Vorrat geht aus. Er kann ohne Zigaretten nicht denken. Er muß welche holen. Er geht ins Café hinunter. In der frischen Luft der Märznacht werden die vagen Ideen, die er in seiner dumpfen Schlafkammer ausgebrütet hatte, mit einemmal flügge. Erleichtert atmet er auf: jetzt hat er's.

Er holt aus seiner Wohnung eine Hacke, geht in den Keller hinunter, dessen Boden mit einer ziemlich hohen Schicht von Mist und Gerümpel bedeckt ist, und fängt gleich an, ein Grab für die Gemma Mathas zu schaufeln, die noch gar nicht tot, nur seine Gefangene ist. Mit der Mistkruste wird er bald fertig, aber das Erdreich ist hart, es gibt nicht nach. Schweiß träufelt von seinem Antlitz, er gräbt und gräbt und kommt nicht weiter. Nach einer halben Stunde vergeblicher Arbeit gibt er den Plan auf, wirft die Hacke weg und geht hinauf in die Wohnung. Er raucht und sinnt und kann nicht zu einem Entschluß kommen. Bange Stunden vergehen so. Er raucht, raucht, ohne Ende.

Wieder ist der Vorrat ausgegangen, er muß hinunter ins Café. Es ist schon Morgen, die Stadt ist zu neuem Leben erwacht. Mit gleichgültiger Miene gehen die Menschen an ihm vorbei: man hat ihn nicht erkannt.

Er blättert hastig die Zeitungen durch: man weiß noch nichts, woher denn? Es ist noch nicht zu spät.

Wieder hinauf. Kaum ist er am Gange des ersten Stockwerks angelangt, da ruft ihm schon die Hauseigentümerin zu: „Da, unterhalb meines Schlafzimmers, ruft jemand fortwährend um Hilfe, da muß etwas passiert sein!"

Singer rafft sich zusammen und erwidert ganz unbefangen: „Bei mir? Ausgeschlossen!"

Und schon rennt er in seine Wohnung, reißt die Tür zur „Folterkammer" auf, stürzt sich auf sein noch immer auf dem kalten Steinboden kauerndes Opfer, schneidet ihm die Kehle ganz durch, daß es nicht mehr stöhnen kann, und eilt wieder auf den Gang hinaus.

Die Hauseigentümerin findet aber das plötzliche Verstummen der Hilferufe noch verdächtiger und läßt die Polizei holen. Singer entfernt sich eiligst, setzt sich im gegenüberliegenden Café ans Fenster, sieht wie Polizei und Rettungsgesellschaft kommen und sich immer mehr Menschen vor seinem Wohnhaus an-

Therese Etienne

Roman von John Knittel

Copyright by Orell Füßli Verlag, Zürich und Leipzig.

(42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

[illegible] ... daß Therese ein Kind bekäme. Dieser Wunsch jedoch wollte ihm nicht in Erfüllung gehen.

[illegible]

Sie schob seine Hand von ihrer Schulter weg.

„Das ist es ganz und gar nicht", sagte sie schroff.

Er versuchte sie zu küssen, aber sie wich vor ihm zurück.

„Herrgott!" rief sie in plötzlicher Wut. „Diese ewige Küsserei! Das scheint die ganze Liebe zu sein, die du für mich übrig hast! Sonst denkst du überhaupt nicht an mich; oder du würdest mich nicht in diesem Tale begraben. Ich habe es satt!"

Sie packte ein Buch und schlug es auf den Tisch.

„Bis daher satt!" schrie sie und legte die Hand an den Hals.

„Tüfel, was ist denn so plötzlich los?" rief Anton Jakob.

„Ja, mag mich der Tüfel holen!" schrie sie. „Das wäre das Beste, was mir passieren könnte. Ich habe dieses Leben satt! Dieses Gam! Ich gehe ins Wallis zurück!"

„Ins Wallis!" murmelte er erstaunt. „Ins Wallis! Weshalb?"

„Um meine Heimat wieder zu sehen!" stieß sie hervor. „Mein schmutziges, altes, kleines Vaterhaus! Ich halte es hier nicht länger aus! Diese kahlen Berge über meinem Kopf töten mich! Ich sterbe aus Mangel an Luft!"

Anton Jakob starrte ihr ins Gesicht; ihre zornige Leidenschaft verwunderte ihn.

„Nun, Maidi", sagte er, „wenn du derlei mit dir herumtragst, warum hast du nicht längst mit mir gesprochen!"

Zitternd vor Erregung setzte sich Therese auf den Stuhl am Fenster und blickte über die Felder und Wiesen. Anton Jakob konnte nichts mehr aus ihr herausbekommen.

Das Resultat dieses unerwarteten Auftritts war sehr merkwürdig. Anton Jakob und Therese machten zusammen eine Reise ins Wallis. Dort blieben sie ungefähr eine Woche lang, und Therese sah ihre alte Heimstatt wieder. Ganz allein ging sie hin, setzte sich auf die modrigen Trümmer, kroch durch die klaffenden Mauerlücken und verbrachte viele Stunden in sinnender Träumerei; und manchmal weinte sie sogar. Es war ihr zumute, als säße sie auf ihrem eignen Grabe. Die Sehnsucht beschlich sie, unter diesen Ruinen begraben zu sein. Es kam ihr vor, als sei alles, was ihr widerfahren war, gegen ihren Willen geschehen. Sie hatte in ihrem Leben noch keine selbständige Rolle gespielt. Wie ein Lasttier hatte sie die Bürde geschleppt, die das Schicksal auf ihre Schultern lud. Plötzlich schien der Geist ihres gehaßten Vaters vor ihr aufzusteigen und ihr zuzurufen:

„Verlaß dich nicht auf andre, daß sie das tun, was du selbst tun sollst! Du mußt um dein Leben kämpfen! Ein gestohlener Tag ist mehr wert als zehn geschenkte! Ein Freudenmahl ist mehr wert als hundert Tage der Reue! Verlaß dich auf [illegible] Ich kenne mich aus."

Lange verweilte sie in der verfallenen Hütte, bis ein Schauder sie packte. Dann kehrte sie ins Dorf zu Anton Jakob zurück.

„Sobald du Lust hast, können wir abreisen!" sagte sie. „Ich habe genug gesehen, und mehr als ich jetzt weiß, will ich nicht wissen."

Er war durch den Wechsel ihrer Stimmung überrascht.

„Oh, ihr Welschen!" rief er, „ihr seid ein komisches Menschenvolk. Nimm dich zum Beispiel. Ohne jeden ersichtlichen Grund [illegible] du aus einem Extrem in das andre. Nachdem [illegible] dem, daß ich Hals über Kopf hierher fahre, und [illegible] Freunde gefunden habe, willst du wieder weg!"

„Ja", sagte Therese seltsam ruhig, „wir sind eben wie unser Wallis. Du kannst nicht mit einem einzigen Blick erfassen, was in uns steckt. Mußt noch um manch eine Ecke herumgehen, um herauszufinden, wer wir sind." (Fortsetzung folgt.)

sammeln. Er schlürft langsam seinen Mokka, geht eine Weile spazieren und stellt sich dann der Polizei.

Gemma Matyas lebte noch, als sie auf die Klinik gebracht wurde. Aber sie konnte nicht sprechen. Man gab ihr deshalb Papier und Bleistift und sie schrieb mit zitternder Hand darauf: „Ich wurde geholt, mir ist die Kehle durchgeschnitten." Sie wurde operiert, starb aber drei Tage später.

Das Gericht sah sich veranlaßt, Richard Singer durch Gerichtspsychiater untersuchen zu lassen, weil er schon in frühster Jugend ein absonderliches Wesen zeigte, weshalb ihn seine Mutter wiederholt in eine Heilanstalt unterbringen ließ. Auch ist sein Vater, ein ehemals sehr wohlhabender Wiener Großkaufmann, an Paralyse gestorben. Die Psychiater fanden aber, daß Singer geistig normal und strafrechtlich zurechnungsfähig ist. —

Kleine Chronik

Drei Aerzte im Rhein aufgefunden

Die Nachforschungen der Koblenzer Polizei nach den vermißten Zahnärzten, die von einer Tagung in Mainz im Auto nach Koblenz zurückfahren wollten, sind eine Woche lang ohne Ergebnis geblieben.

Jetzt wird aus Mainz gemeldet: Die seit acht Tagen mit ihrem Auto vermißten drei Koblenzer Zahnärzte, Dr. Salomon, Dr. Mayer und Fräulein Dr. Heinzmann, sind am Dienstagnachmittag in der Nähe von Bingen im Rhein aufgefunden worden.

Das Auto muß bei Frei-Weinheim im dichten Nebel von der Chaussee in eine Nebenstraße abgeirrt sein, die direkt zu einer Fährstelle in den Rhein führt. Der Rhein trug Hochwasser und riß den Wagen eine Strecke mit. Die Insassen müssen einen verzweifelten Kampf um ihr Leben geführt haben, denn die Fensterscheiben des Wagens waren zertrümmert, und die Verunglückten hatten begonnen, das Dach abzudecken. Der starke Wasserdruck scheint aber ihre Kräfte zum Erlahmen gebracht zu haben. Man fand die beiden Aerzte und die Aerztin im Auto zusammengekauert mit Werkzeugen in den Händen völlig entstellt auf.

Die Bergungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig, da sich rings um das Auto Stein- und Schlammassen festgesetzt hatten. -

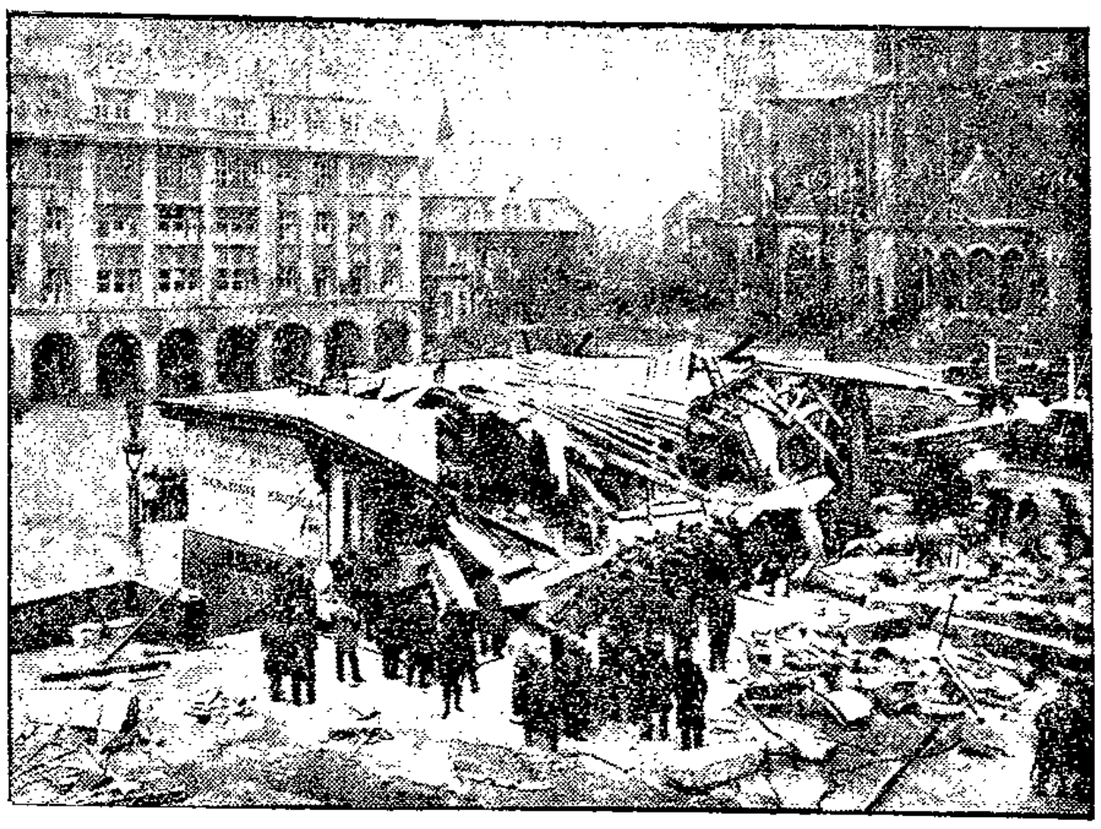
Explosion in einer Fabrik

Tu. Rostock, 27. November. Mittwoch früh gegen 4.30 Uhr ereignete sich bei der Kartoffelflockenfabrik in Schwaan ein Explosionsunglück in einem der in Benutzung befindlichen vier Trocknungsapparaten.

Zwei in der Nähe stehende Angestellte der Fabrik wurden durch den plötzlich auftretenden Dampf verbrüht, so daß sie in das Rostocker Universitätskrankenhaus übergeführt werden mußten. Beide haben schwere Verletzungen am Körper, besonders an den Füßen erlitten.

Durch den großen Luftdruck der Explosion wurden mehrere Fenster und Türen zertrümmert, desgleichen der explodierte Trocknungsapparat vollständig zerstört. Die Ursache des Unglücks ist bisher noch nicht bekannt. —

Die Explosionskatastrophe in Essen



Die Trümmerstätte auf dem Weberplatz in Essen.

Durch die Explosion auf dem Weberplatz in Essen, deren Ursache noch nicht geklärt ist, wurden drei Menschen getötet und fünfzehn Personen schwer verletzt. Weitere sieben Personen werden noch vermißt. Die Explosion war so heftig, daß Betonblöcke bis zu sieben Zentner Schwere und aus dem Straßenpflaster gerissene Bordsteine weit durch die Luft geschleudert wurden.

Ein Kabelschacht als Notwohnung

Bei der Revision von Kabelleitungen machten Telegraphenarbeiter am Louisenufer in Berlin die Entdeckung, daß sich ein Unbekannter einen Kabelschacht als Notwohnung eingerichtet hatte.

Man fand in dem schmalen, dunkeln Raum, der durch eine schwere Granitplatte verschlossen war, eine alte Matratze, ein Kopfkissen, Holzwolle und eine Arbeitsbescheinigung auf den Namen des 19jährigen Arbeiters Willi Uphoff.

Da dieser Uphoff weder der Polizei noch der Kriminalpolizei bekannt ist, muß man annehmen, daß er ein Opfer furchtbarer wirtschaftlicher Not ist. —

Stelzer in eine Heilanstalt gebracht. Der Hilfsarbeiter Stelzer, der, wie berichtet, vor einigen Tagen in Mettmann unter dem Verdacht, die Düsseldorfer Verbrechen verübt zu haben, verhaftet wurde, ist jetzt zur weiteren Beobachtung seines Geisteszustandes in die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg überführt worden. -

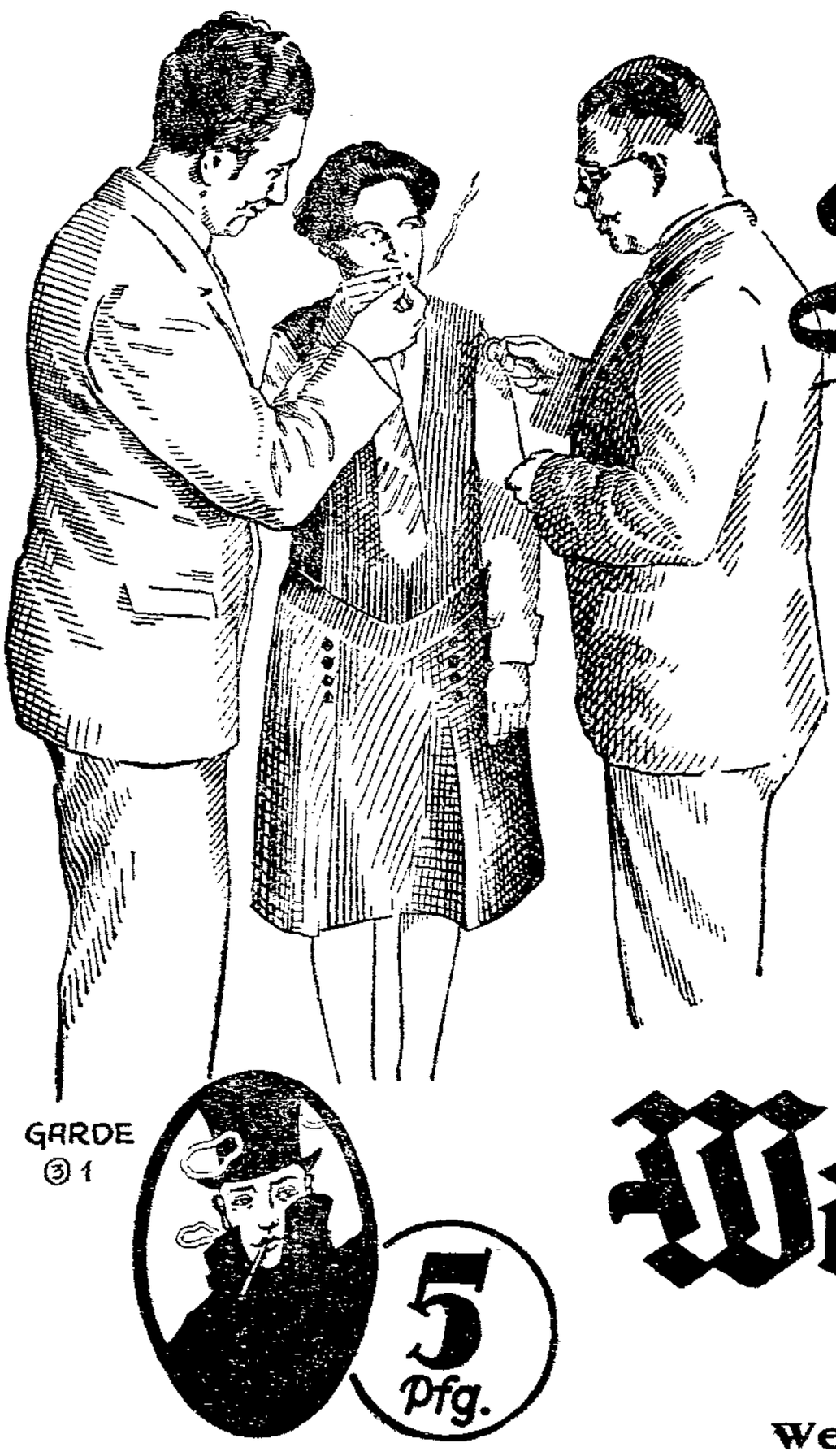
Das Ende einer Sensationshochzeit. In Roosevelt-Fields bei Newyork hatten sich, wie wir weiteren Lesern berichteten, ein Angestellter und eine Krankenpflegerin in Gegenwart von 12 Gästen in einem Flugzeug trauen, das in 800 Meter Höhe mit einer 175-Stundenkilometer-Geschwindigkeit flog. Nach der Trauung sprang erst die Braut und dann der Bräutigam ab. Diese „Flitterwochen im Fallschirm" nahmen jedoch einen tragischen Ausgang. Da der Fallschirm der jungen Frau sich nicht öffnete, blieb sie mit zerschmetterten Gliedern auf dem Flugplatz liegen. Der Bräutigam stieß derart hart auf dem Boden auf, daß er lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Aus der Buchhandlung Volksstimme

Neuerscheinungen.

Kretcher: **Die wandernden Diamanten.** Kartoniert 3 Mk. — Dr. Alice Muhler: **Freud' und Adler.** Gebunden 3 Mk. — Hochareve: **Von Wild, Wald und fröhlichem Jagen.** Leinen 6,50 Mk. — Kreisch: **Hände, und was sie sagen.** Gebunden 2,40 Mk. — Washburn: **Riesenbauten Nordamerikas.** Gebunden 2,40 Mk. — A. Schalck: **An den Höfen der Maharadschas.** Gebunden 2,40 Mk. — Schnak: **Das schöne Tier.** Gebunden 2,40 Mk. — S. Giedion: **Befreites Wohnen.** Gebunden 2,40 Mk. — E. Mendelsohn: **Das Gesamtschaffen des Architekten.** 9,50 Mk. — E. Hirsch: **Der Weg der Sozialdemokratie in Preußen.** Gebunden 7,50 Mk. — **Von Amsterdam bis Wien.** Kartoniert 1,50 Mk. — **Taschenbuch der Arbeit.** Leinen 75 Pf. —

Memoiren und Biographien. W. Irvin: **Herb. Hoover.** Leinen 10 Mk. — Steinberg: **Als ich Volkskommissar war.** Episoden aus der russischen Oktoberrevolution. Leinen 7 Mk. — P. Maren: **Schatten der Geschichte.** Europäische Profile. Leinen 8,50 Mk. — Lord Alfred Douglas: **Freundschaft mit Oskar Wilde.** Leinen 10 Mk. — Jonneret: **Graf Mirabau, der Volkstribun.** Leinen 10 Mk. — Marschall Foch: **Erinnerungen von der Marneschlacht bis zur Ruhr.** Leinen 8 Mk. — Rene Hesse: **Partenau.** Leinen 8 Mk. — A. Trotow: **König Neuhoff.** Ein Weltmann im 18. Jahrhundert. Leinen 8,50 Mk. — Tynjanow: **Küchelbecker,** Dichter und Rebell. Leinen 8 Mk. — T. v. Mikusch: **Gази Mustafa Kemal.** Zwischen Europa und Asien. Leinen 10 Mk. —



Zwischen zwei Feuern

fällt oft die Entscheidung schwer. Von zwei verschiedenen Zigaretten aber werden Sie immer die Sorte bevorzugen, die Ihnen auf Grund edelster Tabakmischungen Gewähr für Qualität, Milde und Bekömmlichkeit bietet, Vorzüge, die unsere neuen Lesmona-Zigaretten besonders auszeichnen. Entscheiden Sie sich also vertrauensvoll für unsere Standardmarke

Wappenschild in neuer Mischung

Wer sie einmal raucht, wählt sie wieder.

Vertreter und Fabriklager:
Wilhelm Schröder, Magdeburg, Olvenstedter Straße 65
Telephon 4475

Arbeits- und Rentengericht

Wie man die Betriebsvertretung abschieben will

Wie man versucht, Mitglieder der Betriebsvertretung loszuwerden, zeigt folgender Fall: Die Kammer-Lichtspiele GmbH. betreibt in Magdeburg folgende Kinos: Deulig-Palast, Walhalla-, Panorama- und Kammer-Lichtspiele sowie das Tonbild-Theater. Für diese Kinos ist ein Betriebsrat aus fünf Personen errichtet. Der Angestelltenrat besteht aus drei Mitgliedern, von denen der Musiker W. zum Vorsitzenden gewählt ist. Dieser Vorsitzende W. sollte entlassen werden. Da er Mitglied des Betriebs- und Angestelltenrats ist, war die Zustimmung beider Vertretungen erforderlich (§ 96 BRG.) W. mußte nach den Angaben der Kammer-Lichtspiele ein ganz schrecklicher Mensch sein. Angeblich hat er Tarifbruch begangen und Herrn Most, den Geschäftsführer der GmbH., bedroht. Er soll die Deulig-Kapelle davon abgehalten haben, die Nachtvorstellung „Falsche Scham" zu begleiten. Außerdem ist er nach den Feststellungen des Arbeitgebers vollständig ungeeignet zum Betriebsratsmitglied, weil er immer und um jeden Preis gegen die Firma Stellung nimmt, selbst wenn er dabei Recht und Gerechtigkeit Gewalt antun muß. Weiter trägt er dauernd Unruhe in die Arbeitnehmerschaft durch abwegige Auslegungen des Tarifvertrags. Hierdurch verleitet er angeblich die Musiker nicht vertretbare Ansprüche gegen die Geschäftsleitung zu stellen, die dann zu Streitigkeiten führen.

Dieses Sündenregister des Angestelltenrats-Vorsitzenden führte die Kammer-Lichtspiele GmbH. in ihrem Antrag auf Zustimmung zur Kündigung des W. auf. Zum Schluß hieß es, daß von dem beleidigenden und provozierenden Auftreten dem Geschäftsführer, Herrn Most, gegenüber vorläufig noch geschwiegen werden soll. Der Betriebsrat hatte zwar der Kündigung mit 3:2 zugestimmt, der Angestelltenrat jedoch mit 2:1 die Zustimmung versagt.

Wie die Zustimmung des Betriebsrats zustande gekommen ist, zeigte die Verhandlung beim Arbeitsgericht, in der ausgeführt wurde, daß z. B. das Betriebsratsmitglied Mickel sich folgendermaßen zur Kündigung geäußert hat: „Ich weiß zwar nicht, was eigentlich los ist, aber nach dem Brief des Herrn Most muß ich mit ‚ja' stimmen." Eine Prüfung der vorgebrachten Anschuldigungen hielt dieser Vertreter der Arbeiter für gänzlich überflüssig. Als das Arbeitsgericht die mangelnde Zustimmung des Angestelltenrats auf Antrag der Kammer-Lichtspiele ersetzen sollte, stellte sich heraus, daß dies ganz unmöglich war, weil nämlich W. sich absolut nichts hatte zuschulden kommen lassen. Man sagte ihm Tarifbruch nach, den er als Einzelarbeitnehmer gar nicht begehen kann. Er soll die Pausen überschritten haben. Die umfangreiche Zeugenvernehmung ergab, daß W. in jedem Falle nicht nur pünktlich an seinem Platze saß, sondern auch noch seine Mitspieler zur genauen Innehaltung der Pausen anhielt. Er soll Herrn Most bedroht haben, wofür der Beweis nicht angetreten werden konnte. Er soll als Betriebsratsmitglied Recht und Gerechtigkeit vergewaltigt haben, doch stellte sich heraus, daß alle Prozesse gegen die Kammer-Lichtspiele im letzten Jahre zu ungunsten des Unternehmens entschieden wurden. Endlich soll W. auch noch Musiker abgehalten haben, die Begleitung zu „Falsche Scham" während einer Nachtvorstellung zu übernehmen. W. hatte in dieser Angelegenheit gar nichts unternommen, das bekundeten alle Zeugen, mit Ausnahme des Handlungsgehilfen Arnold. Der wollte durchaus mit W. und noch einem Musiker darüber gesprochen haben. Sonderbarerweise konnten alle Kollegen des W. bezeugen, daß sie mit ihm den ganzen Tag über zusammen waren. W. also gar nicht mit erwähntem Handlungsgehilfen verhandelt haben konnte. Mehrfach gab der Vorsitzende des Arbeitsgerichts Herrn Most den guten Rat, seinen Antrag wegen völliger Aussichtslosigkeit zurückzuziehen. Anscheinend hielt ihn aber „falsche Scham" zurück, das zu tun.

In einem neuen Termin begann abermals das vergebliche Bemühen der Kammer-Lichtspiele um Ersetzung der Angestelltenrats-Vorsitzenden, der nichts weiter tat als seine Pflicht korrekt und gewissenhaft zu erfüllen. Als sich kein noch so geringer Hoffnungsschimmer für den Unternehmer zeigte, entschloß sich Herr Most endlich seinen Antrag zurückzunehmen. Damit ist den Angestellten der pflichtbewußte Vorsitzende ihrer Betriebsvertretung erhalten geblieben. —

Anton Rubinstein

Zu seinem 100. Geburtstag am 28. November.

Wir haben eine Reihe bedeutender Pianisten: Gieseking, Fischer, Schnabel und andre. Vollendete Technik, letzte musikalische Durchbildung und Reife, erstaunliches Gedächtnis, nicht zu überbietende Grifffsicherheit und Gestaltungskraft sind die Eigenschaften, die ihnen von den Musikkennern nachgerühmt werden. Trotzdem fehlt ihnen eins: der Nimbus. Der hat allerdings mit dem Künstlertum nichts zu tun und ist nur ein Kleid, das die Umwelt den Großen um die Schultern wirft. In unsrer sachlichen Zeit verschwindet der Schöpfer hinter dem Werke. Der Persönlichkeitskult steht nicht mehr so hoch wie einst im Kurse. Man denke: Edwin Fischer etwa würde sich wie Liszt mit einem ganzen

Hofstaat (ein Fürst, ein Graf, ein Doktor, ein Künstler, lauter begeisterte Anhänger und Vollführer der Befehle) umgeben und nirgends ohne das Gefolge erscheinen ...!

Ein Glorienschein schwebt auch über dem Haupte des großen Pianisten Anton Rubinstein. Sein Lebensweg war ein Schreiten durch Lorbeeren. Er hatte nicht nur Art und Wesen eines Künstlers, sondern auch den Nimbus. Er stammte aus einem elenden russischen Nest am Dnjestr. Einige Jahre nach seiner Geburt zog sein Vater nach Moskau und gründete eine Bleistift- und Stecknadelfabrik. Er konnte seinen Kindern den Universitätsbesuch ermöglichen und auch ein Tafelklavier anschaffen. Auf diesem klimperten Antons kleine Finger. Zuerst saß die Mutter dabei, von seinem 8. Lebensjahr an der Musikpädagoge Villoing. Dieser förderte den Knaben so weit, daß dieser schon mit 10 Jahren sein erstes Konzert veranstalten konnte. Eine Rezension lautete: „Rubinsteins musikalische Begabung ist dermaßen hervorragend, daß dem jungen Künstler ein ehrenvoller Platz in der Reihe der europäischen Musikvirtuosen sicher ist." Schon im nächsten Jahre wurde der junge Rubinstein in Paris Chopin und Liszt vorgestellt. Der Kleine durfte vorspielen. Liszt rief begeistert aus: „Der wird der Erbe meines Spieles!" Dieses Wort war ein Zauberschlüssel, dem sich die Konzertsäle öffneten. Anton Rubinstein, immer in der Obhut seines Lehrers, konzertierte in der Folgezeit in Holland und Köln, Karlsbad, Wien, Ungarn, Leipzig, Berlin, Hamburg und London. Als europäische Berühmtheit kam der Vierzehnjährige 1843 wieder bei seinen Eltern in Moskau an. Der letzte Triumph des Wunderkindes war sein Empfang durch den Zaren.

1846 finden wir Rubinstein in Wien. Sein Vater ist gestorben, und es fehlt ihm jegliche finanzielle Hilfe. Er wohnt im Dachraum eines großen Hauses. Nicht selten ist er zwei oder drei Tage ohne einen Kreuzer und ohne ein Mittagessen. Da heißt es hungern und nicht verzagen. Eines Tages steigt Liszt, der gleichfalls in der Donaustadt wohnt, zu ihm herauf, natürlich wieder mit Gefolge. „Als die Gesellschaft meine Kammer betrat", so schildert Rubinstein diesen Besuch, „sah man ihnen, besonders dem Meister, die Betroffenheit über die dürftigen Verhältnisse in meiner Wohnung an." Liszt nahm sich des jungen Künstlers an. Rubinstein aber reiste bald ab und kam über Berlin an die russische Grenze. Dort verlangte man einen Paß, den Rubinstein nicht hatte. Schließlich ließ man ihn passieren, behielt aber die Kiste mit Noten zurück, seine einzige Habe. Von Moskau aus bemühte er sich, sein Eigentum zurückzubekommen. Umsonst. Selbst die Fürsprache von Hofleuten half nichts. Die Polizei antwortete: „Es handelt sich allerdings um Noten, doch der Regierung ist bekannt, daß Anarchisten und Revolutionäre ihre Proklamationen und sonstigen Schriftstücke in einer Noten ähnlichen Zeichenschrift schreiben. Möglicherweise sind die in Rede stehenden Manuskripte in irgendeiner politischen Geheimschrift geschrieben."

Den Weg nach oben, in die Spitzen der vornehmen Gesellschaft, ebnete dem Künstler die kunstsinnige Großfürstin Pawlowna, die Tochter des Herzogs von Württemberg. Sie gab ihm eine Wohnung in ihrem Schloß und präsentierte ihn immer wieder der vornehmen Gesellschaft. Sie nahm ihn auch mit nach Nizza, wo sie den Winter oft verlebte. Von dort aus geht Rubinstein allein nach Paris und wird begeistert aufgenommen. Dann spielt er in London und im Leipziger Gewandhaus. Weitere Stationen waren Wien, Budapest und Prag.

Von 1859 bis 1867 widmete sich Rubinstein spezifisch russischen Aufgaben. Er rief ein Konservatorium ins Leben und regelte die soziale Stellung der Tonkünstler. Ein neuer Triumphzug durch Rußland, Westeuropa und Amerika begann 1867. Ueberall gab es feierliche Empfänge und Orden, Lorbeerkränze und Lobeshymnen. Bemerkenswert ist, daß Rubinstein das 40. Niederrheinische Musikfest in Düsseldorf leitete, kurz bevor er nach Amerika ging. Dort mußte er oft an einem Tage zwei bis drei Konzerte geben, noch dazu in verschiedenen Städten. Die Amerikareise brachte ihm 200 000 Frank ein. In Wien, im Elendsjahr 1847, hatte er noch in einer Kneipe für 10 Kreuzer gespielt (17 Pfennig nach deutschem Gelde). „Genie ist Handwerkerernst", sagte Nietzsche. An Handwerkerernst hat es Rubinstein nicht gefehlt; er arbeitete wie nur irgendeiner. Als Abschluß und Krone seiner Virtuosenlaufbahn veranstaltete er in den Zentren Europas, in Berlin, Wien, London, Paris, Leipzig, Dresden, Brüssel und russischen Städten eine Reihe von Konzerten, um „die Geschichte der Pianofortemusik zu veranschaulichen". Es war ein Riesenzyklus. Rubinstein bevorzugte die deutschen Städte, da nach seiner Meinung Deutschland das musikalischste Land der Welt sei. „Nehmen wir im allgemeinen" — so äußerte er — „hundert Musikverständige an, so kommen fünfzig auf Deutschland, sechzehn auf die Franzosen und nur zwei auf die Engländer."

Liszt war gestorben. Trotz Klara Schumann, Thalberg, Bülow und Henselt kam kein andrer für Liszts Erbe in Frage als Rubinstein. An dem Tage, an dem er 50 Jahre vorher sein erstes Konzert gegeben hatte, wurden ihm die größten Ehren erwiesen. Es erschienen vor seiner Tür allein 60 Deputationen, die Glückwünsche überbringen sollten. Als er die Absicht äußerte, Petersburg zu verlassen, sandte man ihm eine Bittschrift mit mehreren tausend Namen, um ihn zum Bleiben zu bewegen.

Am 20. November 1894 setzte nach kurzem Ringen Rubinsteins Herz aus, das so warm allem Schönen und Edlen geschlagen hatte, aber auch eine Stätte der Menschlichkeit und Nächstenliebe gewesen war. Die Statistik besagt, daß Rubinstein allein in Rußland 300 000 Rubel für mildtätige Zwecke geopfert hat. „Zur Erleichterung meines Gewissens", pflegte er bei einer Schenkung zu sagen. Sein Begräbnis war glanzvoll wie sein Leben.

H. H. Strätner.

Kleine und große Märkte

Städtischer Schlacht- und Viehhof in Magdeburg

Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Auftrieb am 26. November 1929.

715 Rinder, und zwar 13 Ochsen, 136 Bullen, 445 Kühe, 109 Färsen [illegible], 24 Fresser, 541 Kälber, 198 Schafe, [illegible] Schweine. Seit dem letzten Markte dem Schlachthof direkt zugeführt: 4 Rinder, 2 Kälber, [illegible] Schafe, 347 Schweine.

Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht.

I. Rinder. A. Ochsen:	Mark
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, 1. jüngere	—
2. ältere	—
b) sonstige vollfleischige 1. jüngere	—
2. ältere	—
c) fleischige	—
d) gering genährte	—
B. Bullen:	
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts	[illegible]
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	[illegible]
c) fleischige	[illegible]
d) gering genährte	—
C. Kühe:	
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts	[illegible]
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	[illegible]
c) fleischige	[illegible]
d) gering genährte	[illegible]
D. Färsen (Kalbinnen):	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	[illegible]
b) vollfleischige	[illegible]
c) fleischige	[illegible]
E. Fresser:	
Mäßig genährtes Jungvieh	[illegible]
F. Kälber:	
a) Doppellender, bester Mast	—
b) beste Mast- und Saugkälber	[illegible]
c) mittlere Mast- und Saugkälber	[illegible]
d) geringe Kälber	[illegible]
III. Schafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 1. Weidemast	—
2. Stallmast	[illegible]
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	[illegible]
c) fleischiges Schafvieh	[illegible]
d) gering genährtes Schafvieh	[illegible]
IV. Schweine:	
a) Fettschweine über 300 Pfund Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine von etwa 240 bis 300 Pfund Lebendgewicht	[illegible]
c) vollfleischige Schweine von etwa 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht	[illegible]
d) vollfleischige Schweine von etwa 160 bis 200 Pfund Lebendgewicht	[illegible]
e) fleischige Schweine von etwa 120 bis 160 Pfund Lebendgewicht	[illegible]
f) fleischige Schweine unter 120 Pfund Lebendgewicht	—
g) Sauen	[illegible]

Marktverlauf: Schweine sehr schleppend, auch langsam. Überstand: 15 Rinder, — Kälber, — Schafe, 122 Schweine.

Magdeburg, den 26. November 1929.

Der Vorsitzende der Preisnotierungs-Kommission.

[illegible], Direktor des Schlacht- und Viehhofs.

Magdeburger Produktenbörse vom 26. November

Weizen [illegible], Roggen [illegible], Sommergerste [illegible], Wintergerste [illegible], Hafer [illegible], Mais [illegible], Viktoriaerbsen [illegible] alles für 1000 Kilogramm netto frei Magdeburg oder ab Stationen des Magdeburger Bezirks. Weizenmehl [illegible], Roggenmehl [illegible], alles für 100 Kil. einschl. Sack. Weizenkleie [illegible], Roggenkleie [illegible], alles für 100 Kil. ab Verladestation.

Magdeburger Zuckerbörse vom 26. November

Der Preis für Weißzucker einschließlich Sack und Verbrauchssteuer, beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 10 Tonnen bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen [illegible] Mark und bei Lieferung der November-Dezember [illegible] Mark für gemahlene Melis. Tendenz: ruhig.

Die großen Geschenkwerke

zum Weihnachtsfeste sind:

Der große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden

Propyläen-Weltgeschichte

Das neuzeitliche, große Geschichtswerk in 10 Bänden

Meyers Lexikon

Das erste fast vollständig vorliegende Nachkriegslexikon

Fordern Sie Auskunft und Prospekte über die Zahlungsbedingungen von der

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburger Notierungen in Kolonialwaren

Ware	Preis	Ware	Preis
Mühlenfabrikate:		**Gewürze:**	
Gerstengraupen, lose	[illegible]	Pfeffer, [illegible]	[illegible]
Hafer[illegible]	[illegible]	Pfeffer, weiß	[illegible]
Gerstengrütze	[illegible]	Piment (Jamaika)	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Kaffee	[illegible]
[illegible]	[illegible]	**Kaffee, roh:**	
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Santos	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Santos, [illegible]	[illegible]
Hülsenfrüchte:		[illegible]	[illegible]
Erbsen	[illegible]	Kakao	[illegible]
Erbsen, Viktoria	[illegible]	Schnitt- und Würfelz.	[illegible]
Erbsen, geschälte	[illegible]	**Schmalz, am Fas**	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Reis:		**Sardellen:**	
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Früchte:		[illegible]	[illegible]
Zwetschen in Kisten	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pflaumen in Kisten	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible] in Kisten	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	**Zucker:**	
Mandeln, süße	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mandeln, süße [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Mandeln, bittere	[illegible]	**Zucker:**	
Mandeln, bittere [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
		[illegible]	[illegible]
		[illegible]	[illegible]
		Schmalz, holländisches	[illegible]

Wie wird das Wetter am Donnerstag?

Bewölkt bis heiter.

In der Nacht zum Mittwoch ist etwas kältere Luft von Westen her in Deutschland eingedrungen, so daß der Brocken, der am Dienstag noch 2 Grad Wärme meldete, heute morgen wieder 0 Grad hat. Dabei geht auf ihm sowie auf den andern deutschen Mittelgebirgen, mit Ausnahme der westlichen, Schnee nieder. Der Niederschlag war allerdings noch so gering, daß nur der Fichtelberg eine Schneedecke erhalten hat. Hand in Hand mit dem Eindringen der kalten Luft geht Luftdruckanstieg über dem westlichen Europa. Dieser wird bewirken, daß sich das Wetter wieder bessert. Die Wolkendecke wird vielfach aufreißen. Bei stärkerer nächtlicher Ausstrahlung ist wieder mit Nachtfrost zu rechnen.

Aussichten für Donnerstag: Bewölkt bis heiter, meist trocken, in der Ebene Nachtfrost, im Hochharz unter 0 Grad bei gelegentlichen Schneefällen. —

Wasserstände

Elbe			Wuchs	Fall
Nimburg	27.11.	−0,10	—	—
Brandeis	„	−0,35	—	—
Melnik	„	+0,10	—	—
Leitmeritz	„	+0,50	—	—
Aussig	„	−0,37	—	—
Dresden	„	+1,9.	—	—
Torgau	27.11.	−[illegible]	—	—
Wittenberg	„	+0,73	—	0,04
Roßlau	„	+0,11	—	0,02
Aken	„	—	—	—
Barby	„	+1,24	—	0,06
Magdeburg	„	+1,15	—	0,08
Tangermünde	„	+1,75	0,08	—
Wittenberge	„	+0,45	—	0,01
Lenzen	„	—	—	—
Dömitz	„	+0,96	—	—
Dalchau	„	—	—	—
Boizenburg	„	—	—	—
Hohnstorf	„	+0,00	0,03	—
Mulde				
Düben	27.11.	−0,25	0,05	—

Unstrut und Saale			Wuchs	Fall
Grochlitz	27.11.	+0,74	—	—
Trotha	„	+1,38	—	0,04
Bernburg	„	+0,48	—	—
Calbe Oberpeg.	„	+1,38	—	0,06
Calbe Unterpeg.	„	−0,06	—	0,18
Grizehne	„	+0,10	—	0,11
Havel				
Brandenburg Oberpegel	26.11.	+2,20	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+0,51	—	—
Rathenow Oberpegel	„	+1,64	—	—
Rathenow Unterpegel	„	+0,10	—	—
Havelberg	„	+1,15	—	—
Eger und Moldau				
Kamaik	27.11.	−0,04	—	—
Modran	„	−0,81	—	—
Laun	„	−0,45	—	—

Fay's Sodener mit Menthol wirken schleimlösend und erfrischend

Reichsbundbank als die für die höheren Beamten gegebene Bank zu betrachten und sich nach Kräften an ihr zu beteiligen.

In dem oben erwähnten Bericht des Vorstandes des Reichsbundes für höhere Beamte fällt uns auf, daß der Aufsichtsrat von sich selbst rühmend hervorhebt, er habe seine Arbeit ohne Vergütung geleistet. Glaubt dieser Aufsichtsrat, zu dem Minister a. D. Scholz gehört, daß er eine Vergütung dafür zu beanspruchen habe, daß er einer Bank 4 Jahre lang half, ihren Vermögensverfall geheimzuhalten? Ist es nicht genug, daß Tausende der auf Herrn Scholz vertrauenden höheren Beamten ihre ganzen Einlagen bei der Bank verloren haben? —

Finanzdiktator?

r Berlin, 27. November. Ein von der Deutschen Volkspartei im Reichstag eingebrachter Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Industrie- und des Handelstags, den Reichssparkommissar zum Finanzdiktator mit großen Vollmachten zu ernennen, stößt selbst in der bürgerlichen Presse auf scharfe Ablehnung. So schreibt die „Vossische Zeitung", es sei ein typisch deutscher Irrtum, zu glauben, man könne durch die Schaffung einer neuen „unpolitischen" Instanz die politischen Streitfragen aus dem Machtbereich der Parteien herausbringen und sie nach lediglich „sachlichen" Gesichtspunkten entscheiden.

In politischen Streitigkeiten gibt es nur eine politische Entscheidung. Auch ein Spardirektor käme nicht herum, ein Faktor oder Instrument der Politik zu werden. Es wäre höchst gefährlich, wenn man diese klare Situation dadurch verschleierte, daß man ihm Qualitäten eines unparteiischen Sachverständigen zuspricht, die er nicht besitzen kann. Man denke nur an die Probleme der Sozialpolitik. Jede Entscheidung für oder wider bedeutet eine politische Stellungnahme, sie in die Hand eines Mannes zu geben, der politisch nicht verantwortlich ist, kann nur schädliche Verwirrung anrichten.

Daß in der Etatsgebahrung Fehler gemacht worden sind, daß man bei den Einnahmen und Ausgaben oft leichtsinnig gewirtschaftet hat, soll nicht bestritten werden. Aber um derartige Mißstände abzustellen, gibt es nur ein Mittel: Selbstdisziplin der verantwortlichen Stellen. —

Rußland und die Wolga-Deutschen

Die russische Regierung hat endlich die Ausreise von 4000 Wolgadeutschen gestattet. 9000 Wolgadeutsche, die ebenfalls vor und um Moskau lagerten, sind zwangsweise in ihre russische „Heimat" zurückbefördert worden, trotzdem sich die Reichsregierung bereiterklärt hatte, sämtliche 13 000 Flüchtlinge nach Deutschland transportieren und sie ab sofort verproviantieren zu lassen. Darüber hinaus waren von deutscher Seite bereits Vorkehrungen zum Rücktransport der 13 000 Wolgadeutschen getroffen worden.

Auf diese Dinge muß besonders hingewiesen werden, weil der zwangsweise Rücktransport der 9000 Flüchtlinge teilweise mit der Begründung erfolgt ist, daß die Reichsregierung sich nur zur Aufnahme von 4000 Auswanderern bereiterklärt habe. —

Berufsübliche Arbeitslosigkeit

Der Reichsarbeitsminister hat nach Anhören des Verwaltungsrats der Reichsanstalt durch Erlaß vom 18. November den Beginn der berufsüblichen Arbeitslosigkeit einheitlich für das ganze Reich auf den 9. Dezember festgesetzt.

Die freien Gewerkschaften verlangen, daß nunmehr wenigstens der Schluß der berufsüblichen Arbeitslosigkeit nicht einheitlich, sondern den tatsächlichen Verhältnissen der einzelnen Landesteile entsprechend, unterschiedlich festgelegt werde.

Am 9. Dezember erhalten also die Arbeitslosen der unter den Begriff der berufsüblichen Arbeitslosigkeit fallenden Berufe die Sätze der Krisenunterstützung, jedoch ohne Bedürftigkeitsprüfung. In der Berufsliste sind einige Verbesserungen vorgesehen und Betriebe, bei denen eine Unterstellung unter den Berufe und Betriebe, bei denen eine Unterstellung unter den Begriff der berufsüblichen Arbeitslosigkeit nicht zu rechtfertigen ist. Solche Ausnahmen kommen vor allem im Bereich der Industrie der Steine und Erden in Frage. Die Binnenschiffahrt auf der Oder mit den Nebenflüssen und den märkischen Wasserstraßen, mit Ausnahme der Fracht- und Schleppschiffahrt, in Berliner Gewässern, ist der berufsüblichen Regelung unterstellt worden; dagegen wurde für Rhein, Weser, Donau, Elbe und westdeutsches Kanalsystem berufsübliche Arbeitslosigkeit verneint. Die Einbeziehung der Konserven- und der Fremdenindustrie (Kurorte, Bäder und dergleichen) bleibt den Landesarbeitsämtern überlassen.

Vor Stalin zu Kreuz gekrochen

Die in Ungnade gefallenen Oberbolschewisten Bucharin, Rykow und Tomski haben, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Erklärung gerichtet, worin sie die von ihnen im Laufe von 1½ Jahren verfochtenen Ansichten für irrig erklären.

Die Maßgeblichen versichern, daß sie gemeinsam mit der Partei gegen jegliche Abweichungen der Generallinie vor allem gegen die Abweichungen nach rechts und gegen eine versöhnliche Einstellung zu ihr entschieden kämpfen werden. Zugarow, der Bucharin, Rykow und Tomski unterstützte, hat ebenfalls erklärt, daß er die Irrtümer seiner Anhängerschaft zugibt. —

Hinausschmeißung der Bucharinez

Berlin, 27. November. (Eigner Drahtbericht.) Die „B. Z. am Mittag" läßt sich aus Moskau nähere Einzelheiten über die Personalveränderungen in den höchsten Regierungsstellen berichten, die im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen die Gruppe Bucharin stehen.

Danach wird das höchste Regierungsamt Sowjetrußlands, die Stelle des Vorsitzenden im Rate der Volkskommissare von Rykow demnächst niedergelegt werden. Aus taktischen Gründen will Stalin dieses oberste Regierungsamt nicht selbst übernehmen, sondern seinen jetzigen Gehilfen im Parteisekretariat, den Volkskommissar Molotow, damit betrauen.

Die Anhänger der bucharinischen Richtung werden auch aus den übrigen Regierungsämtern entfernt werden. Auch eine Anzahl von Neubesetzungen im diplomatischen Dienste Sowjetrußlands steht damit im Zusammenhang. —

Die Untersuchung im Falle Lampel

Tu. Neiße, 27. November. Am Dienstag sind Lampel und Schweninger den Försterseheleuten Hirsch und ihrer Tochter, die früher in Kohlhütte wohnten, gegenübergestellt worden. Die Zeugen erkannten Lampel und Schweninger als die Offiziere wieder, die damals Köhler von Kohlhöhe mitgenommen haben. Daraufhin haben Lampel und Schweninger zugegeben, Köhler damals von Kohlhöhe nach Dittersdorf gebracht zu haben. Wie Köhler nach Wackenau gekommen ist, bleibt noch aufzuklären.

Lampel und Schweninger bestreiten aber nach wie vor, daß die Abbeförderung Köhlers von Kohlhöhe den Zweck gehabt habe, ihn beiseite zu schaffen. Daß Köhler Spion war, konnte bisher nicht festgestellt werden, wohl aber steht fest, daß er wegen mehrere Eigentumsvergehen mit Zuchthaus vorbestraft war, und daß er der 2. Klasse des Soldatenstandes angehörte. Die Vernehmungen nehmen ihren Fortgang —

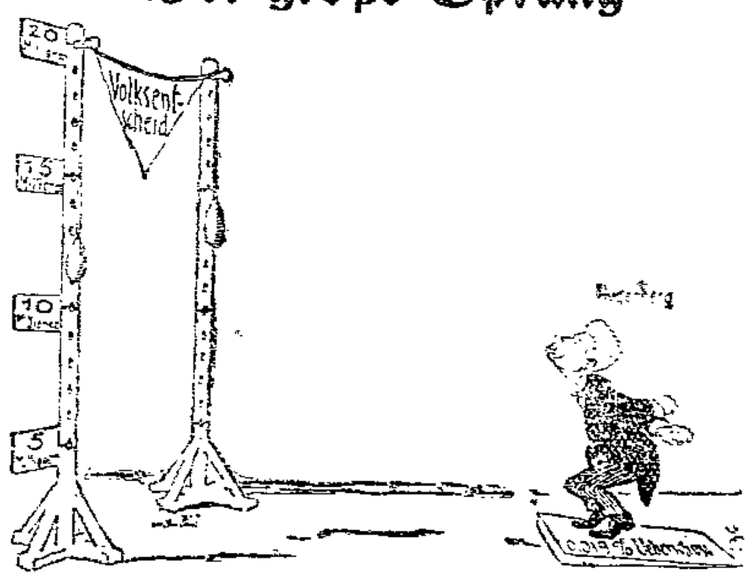
Die Parteien zum Schuhindustrie-Schiedsspruch

Schuhmacher nehmen an – Unternehmer lehnen ab

Berlin, 27. November. (Eigner Drahtbericht.) Kurz vor Ablauf der Erklärungsfrist zum Schiedsspruch im Lohnstreit in der Schuhindustrie, die bis heute Mittwoch mittag 12 Uhr festgesetzt war, haben sich sowohl die Gewerkschafts- als auch die Unternehmervertreter zu dem Schiedsspruch, der den Mindestlohn für männliche Arbeiter über 21 Jahr in Ortsklasse 1 auf 95 Pfennig erhöht, geäußert. Die Vertreter der Schuhmacher nahmen den Schiedsspruch an, während die Unternehmer eine ablehnende Erklärung abgaben.

Diese Ablehnung durch die Industriellen ist in einer am Dienstag in Frankfurt abgehaltenen Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie beschlossen worden, an der auch Vertreter aller am Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie beteiligten Arbeitgeberverbände teilgenommen haben. —

Der große Sprung



Hugenberg: „Da hinüber? — Wenn nur mein Absprung nicht so niedrig wär!"

Arbeitslosenstatistik der Städte

Wie sieht es mit den Ausgesteuerten? Aus verschiedenen Städten kommen Meldungen, in denen von einer auffallend starken Zunahme der Zahl der Ausgesteuerten berichtet wird.

Daß infolge der Dauerarbeitslosigkeit die Zahl der Ausgesteuerten sich jetzt mehr und mehr vergrößern muß, liegt auf der Hand. Die Gemeinden haben naturgemäß ein großes Interesse, den Eintritt der Ausgesteuertenzahl möglichst genau zu verfolgen. Der Deutsche Städtetag wird daher bereits in den nächsten Tagen die Zahl der Ausgesteuerten in allen Städten über 25 000 Einwohner fortlaufend statistisch erfassen.

Diese Statistik wird eine sehr wertvolle Ergänzung der Arbeitslosenstatistik der Reichsanstalt darstellen. —

Frankreich zur Seeabrüstung

Der französische Kabinettsrat befaßte sich am Dienstag mit den bevorstehenden Seeabrüstungs-Verhandlungen. Seine Beschlüsse werden streng geheimgehalten.

Die französische Regierung sucht zurzeit eifrig nach Mitteln, um der immer greifbarer werdenden Gefahr der Isolierung Frankreichs auf der Londoner Konferenz vorzubeugen, ohne daß bisher ersichtlich ist, wie das bewerkstelligt werden könnte. Die letzte Unterredung des italienischen Botschafters mit Briand und die bisherige Haltung der italienischen Presse haben in Paris keinen Zweifel darüber gelassen, daß Mussolini die geringste Gelegenheit, Frankreich in der Mittelmeerfrage in den Rücken zu fallen, mit Freuden ergreifen wird. Italien fordert mit allem Nachdruck die Flottengleichheit mit Frankreich und droht offen, falls Frankreich nicht nachgibt, sich in der für Frankreich außerordentlich wichtigen Frage der leichten Kreuzer und der Unterseeboote der englisch-amerikanisch-japanischen These anzuschließen.

Das Washingtoner Flottenabkommen vom Jahre 1922 hat das Verhältnis für die schweren Einheiten Englands mit Frankreich mit 5,0 gegen 1,7 festgesetzt. Frankreich hat daraufhin den Bau der leichten Kreuzer und der Unterseeboote forciert. Sein Flottenbauprogramm, das bis 1942 läuft, zielt darauf ab, auf dem Gebiete der leichten Kreuzer und der Unterseeboote England den Rang abzulaufen. Heute schon hat es fast die Parität an Unterseebooten. An leichter Tonnage ist das Verhältnis 1 zu 3 erreicht, obwohl erst 6 Jahre von der 9jährigen Frist des Flottenbauprogramms abgelaufen sind. Daher würde die von englisch-amerikanischer Seite vorgeschlagene Abschaffung der Unterseeboote und eine etwaige Forderung nach einer Einschränkung im Flottenbauprogramm Frankreichs aufs empfindlichste treffen.

Wenn nun auch Italien in das andre Lager übergeht, so würde Frankreich auf der Londoner Konferenz isoliert der Einheitsfront der andern vier Mächte gegenüberstehen. —

Die belgische Regierungskrise

Die Verhandlungen zur Neubildung des belgischen Kabinetts werden von dem König voraussichtlich erst nach dem am Sonntag stattfindenden liberalen Parteitag eingeleitet werden. Welcher Art das neue Kabinett sein wird, ist zurzeit noch völlig ungewiß.

Die sozialdemokratische Parlamentsfraktion hat Vandervelde am Dienstag beauftragt, ein Manifest „An das Volk" auszuarbeiten, in dem der Standpunkt der Arbeiterpartei zu den im bürgerlichen Lager umstrittenen Fragen dargelegt werden soll.

Englische Arbeitslosenversicherung

Im englischen Unterhaus wurde der Antrag der Opposition auf Verwerfung der Arbeitslosenversicherung mit 299 gegen 213 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde in zweiter Lesung angenommen. Die Liberalen stimmten zum großen Teil mit der Arbeiterpartei.

Damit ist das Schicksal der Arbeitslosenvorlage noch nicht entschieden, da nunmehr erst die Hauptberatung in der Kommission einsetzt, für die die Liberalen durch Lloyd George bereits einschneidende Abänderungsanträge angekündigt haben. —

Neue Schwierigkeiten in Wien

Nach dem Verlauf der sozialdemokratischen Bundeskonferenz, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Schober und den Sozialdemokraten einverstanden erklärt hatte, schien der Weg für eine glatte Erledigung der Verfassungsreform frei zu sein.

Seit gestern liegen aber Meldungen vor, in denen von neuen Schwierigkeiten die Rede ist, die von Kreisen der Christlichsozialen ausgehen. Welcher Art die Forderungen sind, geht aus den bisherigen Meldungen nicht klar hervor; nur so viel ist gewiß, daß es sich um die Stellung von Wien und die Rechte des Bundespräsidenten handelt.

Schober soll wieder einmal mit seinem Rücktritt gedroht haben, falls eine Einigung nicht zustande kommt. —

Wo gehört Pabst hin?

Wien, 27. November. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Nationalrat folgende Interpellation eingebracht:

Ist der Bundeskanzler bereit, dem Nationalrat mitzuteilen, ob der Major Waldemar Pabst österreichischer oder deutscher Staatsangehöriger ist? Ob er identisch ist mit dem im Sommer 1920 in Innsbruck gemeldeten „Kaufmann Walter Peters"? Wenn Major Pabst österreichischer Staatsangehöriger sein sollte, wo, wann, wie und unter welchem Namen hat er die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten? —

Wieder eine Bankkrise

r Löbau, 27. November. Das Bankhaus G. T. Heidemann ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Es hat sich entschlossen, seine Selbständigkeit aufzugeben. Für die Erfüllung der Verbindlichkeiten des Bankhauses haben die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft, sowie die Sächsische Staatsbank die volle Gewähr übernommen.

Für die Fortführung der Bankfirma Heidemann wird dadurch Sorge getragen werden, daß die Städtische und Staatsbank der Oberlausitz in den Räumlichkeiten der Firma in Bautzen, Zittau, Löbau, Schirgiswalde und Hoyerswerda Geschäftsstellen eröffnen. Die Finanzlage des Bankhauses Heidemann war bereits seit Wochen recht gespannt. Große Verluste bei dem Konkurs des Ziegeleiwerks Arnold in Teeistern bei Bautzen dürfte die Katastrophe ausgelöst haben. —

Giftmörder Richter begnadigt

r Köln, 27. November. Das Begnadigungsdekret für den Giftmörder Dr. Peter Richter (Bingen), der vor Jahresfrist seine Geliebte, Frau Mertens aus Bonn, vergiftete und deshalb vom Bonner Schwurgericht im Juli zum Tode verurteilt wurde, ist vom zuständigen Ministerium bereits dem Vorsitzenden der Bonner Strafkammer zugestellt worden.

Die Ueberführung Richters in das Zuchthaus in Rheinbach, wo er seine lebenslängliche Zuchthausstrafe verbüßen wird, dürfte in den nächsten Tagen erfolgen. —

Vier Bergleute ertrunken

Duisburg, 27. November. (Eigner Drahtbericht.) **Auf der Schachtanlage August Thyssen bei Hamborn erfolgte auf der fünften Sohle ein Wasserdurchbruch, wobei vier Bergleute den Tod fanden. Acht weitere Bergleute wurden verletzt.**

Die Unglücksstelle konnte bereits kurze Zeit nach dem Unfall wieder befahren werden. Eine Untersuchungskommission der Bergbehörden ist bereits an der Unglücksstelle eingetroffen. Als Ursache des Wassereinbruchs nimmt man an, daß eine plötzlich im Gebirge ausgehauene Wasserader das Zubruchgehen der Strecke herbeigeführt hat. —

Raubmord in der Schnitterkaserne

Wb. Pyritz (Pommern), 27. November. In der nahe gelegenen Ortschaft Siedenschloß wurde gestern die 30jährige Ehefrau eines Vorschnitters, Elisabeth Gerecke, mit eingeschlagenem Schädel in einer Schnitterkaserne tot aufgefunden. Der Mörder hatte alle Behältnisse durchwühlt und außer 500 Mark barem Gelde ein Fahrrad und Kleidungsstücke geraubt.

Im Verdacht der Täterschaft sieht der 27 Jahre alte Melker Julius Busch, der aus Wolhynien stammt und seit der Tat verschwunden ist. —

Erdstöße in Volkstedt

Volkstedt (Mansfelder Seekreis), 27. November. In Volkstedt wurden gestern vier Erdstöße wahrgenommen, und zwar frühmorgens um 3 Uhr und 5 Uhr und nachmittags um 2 Uhr.

Notizen

Sächsische Maifeier bleibt — Abschaffung des gesetzlichen Revolutionsfeiertages. Der Sächsische Landtag lehnte am Dienstag den Antrag auf Aufhebung des Maifeiertages mit 48 gegen 41 Stimmen bei 2 Stimmenenthaltungen ab. Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und die vier Demokraten. Die übrigen bürgerlichen Abgeordneten, ausgenommen zwei Minister, stimmten dafür. Die Regierungsvorlage zur Abschaffung des November-Feiertages wurde in der zweiten Lesung mit 47 gegen 44 Stimmen angenommen. —

Tagung des Bundesausschusses des ADGB. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am Montag im Gewerkschaftshaus zu einer Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Erörterung stehen das Agrarproblem, das Berufsausbildungsgesetz und der Vorstandsbericht. Die Erörterung des Agrarproblems hatte in der Hauptsache nur informatorischen Charakter. Beschlüsse wurden am Montag nicht gefaßt. —

Das preußische Zentrum zum bayrischen Lärm gegen die Reichsreform. In der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags erstattete Abg. Dr. Heß am Dienstag einen eingehenden Bericht über die Münchner Tagung der Bayrischen Volkspartei, an der er als Vertreter der Preußenfraktion teilgenommen hat. Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags sprach dem Abg. Dr. Heß zu seinen Ausführungen in München ihre einmütige Zustimmung aus. Sie betonte insbesondere, daß eine irgendwie geartete Zerschlagung Preußens für sie unter keinen Umständen in Frage kommen könne. —

ZENTRAL
THEATER
Direktion Dr. Viktor Eckert
Täglich 8 Uhr:
Die Luxuskabine
Neueste Operette von Leon Jessel
d. Komponisten v. Schwarzwaldmädel
Sonnabend, 30. November, 4 Uhr:
Der große Märchen-Erfolg
Der Froschkönig
Preise von 30 ₰ an!

VOCO
Weinbrand
Rum zu Grog
Liköre
Wenn die Stimmung grau und trist
Quasi — recht belämmert ist
Kriegt die Seele neuen Schwung
durch 'nen guten „Voco"-Trunk.
Vogel & Co. AG.
Verkaufsstelle seit 1840
Braunehirschstraße 2

Teddybär - Bärplatz
Täglich Stimmung - Tanz.

Olli
Mokka-Milch
die Schokolade mit dem eigenartigen und gerade deswegen angenehmen Geschmack!
100-g Tafel nur 46 Pf.
Naverma

DIE BESTEN AUTOREN
SPANNENDE WERKE
Vring,
Schnitzler,
H. G. Wells,
Wassermann,
Jack London,
Stefan Zweig,
Feuchtwanger,
Upton Sinclair
1 MARK
JEDES HEFT
EIN VOLLSTÄNDIGER ROMAN
DIE ROMAN-RUNDSCHAU
Auch Abonnement: 12 Bände bei Vorauszahlung von M 10.—
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg / Stendal / Aschersleben

Dr. med. Otto Hildebrandt
Frauenarzt
verzogen nach Kölner Straße 20
Fernruf 1715/31715
Sprechzeit von 11—1 und 3½—5 Uhr

Fruchtwein:
Johannisbeer — Stachelbeer 65 ₰
Kirsch Heidelbeer 75 ₰
Hagebutten 85 ₰
Erdbeer 100 ₰
„Asco" Fruchtwein-Kelterei Rutscherstr. 17

Mache meine werte Kundschaft von Sudenburg u. Umgebung aufmerksam, daß sich meine
Puppenklinik wieder
Kurfürstenstr. 4, pt.
im Laden befindet. Daselbst werden auch Röhre und Puppen-Perücken angefertigt.
G. Jacobs, Sudenburger Puppenklinik

Ohne Zwischenhandel
Neue Gänsefedern
Wie von der Gans gerupft mit allen Daunen Pfd 3.50, nur kleine Rupffedern Pfd 5.00, Halbdaunen 6.75, ... Federn mit Daunen, bessere Pfd 6.50, ... Pfd 7.50, ... Pfd 8.75, ... Gänsedaunen Pfd. 11.50. ... J. Graupe, Neutrebbin 15, (Oderbruch) Gegründet 1871

DER BÜCHERKREIS G. M. B. H.
die führende sozialistische Buchgemeinschaft, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7, hat über den von ihr verlegten Roman „Jan Beek" kürzlich das nachstehende Zustimmungsschreiben erhalten.

Der Präsident des Reichstags
Berlin NW 7, den 23. Sept. 1929

[illegible]

Löbe.

Dieses Urteil deckt sich mit dem zahlreicher Kenner. Aber auch alle anderen Verlagswerke des Bücherkreises sind wertvoll und als feines Geschenk zu empfehlen.

Werde Mitglied des Bücherkreises!

[illegible]

Bestellungen nimmt entgegen:
Buchhandlung Volksstimme.

Zur Schaufensterdekoration
Schneeflocke, Watte, Flimmer, Glaskugeln ... Zweige, Ranken und Blumen
C. Siebert, Karlstraße 4, beim Feuerwehr-Depot

Arbeitsmarkt

Wir suchen noch einige
HERREN
im Alter von 25 bis 45 Jahren ...
Otto-v.-Guericke-Str. 133, I. Etg., Vorderh.

Zahntechniker-Lehrling
... Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg.

Kolonialwarengeschäft 1700 Mark
Zigarrengeschäft 1300 Mark
Ware u. Bestand, zu verk. Gute Existenzen. Ang. u. 3626 an d. Exp. d. Bl.

Eiserner Füllofen u. Bettstelle m. Matratze billig z. vk. PETERS Buckau, Marienstr. 1, p.

Grammophone und Platten
in allen Preislagen
Reparaturen
stets fachgemäß u. billig
Müller, Ankelstraße 6

Harn-Untersuchungen
chemisch und mikroskopisch
Victoria-Apotheke
Otto-von-Guericke-Str. 45

Mehrere Plüschsofas, u. Chaiselongues, spottbillig zu verk. ... 2 Halbgeradezu.

Schönes Sofa, billig zu vk. Berliner Str. 11 pt.

Bei Gicht und Rheuma
trinken Sie zur Ausscheidung der Harnsäure den bewährten **Teplitzer Tee**
in Verbindung mit **Cronald-Tabletten**
Hofapotheke Breiter Weg 155

Am 29. November, von 10 Uhr vorm. an findet in unserm Fundbüro, hier, Ostseite des Hauptbahnhofes
öffentl. Versteigerung von Fundsachen statt.
Reichsbahndir. Magdeburg

Alleinsteh. Mann sucht Frau ohne Anhang mit kleiner Rente, auch Kriegerwitwe, in den 40er Jahren, f. kleinen Haushalt. Offert. unt. 3625 an die Expedition der „Volksstimme".

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Am Montag den 2. Dezember 1929, von vormittags 9 Uhr an, sollen in der Waldhalle ... [illegible]

Burg, den 28. November 1929.

Die Forstdeputation.

Lest den Volkssport

Köstritzer Schwarzbier

Wirklich billiges Angebot in Ia Blumenzwiebeln
... **10 Prozent Rabatt**
Friedrich Drohne Vor der Börse Telephon Nr. 8071

Rundfunk-Programme

Magdeburg (Wellenlänge 283 Mtr.)
(Berlin Wellenlänge 418 Mtr.)

Donnerstag, 28. Nov. [illegible]

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unsers lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch unsern besten Dank. Besondern Dank Herrn Pastor Görnemann für die tröstenden Worte, den Bewohnern des Hauses Fichtestraße 32, den Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie des Gartenvereins Sommerfrische.

Wwe. Selma Reikowski und Kinder.

Am 26. November entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsre gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Koch
geb. Mahlfeldt
im 55. Lebensjahr.

Barleben, den 27. November.

In tiefem Schmerz
Karl Koch und Kinder

Die Beerdigung findet am Freitag den 29. November, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Barleber Friedhofs aus statt.

Am Dienstag den 26. November 1929, nachmittags 4.30 Uhr, entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben, nach schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe gute Frau, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Berta Genthe
im 52. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen
Emil Genthe und Kinder

Die Trauerfeier findet am Sonnabend den 30. November 1929, vormittags 9.30 Uhr, in der Kapelle des Buckauer Friedhofs statt.

Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer
Ortsgruppe Magdeburg-Buckau, Hauptbahnhof und Rothensee.

Am Dienstag den 26. November verstarb unser lieber Kollege, der Lokomotivführer, Herr
Karl Neumann
im 52. Lebensjahre.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Freitag vorm. 9.30 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Am 28. November entschlief nach langem, schwerem Leiden mein herzensguter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Kontorbote

Karl Riehn
im 66. Lebensjahr.

In tiefem Schmerz
Marie Riehn
geb. Busse
nebst Kindern und Enkelkindern.

Die Beerdigung findet am Freitag den 29. November, mittags 1/2 2 Uhr, von der Kapelle des alten Sudenburger Friedhofs aus statt.

Nach kurzem, schwerem Krankenlager verstarb plötzlich und unerwartet, nach einem arbeitsreichen Leben, am 25. November, abends 5 Uhr, mein lieber guter Mann, unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater und Schwager, der Invalide

August Bührig
im 76. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 30. November, vormittags 10 Uhr, von der Kapelle des Buckauer Friedhofs aus statt.

3613

Stadt Magdeburg

An unsre Mitglieder!

Genossinnen und Genossen!

In der nächsten Zeit finden wieder einige Veranstaltungen statt, zu der wir um recht zahlreiche Beteiligung ersuchen.

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, treffen sich die Funktionäre Fermerslebens bei Stiller.

Für Lemsdorf-Reform findet am Montag abend 8 Uhr im „Reinstedter Hof" eine Funktionärsitzung statt.

Eine Frauenversammlung für Neue Neustadt tagt im „Wintergarten" am Donnerstag abend 8 Uhr. Referentin ist die Stadtverordnete Frau Bittorf.

Am Sonntag mittag 12 Uhr findet in der Kapelle des Westfriedhofs eine Totengedenkfeier der Freidenker statt. Auch hier wird recht starke Beteiligung gewünscht.

Am Sonntag früh 11 Uhr spricht im „Schützenhaus" der Chefredakteur des „Vorwärts", Genosse Stampfer, bei der Jugend über das Thema „Jugend und Staat". Daran können auch ältere Mitglieder teilnehmen. Wir bitten um recht zahlreichen Besuch.

Sozialdemokratische Partei.
Der Vorstand.

Fast 20 000 Arbeitslose

Das Arbeitsamt Magdeburg berichtet für die Zeit vom 14. bis 19. November:

	Arbeitsuchende ml.	Arbeitsuchende wbl	Unterstützungsempfänger	Vermittlungen ml.	Vermittlungen wbl
Hauptamt Magdeburg (Stadt)	10 288	3 683	8 377	520	202
Nebenstelle „	1 529	366	1 009	5	—
„ Schönebeck	1 571	307	1 483	5	—
„ Egeln	307	97	307	29	1
„ Gilsleben	260	30	285	25	—
„ Gommern	403	47	360	39	10
„ Neuhaldensleben	187	126	305	40	2
Meldestelle Kalbörde	44	7	27	—	—
Gesamtbezirk:	14 589	4 663	11 153	663	215
Vorwoche: Gesamtbezirk:	13 719	4 268	11 524	861	286
Hauptamt Magdeburg (Stadt)	10 140	3 615	8 186	681	254

In wertschaffender Arbeitslosenfürsorge wurden beschäftigt

		Vorwoche
bei dem Hauptamt Magdeburg	334 Notstandsarbeiter	327
bei den Nebenstellen	— „	—
	334 Notstandsarbeiter	327

Obwohl die Witterung für Außenarbeiten auch in dieser Woche noch günstig war, setzte sich die allgemeine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in beschleunigtem Tempo weiter fort. Während in den letzten zwei Wochen die Steigerung der Arbeitsuchendenziffer rund 500 und 900 betrug, belief sie sich in dieser Woche auf fast 1300, so daß die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden nunmehr auf 19 252 anstieg. Zur gleichen Zeit des Vorjahres lag die Arbeitsuchendenziffer um rund 5000 niedriger.

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt, der bereits in der Vorwoche einen Zugang von rund 170 Arbeitsuchenden aufwies, erfuhr infolge Beendigung der Feldarbeiten eine weitere erhebliche Verschlechterung, so daß die Arbeitsuchendenziffer gegenüber der Vorwoche um 314 auf 731 anstieg. Die Nachfrage nach weiblichen und männlichen Kräften hat allgemein nachgelassen. In den Steinbruchbetrieben hielt der Auftragsmangel an, hatte jedoch in dieser Woche bedeutendere Entlassungen nicht zur Folge. Die tonkeramische Industrie zeigte sich in geringem Maße aufnahmefähig, jedoch blieb der allgemeine Beschäftigungsgrad überwiegend ungünstig.

In der Metallindustrie stieg die Arbeitsuchendenziffer gegenüber der Vorwoche um 187, da in der Heizungsindustrie rund 50 Entlassungen ausgesprochen wurden und mehrere mittlere und Großbetriebe der Maschinenindustrie infolge Auftragsmangels Einzelentlassungen vornahmen. Die Nachfrage und Vermittlungstätigkeit ging allgemein weiter zurück. Im Gegensatz zu den Vorwochen ist der Beschäftigungsgrad in der Nähmaschinenindustrie etwas zurückgegangen. Im Holzgewerbe haben sich die Arbeitsmarktverhältnisse in sämtlichen Branchen weiter verschlechtert.

Das Ueberangebot an Bäckern, Konditoren und Fleischern nahm weiter zu, während die Nachfrage allgemein nachließ. In der Zucker- und Schokoladenindustrie zeigte sich keine wesentliche Aenderung der Arbeitsmarktlage. Zur Erledigung von Weihnachtsaufträgen stellten zwei Schokoladenfabriken noch einige Facharbeiterinnen ein. In der Schuhindustrie kam es während der Berichtswoche infolge Auftragsmangels mehrfach zu Entlassungen. Außerdem ist mit der Einführung von Kurzarbeit in größerem Umfang zu rechnen. Im Baugewerbe führte die Beendigung der Bausaison dem Arbeitsmarkt wiederum zahlreiche Arbeitsuchende zu. Die Steigerung der Arbeitsuchendenziffer betrug in dieser Woche 234, in den Vorwochen 118 und 170. Wiederum blieb das Tiefbaugewerbe gegenüber dem Hochbaugewerbe noch besser beschäftigt. Insbesondere konnten zum Mittellandkanal noch zahlreiche Erdarbeiter vermittelt werden, da die Arbeiten bei den einzelnen Bauabschnitten noch vor Eintritt des Frostwetters zu einem gewissen Abschluß gebracht werden sollen. Die Berufsgruppen Verkehrsgewerbe und Lohnarbeit wechselnder Art wiesen bei den männlichen Arbeitskräften eine erhebliche Steigerung der Arbeitsuchendenziffer auf. Zugänge erfolgten in beiden Berufsgruppen aus den verschiedensten Branchen.

Von den 12 153 Hauptunterstützungsempfängern wurden 10 011 durch die Arbeitslosenversicherung und 2142 aus Mitteln der Krisenfürsorge unterstützt. —

Für den Fünf-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag ein Initiativgesetz eingebracht, wonach offene Verkaufsstellen, auch dann, wenn in ihnen keine Arbeitnehmer beschäftigt werden, am 24. Dezember nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen. Im Interesse der Verkaufsangestellten ist zu wünschen, daß dieses Gesetz angenommen wird. In den Kreisen des Einzelhandels stößt es allerdings auf erheblichen Widerspruch. Man glaubt dort, durch einen Frühschluß am Heiligabend starke geschäftliche Ausfälle zu erleiden.

Die Bewegung für den Frühschluß am Heiligabend gewinnt aber immer mehr Anhänger. Der Zentralverband der Angestellten hat entsprechende Forderungen dem Reichstag unterbreitet. Der hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft, Korell, hat an die Geschäftsinhaber einen Aufruf für den 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtsabend erlassen. Er verweist darauf, daß der Arbeitszeitgesetzentwurf bereits den 5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtsabend vorsieht. Da der Entwurf jedoch dieses Jahr nicht mehr Gesetz werden kann, appelliert der Minister an alle einsichtigen Geschäftsinhaber, ohne Rücksicht auf die paar säumigen Käufer nach dem Vorbild zahlreicher Städte im Interesse ihrer eignen Familie und in dem ihrer Gehilfen, die Läden bereits um 5 Uhr zu schließen.

Der Gesamtlandesverband des badischen Einzelhandels dagegen hat sich auf einer Sitzung in Karlsruhe gegen den 5-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend ausgesprochen. Zur Begründung für seine Stellungnahme wird behauptet, daß eine Erhebung in Baden im vorigen Jahr die überraschende Tatsache ergeben habe, daß die am Heiligabend in den beiden Stunden von 5 bis 7 Uhr noch getätigten Verkäufe sowohl hinsichtlich der Warenmenge wie auch in bezug auf die Qualität der Waren und des effektiv erzielten Erlöses einen sehr erheblichen Prozentsatz der ganzen Tageslosung ausmachten. Die Erhebungen des Zentralverbandes der Angestellten haben ganz andre Ergebnisse gezeitigt. Ueberall dort, wo der 5-Uhr-Ladenschluß debattiert wurde, ist der Gegenteil von dem festgestellt worden, was die Arbeitgeber behaupten. Das ist auch ganz natürlich, denn wenn der Verbraucherschaft rechtzeitig bekanntgemacht wird, daß die Ladengeschäfte um 5 Uhr schließen, dann wird sie sich damit abfinden, wie sie sich auch mit der Schließung der Geschäfte an den Sonn- und Feiertagen und mit dem 7-Uhr-Ladenschluß abgefunden hat.

Warum wurde das Wilhelmtheater geschlossen?

Man schreibt uns von unterrichteter Seite:

„In der „Magdeburger Tageszeitung" vom 10. November erschien ein Aufsatz unter dem Titel „Aus der Dunkelkammer sozialistischer Kulturpolitik", worin behauptet wurde, das Wilhelm-Theater sei geschlossen worden, um das Theater „an das klassenbewußte Proletariat auszuliefern", „um der Volksbühne einen Vorwand zum Einzug ins Stadttheater zu geben. An Stelle des bürgerlichen Publikums sollten endlich die in der sozialistischen Besucherorganisation vereinigten Massen in den Genuß des Millionenzuschusses kommen". Es wurde weiter behauptet, „daß sich auch ohne größere Umbauten die Möglichkeit ergeben haben würde, im Wilhelm-Theater weiterzuspielen: man hätte nur den zweiten Rang einziehen brauchen, und die feuertechnischen Sicherheitsvorrichtungen würden für den von 1100 auf 800 Plätze reduzierten Zuschauerraum vollauf genügt haben".

Die städtische Polizeiverwaltung hat darauf der „Tageszeitung" eine amtliche Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes am 13. November zugehen lassen. Die Berichtigung lautete:

„Dem Aufsatz der „Tageszeitung" vom 10. November 1929 liegen unrichtige Voraussetzungen zugrunde. Entgegen der dort gegebenen Darstellung der Verhältnisse des Wilhelm-Theaters wird von der städtischen Polizeiverwaltung (Baupolizei) festgestellt, daß ohne größere Umbauten selbst bei Einziehung des 2. Ranges die feuertechnischen Sicherheitsvorrichtungen für den von 1100 auf 800 Plätze reduzierten Zuschauerraum nicht genügt haben würden. Anlaß zu der Prüfung des Theaters hat nicht eine städtische Stelle gegeben, sondern die Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 6. Oktober 1928, die auf Grund der Vorgänge bei dem Theaterbrand in Madrid eine sofortige Prüfung der Theatergebäude durch die bau-, feuer- und sicherheitspolizeilich zuständigen Dienststellen anordnete. Die darauf von der städtischen Polizeiverwaltung gemachten Verbesserungsvorschläge veranlaßten den Herrn Regierungspräsidenten, noch besondere Berliner Spezialsachverständige zu berufen, die ein von den Vorgängen gänzlich unabhängiges Gutachten über die städtischen Theater abgaben, dessen Forderungen über die Vorschläge der städtischen Baupolizei noch hinausgingen. Während die Forderungen des Gutachtens sich für das Stadttheater, wenn auch mit erheblichen Kosten, durchführen ließen, war die Durchführung für das Wilhelm-Theater im gleichen Augenblick wirtschaftlich nicht tragbar. Daher mußte bis auf weiteres die Schließung des Wilhelm-Theaters erfolgen."

Die „Tageszeitung" hat diese amtliche Berichtigung weder auf das erste Ersuchen vom 13. November, noch auf eine wiederholte Aufforderung veröffentlicht. Ihr Aufsatz, seiner Art und seinem Schlusse nach eins jener Wahlmanöver, die bestimmt waren Stimmenfang für die „Einheitsliste" zu betreiben, stellt die Tatsachen völlig auf den Kopf. Tatsache ist, daß der Magistrat sich im Interesse eines uneingeschränkten Theaterbetriebs solange als möglich gegen die Schließung des Wilhelm-Theaters gesträubt hat. Die Baupolizei hat keinen leichten Stand gehabt, als sie immer wieder die Schließung im Interesse der Sicherheit des Publikums auf Grund der Forderungen der Aufsichtsbehörde anregte und schließlich durchsetzte, da eine gleichzeitige Verbesserung der baulichen Zustände von Stadt- und Wilhelm-Theater wirtschaftlich nicht tragbar war.

Wie verschiedenartig die sicherheitliche Lage der beiden städtischen Theater ist, geht aus folgenden Sätzen der Beurteilungen der von Magdeburg gänzlich unabhängigen Gutachter hervor. Vom Stadttheater heißt es: „Die allseitig freie Lage des Theaters an vier öffentlichen Straßen kann für die Sicherheit des Publikums als günstig bezeichnet werden. Der bauliche Zustand des Theaters zeigt jedoch wesentliche Mängel, deren Beseitigung oder Milderung im Sicherheitsinteresse für unbedingt erforderlich gehalten wird."

Dagegen lautet das Urteil über das Wilhelm-Theater: „Die Lage des Theaters muß als äußerst ungünstig bezeichnet werden, da es nicht frei liegt, sondern in einen Häuserblock hineingebaut ist, keine ausreichenden Höfe hat und der Abstand der dem Bühnenhaus gegenüberliegenden Wohnhäuser als vollkommen unzureichend bezeichnet werden muß. Das Theater weist ferner wesentliche Mängel auf, durch die sowohl die Sicherheit der Theaterbesucher als auch der Nachbarschaft aufs äußerste gefährdet wird.

Wir verweisen u. a. auf die unzulängliche Treppenanlage im Zuschauer- und Bühnenhaus, auf das Fehlen ausreichender Umgänge im Zuschauerhaus, auf die feuergefährliche Bauart und vor allem auf die unzureichenden Höhenabmessungen des Bühnenhauses. Wenn das Theater auch weiter als solches benutzt werden soll, müssen durchgreifende bauliche Aendrungen vorgenommen werden. Ob diese jedoch wirtschaftlich tragbar sind, entzieht sich unsrer Kenntnis."

Aber auch die Ausführungen der dann folgenden Mindestvorschläge (Kosten 124 000 Mark, dazu kommt infolge der Bauzeit ein Ausfall an Einnahmen von mindestens 32 000 Mark, insgesamt also 156 000 Mark) würden das Wilhelm-Theater nicht in eine sicherheitlich befriedigende Form bringen. Es heißt am Schlusse des Gutachtens: „Es wird aber besonders darauf hingewiesen, daß durch die vorgeschlagenen Aendrungen und Verbesserungen der Hauptmangel nicht beseitigt wird. Die Theaterbesucher können nämlich infolge der eingebauten Lage des Theaters den Zuschauerraum nur durch die Türen der einen Seite (Johannisfahrtstraße) betreten und werden daher bei einer Panik, wie die Erfahrung lehrt, dieselben Türen als Ausgang benutzen wollen, ohne die übrigen Ausgänge (Zeisigbauer) und Treppen zu beachten. Es steht daher zu befürchten, daß bei einer Panik ähnliche Verhältnisse und Folgen eintreten werden wie beim Theaterbesuch in Madrid."

Dieses Gutachten ist den Mitgliedern der besonders hierfür eingesetzten Theaterkommission mitgeteilt worden, also auch den Mitgliedern der Rechten. Es war Zeit genug, gegen die Schließung des Wilhelm-Theaters zu protestieren. In der Magistrats-Sitzung vom 3. Juni 1929 ist aber einstimmig beschlossen worden: „die von der Regierung für das Wilhelm-Theater im feuerpolizeilichen Interesse geforderten Umbauarbeiten nicht ausführen zu lassen, sondern das Theater zu schließen".

So wurde beschlossen auf Grund eingehender wirtschaftlicher Erwägungen in baulicher und betrieblicher Hinsicht! Auch die bei Ausfall an Einnahmen und bestehenbleibenden Betriebskosten entstehende Untragbarkeit der sicherheitlich nicht einmal genügenden Schließung des 2. Ranges ist in einer der Kommissionssitzungen zur Sprache gekommen!" Wg.

*

Hierzu sei in Erinnerung gebracht, daß die Stadtverordneten-Versammlung, einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion folgend, sich gegen die Schließung des Wilhelm-Theaters erklärte. Die „Volksstimme" hat damals, als die Schließung des Wilhelm-Theaters öffentlich diskutiert wurde, darauf hingewiesen, daß der Ausbau und die Weiterführung des Betriebs in diesem Theater nicht nur aus künstlerischen, sondern auch aus finanzwirtschaftlichen Gründen das einzig richtige sei. Die Mehrausgaben für das Stadttheater würden höher, als die Ausgaben für den Umbau des Wilhelm-Theaters ausmachten. Was wir voraussagten, ist eingetroffen: etwa 150 000 Mark würde der Umbau an Kosten verursacht haben, aber um 200 000 Mark rechnet die Theaterverwaltung das Defizit des Stadttheaters schon jetzt höher. Vielleicht bleibt es nicht einmal dabei. Der Grund ist sehr leicht zu erkennen: Das künstlerische Personal, das früher in zwei Häusern wirkte und für zwei Häuser Einnahmen erzielte, ist in der Zahl nicht beschränkt, kann aber nur in einem Theater Vorstellungen geben. Die Einnahmen des Wilhelm-Theaters fallen aus. Es ist klar, daß dieser Zustand nicht bestehen bleiben kann. Wir halten es noch immer für notwendig, daß das Wilhelm-Theater wieder in Betrieb genommen wird. —

Beim Jungdeutschen Orden

Der Jungdeutsche Orden, hier in Magdeburg zahlenmäßig nicht sehr belangvoll, hielt einen „erweiterten Bruderschaftsabend" ab, zu dem — da ein Vortrag des Jungdeutschen Reichspressewarts August Abel auf der Tagesordnung stand — neben verschiedenen Gästen auch die Presse eingeladen war. Etwa 160 bis 180 Leute, darunter auch auswärtige Ordensmitglieder, waren erschienen und dünkten dem Berichterstatter eigentlich viel interessanter als Herr Abel und sein Referat. Sehr höflich, geistig aufgeschlossen, innerlich diszipliniert machte diese stark mit älterer Jugend sowie mit Mädchen und Frauen gemischte Hörergemeinschaft einen ganz sympathischen Eindruck — jedenfalls braucht unsereins bei solchen Gegnern nicht wie bei den Nationalsozialisten das berühmte Wort des Alten Fritz aussteßen: „Und mit solchem Pack muß man sich nun herumschlagen!" Mit musterhafter Aufmerksamkeit lauschte die Versammlung Herrn Abels nicht sehr originellen „Gedanken zur auswärtigen Politik Deutschlands". Herr Abel, der selber gern seine „alldeutschen Jugendsünden" eingesteht und als Fremdenlegionär, rasender Reporter und ehemaliger Redakteur deutschnationaler Zeitungen eine nicht ungewöhnliche Lebensentwicklung aufzuweisen hat, enttäuscht denjenigen, der mit der Auffassung hinkam, einen Führertyp der jungen Generation vorzufinden. Abel, der wirklich tüchtige Reklamechef seines Ordens, äußerlich stark dem in schwarzweißroten Kreisen vielgelesenen Romanschriftsteller Rudolf Herzog ähnelnd, enttäuscht durch Substanzlosigkeit und Selbstgefälligkeit seiner Rede. Wenn er eingangs davon spricht, daß fast jeder politische Redakteur in Deutschland sich für einen verhinderten Außenminister hält und eine entsprechende Privatpolitik macht, nun, so hat man das Gefühl, sein Wort trifft ihn selbst haarscharf. Jedenfalls sprach er sehr gewichtig von der durch die „volksnationale Aktion" Mahrauns im Werden begriffenen neuen Mittelpartei, die dem englischen Beispiel gemäß staatspolitische, nicht Agitationsopposition treiben und jederzeit den amtierenden Außenminister loyal unterstützen würde. Im Geiste sieht er schon künftige Geschichtsschreiber den Jungdeutschen Orden als Retter aus Deutschlands „parteipolitischem Chaos" preisen. Zuviel Vorschußlorbeeren wendet sich hier ein Bund, der sich sonst so sehr die Wiederkehr des schlichten, bescheidenen, sachlichen Deutschen angelegen sein lassen will.

Zum Thema Außenpolitik sagte Herr Abel wenig Neues und es gehört schon die gutmütige Naivität seiner Gefolgschaft dazu, daß nicht zu merken. Unter reichlicher Zitierung Bismarcks bezeichnet er den wirklichen, organisch vorhandenen Kräften und Interessen der Völker Rechnung tragenden Frieden als das Ziel jeder Außenpolitik. Versailles und Saint Germain hätten den Zustand der Friedlosigkeit trotz Völkerbund, Kelloggpakt und Abrüstungskonferenzen verewigt. Der deutsch-französische Gegensatz, den schon Wilhelm II. als Kernproblem der europäischen Politik erkannt hätte, müsse beseitigt werden. Das sei vor dem Krieg an der Tatsache Elsaß-Lothringen gescheitert, während die echte Verständigung jetzt durch das militärische Denken der Franzosen verhindert würde. Immerhin gäbe es heute neue, zur Verständigung drängende Tatsachen, wie die Weltplutokratie und den Bolschewismus. Die deutschen Wirtschaftsführer hätten bisher mehr an die zu gewinnenden Prozente, als daran gedacht, wie man dem deutsch-französischen Wirtschaftsbündnis politische Wirkungen abgewinnen könne. Es müsse Frankreich gegenüber weniger von Pazifismus geredet werden, erste Widerstandshaltung gegenüber den durch Bruch der Waffenstillstandsbedingungen, Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts und behaupteten deutschen Alleinschuld am Krieg geschaffnen Bedrückungen Deutschlands erreiche bei Frankreich mehr. Die werdende Partei würde u. a. aber gegen außenpolitische Phantasieparolen wie „mit Italien" bzw. „mit Rußland zur Freiheit" ankämpfen, außenpolitisch die Vernünftigen, innenpolitisch die Anständigen sammeln.

Erfüllungspolitik, allerdings eine „rechtverstandene", müsse jede deutsche Regierung treiben; käme morgen Hugenberg ans Ruder, würde er übermorgen den Young-Plan annehmen. Sehr amüsant war Abels scharfe, kenntnisreiche Kennzeichnung Hugenbergs und Hitlers, die die nationale Opposition zu einer lächerlichen, der Außenpolitik schädlichen Angelegenheit gemacht hätten. In einer gegen rechts gewandten Definition, was national sei, äußerte er sich sehr anerkennend über die nationale Haltung der roten Gewerkschaften und schwarzrotgoldenen Parteien im Ruhrkampf. Abel verlangte schließlich im Hinblick auf die augenblicklichen außenpolitischen Geschehnisse rascheste Räumung des besetzten Gebiets, kostenlose Rückgabe der Saargruben — nach unsern Sachlieferungen wäre Zwang zum Rückkauf Erpressung — und betonte, daß ein durch die Zerschlagung der nationalen Opposition eventuell hervorgerufnes Chaos die Jungdeutschen nicht binde.

Eine Diskussion über Herrn Abels Vortrag kam nicht zustande, sie soll in einem spätern Bruderschaftsabend erfolgen. Das

Fazit? Brave Menschen, edel motiviertes Wollen. Ueberschätzung der eigenen Bedeutung und Fähigkeiten. Der Jungdeutsche Orden ist noch mitten im Mauserungsprozeß. Er will romantisch über den realen Klassengegensätzen stehen, glaubt sie mit gefühlvollen, bestrickenden Worten schließen zu können. Nun er nach Politikdiskussionen im esoterischen Kreise in den Raum politischen Handelns hineintreten will, wird er das bald merken. —

Der Clown als Arzt

Lachen ist gesund. Eine Binsenwahrheit. Es ist aber für Kranke eine Medizin von unschätzbarem Werte. Große Aerzte haben nicht nur mit Medizin allein Kranke geheilt, sie wußten und verstanden es auch, dem Kranken einen seelischen Extrakt zu vermitteln, der Hoffnung gab und neuen Lebensmut. Von diesen Extrakten ist das Lachen der wirksamste.

Am Dienstag waren wir mit einem „Arzt" in den Pfeifferschen Anstalten in Cracau, der keinen weißen Mantel trug und keine von den uns allen so feindlichen Instrumenten, sondern einen weiten, schlotternden Anzug mit weißer Weste, Stiefel so groß wie eine große Bratpfanne, kurzum und offen gesagt: Es war der Clown Frank Bickel vom Zirkus Hagenbeck. Dazu sein Sohn und Partner. Die drei gaben ein Gastspiel, wie es besser nicht gegeben werden kann von dem bunten Volke der Zirkusartisten, die gegenwärtig im Zirkus Blumenfeld gastieren.

Sie sind gute Clowns. Nicht etwa, weil das Auditorium in der Anstalt so begeistert wurde, sondern weil die drei so gute Bilder menschlicher, also unserer Unzulänglichkeiten geben, so einfach, aber mit psychologischen Feinheiten, die dennoch jedermann zum Lachen zwingen.

Der große Anstaltssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, als die drei erschienen — so wie sie auch im Zirkus erscheinen. Der Kontakt zwischen Gebenden und Nehmenden war sofort hergestellt. Die Clowns haben wohl selten eine so dankbare Zuhörerschaft gefunden. Das machte auch sie besonders fähig und freudig. Aus dem großen Saale, der mit Kranken gefüllt war, wich die Unlustbestimmung und hunderte Gesichter strahlten freudig und hunderte Hände klatschten freudig Beifall, wenn sich die [illegible] Dummheit des Augusts mit einem Knall oder einer Ohrfeige herausstellte. Wie kann man nur so dumm sein!

Aber Bickel konnte auch schlau sein mit einem dummen Gesicht. Und dann klatschten die Hörer noch begeisterter. Zu schnell verflogen die Minuten auf der Höhe der Begeisterung mußten die drei „dummen Auguste" aus der Anstalt Abschied nehmen. Der Leiter der Anstalt sprach warme Dankesworte an die drei und drückte Herrn Bickel die Hand, der bald ausgezogen, mit großen, [illegible] Quallenfüßen noch auf der Bühne stand. Und dann sagte auch Bickel, [illegible], daß er sich [illegible] und gern und freudig seine Kunst gegeben habe. Er bedauerte, nicht noch mehr geben zu können und machte ein Gesicht, [illegible]

Beim Abschied [illegible] die Begeisterung noch einmal los, [illegible]

Vom Wochenmarkt

Ein schöner Herbsttag, daß die Markthändler waren wohl [illegible] zufrieden, denn die Käufer [illegible]. Das Angebot war reichlich, die Preise ungefähr dieselben wie am Sonnabend, nur Fisch und Schweinefleisch waren etwas billiger.

Auf dem Gemüsemarkt fiel wieder das große Angebot in Braunkohl auf, der in Stauden für 15 bis 25 Pfennig und geputzt für 40 bis 45 Pfennig bei 2 Pfund verkauft wurde. [illegible] 15 bis 35 Pfennig das Pfund, Birnen 15 bis 50 Pfennig die gleiche Menge, Preißelbeeren in kleinem Angebot für 50 Pfennig, Weintrauben 50 Pfennig bis 1 Mark, Bananen 25 bis 45 Pfennig, Rosenkohl 35 bis 45 Pfennig, Weiß-, Rot- und Wirsingkohl 5, 10 und 15 Pfennig das Pfund. [illegible] 2,20 Mark das Pfund, Eier 16 Pfennig das Stück. [illegible] 15 Pfennig bis 1 Mark [illegible] 7 bis 10 Pfennig das Pfund. [illegible] 50 Pfennig je nach Größe und Qualität. [illegible] 70 Pfennig, [illegible] 65 bis 75 Pfennig.

Auf dem Fleischmarkt gab es heute eine kleine Senkung des Schweinefleischpreises. [illegible] 1,20 bis 1,30 Mark [illegible] 1,40 Mark. [illegible] 1,20 Mark. [illegible] 1,60 das Pfund. [illegible] 1,60 Mark. [illegible] Hasenrücken 1 Mark die Keule.

An den Fischständen [illegible] 45 Pfennig das Pfund, [illegible] 70 Pfennig, [illegible] 25 bis 50 Pfennig, lebende Hechte und Karpfen 1,0 Mark das Pfund. —

Mit „Graf Zeppelin" zum Nordpol

Der Verein Magdeburg des [illegible] Dr. [illegible] nach Magdeburg gerufen. [illegible]

Betrügereien im Kyffhäuserbund

[illegible]

Verkehrsgerichte sind nötig

Autounfälle - Autoprozesse

Es vergeht bald kein Tag mehr, wo nicht ein Auto- oder Motorradunglück vor den Magdeburger Gerichten zur Verhandlung steht. Die Fälle, wo Fahrzeuge sich gegenseitig Schaden zufügen, sind bei weitem nicht so häufig wie jene, wo durch Kraftfahrzeuge Menschen irgendwie zu Schaden kommen. Das Auto ist ein unentbehrliches Verkehrsmittel geworden. Darum muß es auch immer mehr mit aller Vorsicht und Sicherheit in den Verkehrsbetrieb eingereiht werden. Daß der täglich wachsende Autoverkehr eine Erhöhung der Straßengefahren für den Fußgänger bedeutet, bleibt wohl unwidersprochen. Ohne Diskussion bleibt auch die Frage, wem der größere Schutz auf der Straße gehört, dem Auto fahrenden oder dem zu Fuß gehenden Menschen. Beide verlangen mit Recht die gleiche Sicherheit. Die Parole: „Straße frei dem Auto!" wäre unmöglich. Aber auch der Fußgänger, mag er, vielleicht gerade deshalb, weil er nur Fußgänger ist, auch dem Auto nicht hold gesonnen sein, hat die Tatsache zu respektieren, daß er Herr des Bürgersteigs, aber nur

geduldeter Gast des Fahrdamms

ist. Will und muß er den benutzen, dann hat er sich allen verkehrstechnischen Anordnungen mit Peinlichkeit zu fügen. Und den Wagenführern liegt die Pflicht ob, den Passanten in ihrem Bereich das größtmögliche Entgegenkommen zu zeigen.

Die Zukunft wird es ja bringen, aber bis heute haben wir nur vereinzelt den Tunnelverkehr oder die tiefer gelegene Fahrstraße mit den beiden hoch gelegenen Bürgersteigen links und rechts. Noch fehlen die Fußgängerbrücken über den Fahrdämmen, die die „Person von der Sache" gänzlich beim Verkehr trennen.

Um so mehr ist eben **gegenseitige Rücksichtnahme** und Achtung die heiligste Verkehrsregel. Wo dagegen verstoßen wird, ganz gleich von welcher Seite, muß streng geahndet werden. Wehe dem menschlichen Leben, wenn nicht dem täglich fast riesenhaft sich steigernden Verkehr die Verkehrsordnung angepaßt und die Verkehrsdisziplin gehalten wird. Anarchie der Straße würde die unabwendbare Folge sein.

Wäre diese Erkenntnis bei allen Menschen gleich stark vorhanden, wären sehr viele Unglücksfälle, teilweise mit Todeserfolg, vermieden worden. Das gleiche trifft zu, wenn nicht mancher Mensch sich wertvoller als die andern dünken wollte, weil er ein glücklicher Autobesitzer ist — wenn auch vielleicht nur einer „auf Pump" oder „verdächtigen Stotterns".

Es wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir nicht nur eine **starke Verkehrspolizei**, sondern auch ein gestrenges

Verkehrsgericht

benötigen. Die Prozesse durch Auto- und Motorradunfälle nehmen sehr zu. Wir erwähnten es schon eingangs. Vielleicht ist sogar heute schon eine **besondere Verfahrensabteilung** beim Gericht erforderlich. Diese Notwendigkeit kann doch bestimmt nicht daran scheitern sollen, daß ein solches „Dezernat" zu „uninteressant" sei und sich aus dem Grunde dazu weder Richter noch Staatsanwälte finden lassen. Oftmals treibt verbrecherischer Leichtsinn oder mangelndes Pflichtbewußtsein zu den gräßlichsten Unglücksfällen. Allein in der Vorwoche hatten wir zwei ähnlich gelagerte Fälle. Wir dürfen wohl auch auf das entsetzliche Unglück in der Otto-von-Guericke-Straße hinweisen. Hätten an der Stelle der Straßenbahn nicht ein, zwei, drei und noch mehr Menschen überfahren werden können? Der

Alkohol war hier Begünstiger

des Unglücks, dem zwei Menschen zum Opfer gefallen sind.

Noch ein Fall: Ein Fleischermeister ist auf der [illegible]. Er steuert sein Auto selbst. Trinkt und trinkt. Andre warnen ihn, weiterzufahren. Er protzt, Kraftmeiertum. Fährt und trinkt immer weiter. Dann geschah das Unglück. Er fährt einen jungen Radfahrer, der ordnungsgemäß fährt, an. Sturz, Brüche, Blutvergiftung, Tod nach vier Tagen. Was nützt da Reue? Auf ein Jahr Gefängnis erkannte das Gericht, wovon 6 Monate auf jeden Fall zu verbüßen sind.

Ein noch trüberer Fall: 20 Fahrgäste müssen sich auf der Strecke Tangerhütte—Dolle einem Wagenführer eines Ueberlandomnibusses anvertrauen, der während seiner 3stündigen Pause eine ununterbrochene Zecherei hinter sich hat. Wein und Bier und auch einige Schnäpse wurden getrunken. Dazu kommt: es war ein recht heißer Sommertag. Auf den Stationen trinkt er immer wieder. Folge: Im Kilometer-Tempo rast der — man möchte fast sagen Wahnsinnige — ein Straßengefälle mit einem 27,35-PS-Autobus herunter. Nimmt im gleichen Tempo eine Chausseekurve. Ihm wird — wie er schildert — schwarz vor den Augen. Er sieht nichts mehr. Der Autobus schlägt um. 16 Verwundete, Knochenbrüche, Fleischwunden, Gehirnerschütterungen, Nervenschocks u. a. Das Urteil: Der Chauffeur erhielt 6 Monate Gefängnis.

Zum Schlusse sei noch ein Erlebnis erwähnt. Nachts gegen 11 Uhr auf dem Breiten Weg ist Autokontrolle. Ein offener Sechssitzer kommt an. Zwei Männer sitzen darin. Einer am Steuer, der zweite hinten. Schupoarm hoch, das Auto hält. Ausweise in Ordnung, gut. Weiterfahren! Der Motor des alten Wagens hat inzwischen ausgesetzt. Es muß angekurbelt werden. Der im hinteren Wagenteil Sitzende will aussteigen. Fällt ins Polster zurück. Findet nicht den Schnapper der Türklappe. Kann nicht heraus. Der am Steuer versucht sein Glück. Kann sich kaum auf den Nebensitz bewegen. Findet nach langem Suchen den Klappenschnapper. Torkelt buchstäblich aus dem Wagen. Schwankt vor dem Kühler des Wagens herum. Kann sich nicht mehr halten, um anzukurbeln. Völlig „besoffen" steht er hilflos da. Ein lachender Straßenpassant hilft. Hilft ihm auch wieder in den Wagen. Los! frei! Die Papier sind in Ordnung. Ein von solchem Menschen gesteuertes Auto wird zur Höllenmaschine.

Auf diesem Gebiet des Verkehrs gibt es noch viel zu regeln.

Ka.

---

der die [illegible] und Behördenerfahrung angeschlossen haben, die Hauptbeteiligten.

Auf Grund des [illegible] wurde u. a. festgestellt, daß Heinz K. in mehreren Fällen (hier und auswärts) durch Fälschung von Mitgliedskarten und ärztlicher Atteste mit [illegible] Personen die Auszahlung der [illegible] von der genannten Versicherungsgesellschaft erwirkte und das so erschwindelte Geld für sich verbrauchte. In einigen andern Fällen wurde ebenfalls durch Fälschung die [illegible] Versicherungssumme erschwindelt, den Hinterbliebenen aber nur ein kleiner Anteil ausgezahlt. Von den auf diese Weise erschwindelten Versicherungsgeldern haben Vater und Sohn teilweise **Beihilfe durch Hergabe von** [illegible] genommen.

Um evtl. weitere Verfehlungen der [illegible] zu können, werden diejenigen Personen, die von der [illegible] der erwähnten [illegible] Sterbegeld in [illegible] Form bereits erhalten haben, [illegible], die sachdienliche Angaben machen können, gebeten, dem Polizeipräsidium, Zimmer 214, Mitteilung zu machen. —

Einbruch in ein Klubhaus

Am Dienstag nachmittag wurden die Mitglieder des Magdeburger [illegible] durch ihren Vorsitzenden davon verständigt, daß in ihrem an der Elbe gelegenen Klubhaus ein Einbruch verübt worden sei. Die [illegible] Kriminalpolizei stellte fest, daß [illegible] in der Nacht vom 24. zum 25. November ein [illegible] Täter in das Klubhaus eingedrungen war. Der [illegible] und von der [illegible] und durch Aufbrechen des Fensters in das Innere der Räume gelangt.

[illegible] Die einzelnen [illegible] wurden [illegible], um das Fehlen etwaiger Sachen festzustellen. Nach dem ersten Eindruck [illegible] **nichts entwendet** worden zu sein. Was den Täter zu dieser Handlung veranlaßt hat, erscheint bei der Sachlage unverständlich, da weder [illegible] zum Rückgriff von [illegible]. —

Gefahren der Straße

[illegible] Straße 96, aus und fiel auf den Straßendamm. [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

— [illegible] 1. Dezember. [illegible] 2. Dezember für [illegible]

— Die Bekämpfung der Volkskrankheiten in Preußen. [illegible] der angespannten Finanzlage Preußens [illegible] jährliche Beträge im Etat für 1930 [illegible] dem Wohlfahrtsministerium für die von ihm geleitete [illegible] Arbeit zur Bekämpfung der gefährlichen Volkskrankheiten zur Verfügung stehen. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, sind sie, abgesehen von einem [illegible] Mark für medizinal-polizeiliche Zwecke (im Vorjahr [illegible] Mark) und [illegible] kleinern Posten von zusammen rund [illegible] Mark (darunter eine Beihilfe zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten), ein Etatsposten von [illegible] Mark wie im Vorjahr, für Beihilfe zur Bekämpfung der Tuberkulose und wiederum 600 [illegible] Mark für Beihilfe zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit. —

— **Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse und der Sozialrenten.** Die Militärversorgungsgebührnisse für Dezember werden bei den Postanstalten am 29. November und die Sozialrenten am 30. November gezahlt.

— **In der Aeltern-Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend** spricht heute (Mittwoch) abend 20 Uhr in der Schule Kleine Schulstraße Stadtarzt Dr. Bregmann über „Eindrücke einer Italienreise". Alle jungen Sozialisten sind herzlich eingeladen.

— **Eröffnung der Ausstellung „Photographie der Gegenwart".** Die vom Ausstellungsamt der Stadt Magdeburg und dem Verein für deutsche Werkkunst veranstaltete internationale Ausstellung „Photographie der Gegenwart" wird am Donnerstag, den 28. November, 20 Uhr, im Rundbau der Ausstellung am Adolf-Mittag-See eröffnet. Professor Moholy-Nagy, Berlin, der bekannte Vorkämpfer moderner photographischer Gestaltung, hält anläßlich der Eröffnungsfeier einen Lichtbildervortrag im Vortragshaus der Ausstellung über das Thema „Photographie und Film der Zukunft". Der Eintrittspreis beträgt für Gäste bzw. Nichtmitglieder 60 Pfennig. —

— **Winterbekämpfung der Stechmücken.** Entsprechend der Regenarmut dieses Sommers und Herbstes und des niedrigen Grundwasserstandes ist trotz günstiger Temperatur eine Massenvermehrung der Stechmücken nicht eingetreten. Sehr wesentlich haben hierzu auch die Vernichtungsmaßnahmen während des vergangenen Winters und die Sanierungsarbeiten an sumpfigen Stellen während des Sommers beigetragen. Diese Erfolge gilt es zu sichern: nur durch langjährige Arbeit kann die Mückenplage völlig ausgeschaltet werden. Es lassen sich in diesen Tagen in warmen Kellerräumen schon Herde die zugewanderten Mücken feststellen. Die beste Zeit zur Mückenbekämpfung sind Frosttage. Von allen angegebenen Mitteln haben sich die zerstäubbaren am besten bewährt. Auf Anträge der Hauseigentümer oder Vermieter wird die Vernichtung durch die städtische Desinfektionsanstalt durchgeführt. Diese Anträge müssen bis zum 1. Dezember 1929 eingereicht werden. Durch die Polizei wird kontrolliert werden, [illegible] Mückenvernichtung erfolgt ist. —

— **Gestohlen.** In der Zeit vom 23. bis 25. November 1929 sind aus einem verschlossenen Keller, Breiter Weg 215, neun Flaschen Wein und zwei Flaschen Rum gestohlen worden. Sachdienliche Mitteilung erbittet die Kriminaldirektion — Dienststelle 4 K — Zimmer 230—233. —

— **Gestohlen.** In der Zeit vom 23. bis 25. November 1929 sind aus einem Neubau, an der [illegible]straße gelegen, fünf Büchsen [illegible] weiße Lackfarbe gestohlen worden. Sachdienliche Mitteilung erbittet die Kriminaldirektion — Dienststelle 4 K — Zimmer [illegible]—233. —

— **Arbeitsunfall.** Auf seiner Arbeitsstätte quetschte sich der Schlosserlehrling Otto Zippel aus Groß-Ottersleben, Lemsdorfer Straße 6, den rechten Unterschenkel. —

— **Unglücksfall.** Am Mittwochvormittag ereignete sich auf der Auffahrt von der Güterabfertigung zur Kölner Straße ein verhängnisvoller Unfall. Ein Pferdefuhrwerk der Firma Kanrim u. Co. fuhr die Auffahrt hinunter. Kurz vor der Einfahrt zur Kölner Straße fiel plötzlich der junge Begleiter, der 17jährige Heinrich Wolaska, Helmstedter Straße 26 wohnhaft, vom Wagen herunter und wurde überfahren. Der Verletzte wurde vom Kutscher in das Altstädtische Krankenhaus gebracht. —

— **Bubenstreich.** In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch sind die in der Ottleber Straße auf den Rasenflächen vor den Häusern angepflanzten Einfriedungssträucher an einigen Stellen herausgerissen und auf die Straße geworfen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Altstadt. 17. Kameradschaft. Am Sonnabend den 30. November, abends 8 Uhr, Versammlung bei H. Köppe, Kreuzhorststraße 10. Abrechnung und Neuaufnahmen. Sämtliche Kameraden mit ihren Angehörigen sind freundlichst eingeladen. —

R. A. E. Alte Neustadt. Jeden Donnerstag 20 Uhr bei Walter Sommerfrischen. Reichsbannerkameraden willkommen. —

Nachrichten aus der Provinz

Der sterbende Wald

So war es vor Jahren:

Warm scheint die Sonne vom blauen Himmel auf die Erde nieder. Feierliche Stille überall. Nur das Zwitschern der Vögel schallt durch den Wald. Es ist Sonntag. Die einzige Erholung ist der grüne Wald. So gehen auch wir dorthin. Mein Freund und ich wandern wohlgemut durch den Forst. Die Tannen spenden uns kühlen Schatten. Jung und alt begegnen sich freundlich grüßend. In den Seitenwegen sieht man versteckt die Liebespärchen.

Jahre vergingen.

Wieder ging ich, diesmal allein, durch den stillen Wald. Kaum bin ich kurze Zeit gewandert, da stehe ich schon an seinem Rande. Ich stehe auf einer kleinen Anhöhe. Weithin sehe ich nichts als den blauen Himmel über mir und dann nur gefälltes, geschältes, geschnittenes und aufgestapeltes Holz. Dazwischen in langen hohen Wällen der Busch.

Der Wald wird geschlagen. Nicht zuerst durch Menschenhand fiel er, sondern die Zerstörung war das Werk einer Raupe des Kiefernspanners. Zu Hunderten, Tausenden und aber Tausenden beleben die schädlichen Wesen die Bäume. Ganze Forsten werden durch diese Raupenart vernichtet. Rötlichgrau schimmern die Bäume im Sonnenschein, der Nadeln beraubt. Da wurde es Menschenpflicht, einzugreifen. Ganze Kolonnen von nah und fern ziehen hinaus, um dem Wald den letzten Garaus zu machen. Zu zweien, dreien oder mehreren rotten sie sich zusammen, die Totengräberarbeit zu beginnen. Jeder ist bewaffnet mit Axt, Säge und Schäleisen. Die Sägen singen, die Aexte hallen in gleichmäßigem Takte.

Zuerst geht man daran, die Bäume zu fällen. Dann werden sie geschält und sortiert in Bauholz, Telegraphenstangen, Schwellen, Grubenholz und Brennholz. Die geschnittenen Hölzer werden dann aufgestapelt. Jede Stärke und Länge wird für sich gestapelt. Das Brennholz wird in Kloben- und Knüppelholz aufgemetert. Soweit das Auge reicht, dasselbe Bild: der sterbende Wald. —

Warum hinter verschlossenen Türen?

Am Dienstag waren in Magdeburg etwa 200 verantwortliche Leiter kommunaler Verwaltungen in Magdeburg zusammengekommen, um über die finanzielle Lage der Kommunen und über die Fragen des Kommunalkredits zu beraten.

Einberufer dieser wichtigen Tagung waren der Städtetag für die Provinz Sachsen und Anhalt, der Unterverband Provinz Sachsen des Reichsstädtebundes, der Landkreistag für die Provinz und der Sparkassen- und Giroverband. Vortragender war der Vizepräsident Dr. Elsaß vom Deutschen Städtetag.

Die Presse, die sonst an allen Tagungen dieser Verbände teilnehmen konnte, war nicht eingeladen. Wir halten das für eine verfehlte Maßnahme. Gerade das Thema, mit dem sich die Tagung beschäftigt hat, wird in der Oeffentlichkeit lebhaft erörtert; die Oeffentlichkeit hat deshalb um so mehr ein Recht darauf, informiert zu werden, wie die Fachleute über diese wichtigen Dinge denken.

Es ist doch sehr erfreulich, daß sich die Bevölkerung in der Republik um die kommunalen Angelegenheiten sehr eingehend bekümmert. Wir können nicht annehmen, daß dieses Interesse den verantwortlichen Leitern unangenehm ist. Darum können wir auch nicht verstehen, weshalb man sich vor der Oeffentlichkeit abschließt. In der Monarchie war das üblich, in der Republik ist das aber nicht nur unangebracht, sondern auch unklug.

Wenn man nun aber wirklich bürokratisch-ängstlich glaubte, wegen des Wortes „Kredit", das manchem ganz geheim dünkt, die Presse als Uebermittlerin von Nachrichten beiseiteschieben zu müssen, dann hätte man doch wenigstens erwarten können, daß das städtische Presseamt in Magdeburg damit beauftragt worden wäre, den Zeitungen einen eingehenden objektiven Bericht über den Vortrag und den Verlauf der Aussprache zu übermitteln. Das ist bedauerlicherweise nicht erfolgt. Man hielt es nur für nötig, der Presse mitzuteilen, daß der Vortrag stattgefunden hat, mit großem Beifall aufgenommen wurde und daß sich eine ausführliche Aussprache daran anschloß. Das war alles. Diese nichtssagende Mitteilung an die Zeitungen hätte sich das Presseamt auch noch schenken können. —

Ein Theaterdirektor festgenommen

Die Stendaler Polizei machte den von der Staatsanwaltschaften Berlin und Potsdam steckbrieflich gesuchten Theaterdirektor Laskow, 1898 in Baden geboren, dingfest. In Stendal hatte er Sammlungen für den Kolonialkriegerdank Berlin unternommen. —

Das Rübenblatt als Verkehrshindernis

Ein schwerer Motorradunfall ereignete sich am Dienstagabend in Salzwedel an der Kreuzung hinter der Wache. Der beim Ueberlandwerk beschäftigte Mechaniker R. glitt in der Kurve mit seinem Motorrad auf einem Rübenblatt aus und fuhr gegen einen Stein. Der Fahrer wurde vom Rade geschleudert, während das Motorrad durch Explosion des Benzintanks verbrannte. Ein Salzwedler Geschäftsmann fand den Besinnungslosen und brachte ihn in die Stadt in seine Wohnung, wo er nach Vernehmen noch besinnungslos daniederliegt.

Durch diesen Unfall wurde indirekt noch ein zweiter verursacht. Ein auf dem Ueberlandwerk beschäftigter Monteur wollte auf telephonischen Anruf hin zur Hilfeleistung für seinen Kollegen eilen. Er kam dabei ebenfalls zu Fall. Als er seine Arbeit beendet hatte, fühlte er im Beine heftige Schmerzen. Das Bein war auch stark angeschwollen. Ein herbeigerufener Arzt stellte einen Beinbruch fest und ordnete die Ueberführung in das Krankenhaus an. Durch die Gamaschen, die der Monteur trug, hatte er den Halt im Bein behalten und so den Bruch nicht früher bemerkt. —

Unfall in der Sodafabrik Staßfurt

In der Sodafabrik ereignete sich ein Unglücksfall, von dem der Fabrikarbeiter Emmert aus Förderstedt betroffen wurde. Von einem großen Scherzeug, das in der Destillation zur Montage dient, löste sich beim Scheren das Rad, an dem die Zugkette hing, und sauste von über 20 Meter Höhe herab. Emmert, der schnell entweichen wollte, wurde von dem Rade, das etwa 5 Kilogramm wiegt, der Unterschenkel zerschmettert, so daß seine Aufnahme im städtischen Krankenhaus notwendig war.

Bei jedem Unglücksfall erhebt sich die Frage: „Wer hat Schuld?" In diesem Fall ist es ein Splint, der sich durchgescheuert hat. Aber es ist dies in kurzer Zeit das drittemal, daß in der Sodafabrik Menschenleben in Gefahr schwebten. Glück im Unglück hatten zwei Rohrleger, die in eine 2 Meter tiefe Grube gestiegen waren, um einen Rohrbruch zu beseitigen. Das Erdreich rutschte nach, als beide sich gerade aufgerichtet hatten, so daß es mit einer Bein- und Magenquetschung „abging". Wie leicht konnten beide ersticken.

Im dritten Falle wurde ein Schlosser von einem Steinwagen angefahren, so daß ihm ein paar Rippen gebrochen wurden. So kann es nicht weitergehen. Wir sind nicht damit einverstanden, daß der Brunnen nur immer erst dann zugedeckt wird, wenn das Kind hineingefallen ist. Die Betriebsleiter sollten sich mehr um diese Dinge kümmern.

Den Arbeitern rufen wir zu: Beachtet die Unfallverhütungsvorschriften! Eure Gesundheit und eure Arbeitskraft ist das höchste und einzigste Gut, das ihr verlieren könnt.

Die Neugliederung Mitteldeutschlands

Vorschläge des Landeshauptmanns Dr. Hübener

Beim Wirtschaftsverband Mitteldeutschland in Halle machte der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Dr. Hübener, Vorschläge zur Neugliederung Mitteldeutschlands. Als Zwischenlösung zur Milderung der Folgen des unsinnigen Durcheinanders der Landesgrenzen, empfahl er für den Fall weiterer Verzögerung einer durchgreifenden Reichsreform den Abschluß von Verwaltungsgemeinschaften und insbesondere die Mitverwaltung von Gebietseinschlüssen durch die Behörden des umgebenden Landes.

Seine Vorschläge zur Reichsreform gehen auf

eine Dreigliederung Mitteldeutschlands

hinaus, bei der nach Möglichkeit von den alten Ländergrenzen ausgegangen werden müsse und neue Grenzen nur da gezogen werden sollten, wo die historischen Grenzen ungünstig seien.

Die Ansicht des Landeshauptmanns über diese Gliederung des mitteldeutschen Gebiets ist folgende: für den Freistaat Sachsen würde sich an den Grenzen nichts zu ändern brauchen. Zwar besitzt Sachsen nur im Süden eine natürliche Grenze, aber jede neue Abgrenzung gegenüber Thüringen und der Provinz Sachsen würde gleichfalls willkürlich sein müssen. Wenn Sachsens Grenzen unverändert bleiben, so bleibt dann auch die Ostgrenze Thüringens, von örtlichen Verbesserungen abgesehen, unverändert. Auch die südliche und westliche Begrenzung Thüringens bedarf keiner grundlegenden Aenderungen. Vor allem aber verliert Thüringen eine Menge innerer Grenzen durch die Aufnahme der großen provinzialsächsischen, also preußischen Exklaven Schleusingen und Ziegenrück und der provinzialhessischen Exklave Schmalkalden.

Auch für die Provinz Sachsen wird der bemerkenswerteste Gewinn der Neugliederung im

Wegfall der innern Grenzen

liegen. Das anhaltinische Gebiet wird völlig in der Provinz Sachsen aufgehen müssen. Vielleicht kann Anhalt der Entschluß dadurch erleichtert werden, daß die neue Provinz die Bezeichnung Sachsen-Anhalt erhält, wodurch eine sinnvolle Unterscheidung gegenüber der aus dem Freistaat Sachsen hervorgehenden Reichsprovinz, für die man den Namen „Obersachsen" vorgeschlagen hat, und gegenüber einem etwa zu bildenden „Niedersachsen" gegeben wäre.

Von Braunschweig wird der größte Teil in der Reichsprovinz Niedersachsen, ein kleinerer Teil in Sachsen-Anhalt aufzugehen haben. Nur die Bewohner von Calvörde in der Altmark und die des Kreises Blankenburg müßten den Zusammenhang mit dem Hauptteil Braunschweigs aufgeben.

Innere Grenzen besitzt die Provinz Sachsen ferner dadurch, daß Hannover mit seinem Kreise Ilfeld in die Provinz hineinragt. Für die Provinz Hannover ist die Abgabe dieses Kreises kein Opfer, für die rund 17000 Einwohner des Kreises ein beträchtlicher Gewinn.

Die Einbeziehung der Kreise Blankenburg und Ilfeld in die neue Provinz gibt dieser zugleich im Harz eine vernunftgemäße Westgrenze. Sie liegt auf der Wasserscheide zwischen Weser und Elbe. Angesichts der Bedeutung des Harzes für Landeskultur und Wasserwirtschaft sowohl Niedersachsens wie Sachsen-Anhalts scheint hier die Wasserscheide auch die sachgemäßeste Verwaltungsgrenze zu sein.

Damit wären die innern Grenzen in der Provinz Sachsen beseitigt und ferner eine Westgrenze im Harzgebiet gewonnen.

Verfolgt man die Außengrenze der Provinz weiter nordwärts, so wird im großen und ganzen kein ernster Grund vorliegen — von örtlichen Grenzkorrekturen abgesehen —, die historischen Grenzen zu verlassen. Auch die östliche Grenze gegen Brandenburg und Freistaat Sachsen abzuändern, besteht kein zwingender Grund. Was die Gegend zwischen Halle und Leipzig anlangt, so verliert ja auch die historische Grenze ihre Härten, so bald die Landesgrenze zur Verwaltungsgrenze fortentwickelt ist.

Notwendig wird eine ganz

neue Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen

Dabei ist mit der historischen Grenze nicht auszukommen. Selbst nach Uebernahme aller Gebietseinschlüsse durch die Umgebungsprovinzen würden sich doch noch unmögliche Verhältnisse ergeben. Infolgedessen ist hier der Grundsatz der historischen Grenzen nicht oder nur auf beschränktem Gebiet aufrechtzuerhalten und eine neue Grenze zu schaffen. Sie muß so sein, daß sie nicht ohne Not wirtschaftliche, historische und kulturelle Zusammenhänge zerreißt, daß sie sich an die Geländeformen möglichst anpaßt und für beide Provinzen praktisch erträglich ist.

Als eine solche Grenze erscheint die Linie, die bezeichnet wird durch die Thüringische Pforte bei Kösen, durch die Thüringische Pforte bei der Sachsenburg unweit Heldrungen und durch die Eichsfelder Pforte westlich Bleicherode. Wenn man von Naumburg her auf die Kösener Pforte schaut, oder von Sangerhausen und Artern kommend auf die Thüringer Pforte im Unstruttal, oder von Nordhausen her auf die Eichsfelder Pforte schauen, so sieht man Durchbrüche durch Höhenzüge, die echte Grenzgebirge darstellen. Von der Kösener bis zur Sachsenburg-Pforte ziehen sich hier die Finne und die Schmücke, niedrige, schwach besiedelte Waldgebirge. Auch hier kann man noch zum Teil der historischen Grenze folgen, so daß im Ostteil des Kreises Eckartsberga die Stadt, nach der er genannt wird, bei Sachsen-Anhalt bleibt. Auch die Thüringer Pforte an der Sachsenburg ist mit der Eichsfelder Pforte durch ein schwach besiedeltes Waldgebirge, die Hainleite, verbunden, das einen echten Grenzcharakter hat.

Was südlich und westlich der Grenze liegt, hat in jeder Hinsicht Fühlung mit Thüringen, was nördlich und östlich liegt, strebt nach Nordhausen und weiterhin nach Magdeburg und Halle.

Von der Eichsfelder Pforte aus wird die Grenze etwa auf der historischen Grenze zwischen den Kreisen Nordhausen und Worbis den Anschluß an die neue Westgrenze der Provinz im Harz finden.

Durch diese Dreigliederung verliert die Provinz Sachsen an Thüringen an Gebiet wie an Einwohnerzahl ungefähr genau so viel, wie sie durch Anhalt und die Gebietsteile Hannovers und Braunschweigs gewinnt. Thüringen aber gewinnt insgesamt 547000 Bewohner und rund 3490 Quadratkilometer Land. Durch die Neuregelung werden auch die großthüringischen Pläne und Wünsche fast alle erfüllt. Durch den Gewinn von Erfurt erhält Thüringen eine Großstadt von ebenso bedeutender historischer Vergangenheit wie Entwicklungsmöglichkeit für die Zukunft und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des neuen Gebiets wird gegenüber der des alten außerordentlich gestärkt.

Diese Vorschläge des Landeshauptmanns sind durchaus beachtlich, sie bedürfen zwar noch hier und da einer Korrektur, bilden aber doch eine brauchbare Grundlage für die Durchführung der so dringend notwendigen Neugliederung Mitteldeutschlands. Hoffentlich geht man nun bald auch praktisch an die Verwirklichung der Vorschläge heran.

Kreis Wanzleben

Domersleben

Für den Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Am Sonntag nahm Kollege Jacobs (Langenweddingen) eine Agitation für den Zentralverband der Arbeitsinvaliden vor. Die Werbung ergab 18 neue Mitglieder, so daß die Ortsgruppe jetzt aus 51 Mitgliedern besteht. Es wurden verschiedene Mängel in der Rentenfestsetzung erwähnt. Jacobs sprach dann in einer gut besuchten Versammlung über die Ziele des Verbandes und über die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei, der Partei des Aufbaues in der Sozialfürsorge.

Remkersleben

Sie bekommen nicht ihre richtige Rente. Eine Hausagitation der Arbeitsinvaliden wurde vorgenommen. Die Werbung ergab 26 Neuaufnahmen für den Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Nachmittags sprach Kollege Jacobs über Zweck und Ziele des Verbandes. Dann gab er Aufklärung, daß ein großer Teil der alten Leute, die er besucht habe, nicht die richtige Sozialrente bekomme. Es wurde eine Ortsgruppe gegründet, die aus 30 Mitgliedern besteht. —

Stadtkreis Burg

Erinnerungen aus dem Wahlkampf.

Mit großen Hoffnungen ging die Reaktion in den Kampf um das Stadtparlament. [illegible] doch die „großen Strategen", daß die [illegible] Verhältnisse im Verein mit der großen Arbeitslosigkeit und einer skrupellosen Agitation ihnen eine Mehrheit im Stadtparlament verschaffen würden. An der politischen Schulung der Arbeiterschaft, die sich nicht von gelegentlichen Fehlschlagen beeinflussen läßt, sind die Pläne des Bürgertums zuschanden geworden.

Wie sah es nun bei diesem Bürgertum aus, das so siegesgewiß gegen die Sozialdemokratie auftrat? Schon die Aufstellung der unerhörten „Einheitsliste" des Bürgertums verursachte schwere Kämpfe. Es ist ja auch nicht so einfach, 16 Interessentengruppen, von denen jede glaubt, den Stein der Weisen zu besitzen, unter einen Hut zu bringen. Nach schweren Wehen wurde die „Einheitsliste" geboren. Noch in letzter Stunde hatte man mit größter Mühe verschiedene Sonderwünsche abgewehrt. Denn nach dem Auftauchen der „Liste der Unzufriedenen" drohte in letzter Minute die „Einigkeit" doch noch in die Brüche zu gehen. Stadtv. Gebhardt — der kleine Mussolini wird er genannt — verlangte vier Tage vor der Wahl, daß er an die Spitze der Einheitsliste gesetzt werde, andernfalls würde er seine Kandidatur zurückziehen. Drei Mann von den Machern mußten ausrücken, um den, der sich vordrängeln wollte, wieder auf das richtige Gleis zu schieben. Es soll keine geringe Mühe gekostet haben. Herr Gebhardt nannte sich einst stolz Demokrat, jetzt paktiert er mit der Reaktion. Aus eigner Kraft wären die Demokraten, genau wie die „Unzufriedenen", kaum imstande gewesen, ein Mandat zu erringen; das beweisen die Stimmen zur Provinziallandtagswahl.

Viele Schmutzbrocken wurden von den Bürgerlichen in letzter Stunde noch gegen unsre Genossen geschleudert. Am Wahltagsmorgen brachten die Bürgerlichen ein Flugblatt heraus, das von Verunglimpfungen der sozialdemokratischen Kandidaten strotzte. Genau wie die Kommunisten appellierten sie an die niedrigsten Instinkte der Wählerschaft in der Erwartung, etwas bleibt doch hängen. Genosse Riffel ist ihnen die Antwort auf ihre Gemeinheiten nicht schuldig geblieben. Die Spekulation der Bürgerlichen auf den Neid mißglückte bei der Arbeiterschaft.

Die Kommunisten haben durch den Wahlausfall die Verantwortung mit zu tragen. Sie sind nur mit knapper Not in gleicher Stärke wiedergekehrt, müssen aber jetzt als Zünglein an der Waage entscheiden, ob eine Politik im Interesse der Arbeiterschaft getrieben werden kann oder nicht. Bei der Verantwortungslosigkeit der Kommunisten besteht zwar augenblicklich wenig Aussicht, daß die für sie abgegebenen Stimmen der Arbeiterschaft etwas nützen; nach ihrer ersten Blamage im neuen Stadtparlament wird man sie zur Verantwortung zwingen. Jedenfalls wird sich die sozialdemokratische Fraktion ihr Handeln nicht von den Moskauern vorschreiben lassen. Das ist von den Kommunisten zu beachten. Es liegt an ihnen, ob sie sich jeden Kredit verscherzen oder vernünftige Arbeit leisten wollen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden getreu ihren Grundsätzen im Allgemeininteresse praktisch arbeiten, also übertriebene unerreichbare Forderungen ablehnen und eine unberechtigte Belastung der Arbeiterschaft abwehren.

Es muß in erster Linie Aufgabe der neuen Stadtverwaltung sein, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, darüber hinaus aber für einen Ausbau der sozialen Einrichtungen zu wirken. —

Kreis Jerichow 2

Genthin

Noch gut abgegangen ist ein Zusammenstoß zwischen Auto und Motorrad im Markt. Das Auto wollte einen mit Gasröhren beladenen Handwagen überholen, bog aber nicht weit genug nach links aus, so daß sich ein Gasrohr zwischen Kühler und Vorderrad schob. Im selben Augenblick kam ein Motorradfahrer hinter dem Auto angefahren, der anscheinend die Gefahr nicht erkannt hatte, denn durch das plötzliche Halten des Autos und dessen Rückwärtsbewegung wurde das Motorrad erfaßt. Der Motorradfahrer konnte noch rechtzeitig zur Seite springen, während das Motorrad mehrere Meter zurückgeschleift und beschädigt wurde. — Bei einem andern Zusammenstoß zwischen einem Auto und einer Radfahrerin wurde das Rad vollkommen zerstört und die Fahrerin erheblich verletzt. —

Der Werbeabend der Freien Turnerschaft war eine ausgezeichnete Veranstaltung, zumal die Bezirksschule Magdeburg und Turner aus Magdeburg-Buckau das Programm bestritten. Leider war der Abend wider Erwarten nicht so besucht, wie das hätte sein müssen. Die Mahnung an die Eltern, alle Jugendlichen und Kinder dem Arbeiterturnverein zuzuführen, sei auch an dieser Stelle wiederholt. Die Vorführungen fanden den Beifall aller Anwesenden. —

Kreis Neuhaldensleben

Zehn Gemeinden neu erobert.

Die Gemeindewahlen im Kreise Neuhaldensleben haben in insgesamt 14 von 57 Gemeinden die Mehrheitsverhältnisse geändert, und zwar sind insgesamt 10 Gemeinden, die bisher eine Rechtsmehrheit hatten, nämlich die Gemeinden Badeleben, Belsdorf, Bregenstedt, Erxleben, Hörsingen, Ivenrode, Marienborn, Schwanefeld, Sommerschenburg und Wedringen, nunmehr von der Linken gewonnen worden. Umgekehrt haben zwei Gemeinden, nämlich Barneberg und Rottmersleben, die bisher über eine Linksmehrheit verfügten, nunmehr eine bürgerliche Mehrheit. Eine Besonderheit bildet die Gemeinde Eilsleben, in der sich sechs sozialdemokratische und sechs bürgerliche Gemeindevertreter gegenüberstehen und in der daher über die Person des Gemeindevorstehers das Los entscheiden wird. Bei den andern Gemeinden konnte ein derartiger Zustand nicht eintreten, da hier, außer Altaldensleben und Hönensleben, neun Gemeindevertreter vorhanden sind und somit stets eine Mehrheit für die eine oder andre Richtung vorhanden sein muß. —

Badeleben

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hatte im Gasthaus zur Friedenseiche eine Versammlung einberufen. Kreisleiter Thonerkant (Neuhaldensleben) hielt ein Referat über Zweck und Ziele des Verbandes und der Fürsorge. Noch manches muß hier getan werden. Dann wurde zur Gründung einer Ortsgruppe

geschritten. 1. Vorsitzender wurde Adolf Schwarz, Kassierer Hermann Jurgen, Schriftführer Willi von Pich-Lipinski, Revisoren Frau Anna Springmann und Karl Gödecke. Nach der Fürsorgepflichtverordnung muß auch ein Sozialrentner im Fürsorgeausschuß vertreten sein. Vorgeschlagen ist Adolf Schwarz. Badeleben war bisher Völpke angeschlossen. Dies soll bis zum Jahresabschluß bestehen bleiben. Vom 1. Januar an aber tritt die neue Ortsgruppe in Tätigkeit. Hosang (Völpke) sieht ungern die Badeleber Mitglieder scheiden. Er brachte weiter zum Ausdruck, daß er auch fernerhin die neue Ortsgruppe unterstützen werde. Die Ortsgruppe Badeleben hat 38 Mitglieder. Zum Schluße gab der Kreisleiter noch über die Invalidenversicherung Aufklärung und auch über die jetzt bestehenden Richtsätze. Er wünschte, daß die Ortsgruppe blühen und gedeihen möge. Vereinte Kraft, Großes schafft! —

Die neuen Gemeindevertreter. In einer öffentlichen Versammlung gab der Wahlvorstand das amtliche Ergebnis der Gemeindewahl bekannt. Gewählt sind von der Liste 1, Sozialdemokratische Partei: O. Grope, Fr. Fischer, G. Springmann, A. Bublitz und E. Brestrich, von der Liste II, Wirtschaftliche Vereinigung: F. Müller, H. Schönborn, O. Matthies und W. [illegible]. —

Ummendorf

Neue Kirchenaustrittsbewegung.

Im Gemeindewahlkampf hat sich im Gemeindekirchenblatt Pastor Müller Eilsleben in mehreren Artikeln gegen die Freidenker-Bewegung von Ummendorf in einer Art und Weise gewandt, wie man sie von einem Vertreter der Kirche nicht erwartet hätte. Von dem Schlachtruf: „Kirchenmitglieder, wählt keinen Freidenker in die Gemeindevertretung!" haben sich die Mitglieder der Kirche die Sozialdemokraten sind, nicht beirren lassen, denn diese wissen, daß sie von der Kirche kein Brot zu erwarten haben. Sie wissen auch, daß Freidenker als Sozialdemokraten ihre ganze Kraft für die Hilfsbedürftigen in der Gemeinde einsetzen. Mit dem Wahlspruch: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut" wollen sie Gemeinschaftsarbeit vollbringen. Ganz anders die evangelische Kirche. Die Herren von der Kanzel haben sich größtenteils für das Hugenberg-Begehren eingezeichnet, haben sich also mit den Unterdrückern des Volkes solidarisch erklärt. Das wird auch denen noch die Augen öffnen, die bisher noch nicht zur Erkenntnis darüber gekommen sind, wieweit die Kirche neben der Religion politische Ansichten vertreten.

In treuer Brüderschaft mit der Kirche steht auch die sogenannte „Volksliste". In einem Flugblatt „Zur Gemeindewahl", das von Lüge und Verleumdung strotzt, schreiben der Verfasser unter: „Wähler und Wählerinnen! Wollt ihr, daß eure Kinder christlich erzogen werden, so wählt nicht die sozialdemokratische Liste 1, denn die Kandidaten sind größtenteils aus der Kirche ausgetreten!" Was hat die Erziehung mit Kirche und Gemeindewahl zu tun? Sind nicht gerade Sozialdemokraten auch als Freidenker die besten Erzieher ihrer Kinder? An manchem könnte sich mancher Kandidat der „Volksliste" ein Beispiel nehmen! [illegible] mit der Kirche und den Kandidaten der Volksliste [illegible]! Immer nur weiter so, dann werden auch noch die letzten Reste weggeschwemmt!

Anfang Dezember soll wieder eine Kirchenaustrittsbewegung vor sich gehen. Wer aus der Kirche austreten will, kann sich bei den Genossen Pirner und Schumann in eine Liste einzeichnen. Wenn genug Meldungen beisammen sind, daß es sich lohnt, dann wird ein Gerichtsbeamter bestellt und die Austritte können am Orte vollzogen werden. Auch Badersleben hat Beteiligung angesagt. Freidenker, werbt für [illegible] Sache! —

Siegersleben

Fürsorge für die Schulkinder. Am Montag wurde die Schule durch den Kreisarzt und die Fürsorgeschwester des Kreises Neuhaldensleben zur Feststellung des Gesundheitszustandes der Schulkinder besucht. Der Kreisarzt stellte einen erfreulichen Fortschritt in Gesundung und Körperpflege fest. Kleinere Mängel wurden am Abend durch die Kreisschwester den Eltern bekanntgegeben und erläutert. Dann folgte ein Vortrag der Schwester über Infektionskrankheiten, Typhus, Ruhr, Scharlach und andre, deren Entstehung und Verhütung. Der Vortrag war sehr lehrreich, die nachfolgende Aussprache lebhaft. —

Kreis Wolmirstedt

Hohenwarsleben

Der Unterhaltungsabend der Arbeiterwohlfahrt war ein voller Erfolg. Nach kurzer Begrüßung durch die 1. Vorsitzende Brüggemann nahm Genossin Karbaum (Magdeburg) das Wort. Seine Ausführungen wurden mit herzlichem Beifall aufgenommen. Der Arbeiter-Gesangverein unter Leitung von Fr. Kühne gab zwei gemischte Chöre zum besten, und zwar „Vergangen" und „Abendlied" aus „Nachtlager von Granada". Die Aufführung des Schauspiels war sehr gut. Ganz besonders gefielen „Käte" und „Anna". Die Vorträge der drei Mädel sowie der Dahlenwarsleber Genossinnen verdienen ebenfalls besondere Anerkennung. —

Barleben

Frauenabend. In der letzten Frauenversammlung [illegible] —

§ Vor Gericht

Das Finanzamt ist machtlos.

[illegible] —

*

Schwere Zuchthausstrafe wegen Blutschande.

[illegible] —

Die Finanzen der Provinz

Die Grundlage der Verwaltungsarbeit in allen Arbeitsgebieten der Provinz bildet der Haushaltplan, dessen Gestaltung die Hauptaufgabe des Provinziallandtages ist.

Der Haushaltplan

trennt das Ordinarium vom Extraordinarium, die laufenden Einnahmen und Ausgaben von den einmaligen. Das Verhältnis von Ordinarium und Extraordinarium schwankt naturgemäß in den verschiedenen Rechnungsjahren, je nachdem Bauten, Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen u. a. m. in größerem Umfange erforderlich sind oder nicht. In den letzten Jahren ist auf die Beschränkung des Extraordinariums besonders hingewirkt worden.

Bei den einmaligen Ausgaben wird der Grundsatz verfolgt, daß aus Anleihe nur werbende Ausgaben bestritten werden dürfen sowie solche Ausgaben, die in wirtschaftlicher Beziehung eine Förderung des Provinzialgebietes bringen oder auf sozialem Gebiet für lange Zeit die Durchführung bestimmter Aufgaben der Wohlfahrtspflege ermöglichen (eigner Anstaltsbau oder Kreditgewährung). Andre einmalige Ausgaben müssen aus laufenden Mitteln bestritten werden.

Die Hauptausgabeposten des Haushaltplanes von 1929 lauten:

	Ordinarium	Extraordinarium
Allgemeine Verwaltung	2 689 550	70 200
Verkehrswesen	14 145 423	1 910 112
Landeskultur	1 235 600	—
Volkswirtschaft	8 965 300	2 256 000
Volkswohlfahrt	36 067 750	2 502 062
Kunst und Wissenschaft usw.	437 800	91 500
Finanzverwaltung	10 755 577	150 426
Summe:	74 297 000	7 010 500

Die Gesamtsumme des Ordinariums und Extraordinariums von 81 307 500 Mark läßt sich jedoch erst beurteilen, wenn man die durchlaufenden oder Verrechnungsposten absetzt. Es sind das in der Hauptsache die Beiträge der Witwen- und Waisenkasse und der Ruhegehaltskasse (Umlageverfahren), die Zusatzrenten für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene (Ueberweisungen von Reich und Staat), die Ruß- und Entschädigungsgelder aus der Schwerbeschädigtenfürsorge sowie die Beiträge des Viehseuchenentschädigungsverbandes (Umlageverfahren). Im Haushaltplan 1929 betragen diese Durchgangsposten rund 33,34 Millionen Mark, so daß an echten Ausgaben die Summe von rund 47,93 Millionen Mark verbleibt.

Dieser Betrag wird gedeckt durch eigne Einnahmen, Reichssteuerüberweisungen, Dotationen und Provinzialabgaben (Umlage).

Die Hauptposten der

eignen Einnahmen

sind die Pflegegelder für Geisteskranke, Blinde, Taubstumme und sonstige Hilfsbedürftige, die in den Provinzialanstalten Aufnahme finden (rund 5 Millionen Mark). Die Bezirksfürsorgeverbände tragen zu den vom Provinzialverband getragenen allgemeinen Kosten für die Anstaltspfleglinge nur die Sonderkosten bei. Die Unterhaltungskostenbeiträge der Kreise zur Krüppelfürsorge betragen rund 590 000 Mark. Bei der Fürsorgeerziehung erstattet der Staat zwei Drittel der Summe, die nach Abzug der laufenden Einnahmen ungedeckt bleibt (im Jahre 1929 rund 2,5 Millionen Mark). Ein Staatszuschuß wird auch zu dem Fonds zur Förderung der Landwirtschaft gewährt, der von Staat und Provinz zu gleichen Teilen getragen wird. 1929 betrug der Staatsanteil rund 138 000 Mark.

Eigne Einnahmen sind fernerhin die Dividenden aus den Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen. Die größten Posten stellen die Elektrizitätsgesellschaften (550 000 Mark im Jahre 1929) und die Mitteldeutsche Landesbank (rund 500 000 Mk. im Jahre 1929). Eigne Einnahmen sind endlich aus Zinsen vom Vermögen und aus der zeitweiligen Anlegung von Betriebsmitteln, aus Grundbesitz, aus den Erträgen des Bades Lauchstädt und so weiter zu verzeichnen.

Zu den eignen Einnahmen treten

die Steueranteile.

Die Provinzialverbände erhalten zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dotationen, Einkommen- und Körperschaftssteuer- und Kraftfahrzeugsteueranteile. Die gesetzliche Grundlage für die Steuerüberweisungen bilden die Finanzausgleichsgesetze.

Das Reichsrecht regelt den Finanzausgleich zwischen dem Reich einerseits und den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden anderseits. Der innerpreußische Finanzausgleich bezieht sich auf das Verhältnis des Landes zu den Gemeinden und Gemeindeverbänden, weiterhin auf deren Verhältnis untereinander. Unter Berücksichtigung der Verteilung der Aufgaben und Lasten werden die Steuerquellen verteilt und das Beteiligungsverhältnis mehrerer Steuergläubiger an den einzelnen Steuerarten festgesetzt. Somit bildet der innerpreußische Finanzausgleich die grundlegende Ergänzung des Kommunalabgabenrechtes.

Nach dem Finanzausgleich des Reiches werden die Länder am Ertrage folgender Reichssteuern beteiligt: Einkommen- und Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Rennwettsteuer. Die Provinzialverbände erhalten nach dem innerpreußischen Finanzausgleich Anteile nur von der Einkommen- und Körperschaftssteuer und von der Kraftfahrzeugsteuer.

Von dem preußischen Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände 45 Prozent. Diese werden folgendermaßen unterverteilt: es erhalten die Gemeinden 40 Prozent, die Landkreise 2½ Prozent, die Provinzen 2½ Prozent.

Das Aufkommen an der

Kraftfahrzeugsteuer

dient (nach Abzug von 4 Prozent Verwaltungskosten für das Reich) ausschließlich der Unterhaltung öffentlich-rechtlicher Wege. Diese Zweckbestimmung ist im Reichsfinanzausgleich festgelegt. Die Unterverteilung in Preußen war noch 1928 so geordnet, daß die Provinzialverbände insgesamt drei Viertel, die Stadt- und Landkreise ein Viertel erhielten. Durch einen Beschluß des Preußischen Landtages vom 27. April 1929 ist dieser Verteilungsschlüssel in einer für die Provinzen ungünstigen Weise auf 70 : 30 Prozent abgeändert worden. Der Provinzialanteil wird auf die beteiligten Gebietskörperschaften je zur Hälfte nach Gebietsumfang und Straßenstrecken unterverteilt. Dabei erhält Berlin einen Sonderbetrag von 2 000 000 Mark vorweg, auch erhalten die besetzten und besetzt gewesenen Gebiete im Westen ein Fünftel des Provinzialanteils vorweg.

Aus dem 55 Prozent betragenden Staatsanteil der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer erhalten die Provinzen und Landkreise

Dotationen

zur Erfüllung bestimmter Aufgaben. Es wird dazu ein Zehntel des Staatsanteils, also 5,5 Prozent, verwandt. Davon erhalten die Provinzen vierzehn Fünfzehntel, die Landkreise ein Fünfzehntel. Von dem Provinzialanteil werden dann zwei Drittel nach den bei der letzten Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen, das letzte Drittel wird nach dem Verhältnis von Gebietsumfang und Straßenstrecken je zur Hälfte unterverteilt.

Die Provinzialabgabe

Die Ausgabensumme des Provinzialverbandes, die aus den eignen Einnahmen und durch die Steuerüberweisungen nicht gedeckt wird, wird von den Land- und Stadtkreisen durch Umlage erhoben. Die Formel für die Umlage ist: Echte Ausgaben weniger eigne Einnahmen und Steuerüberweisungen ergeben die Umlage. Als Maßstab wird zugrunde gelegt die Summe der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuerüberweisungen, die den Stadt- und Landkreisen einschließlich der zugehörigen Gemeinden im Rechnungsjahre tatsächlich zugeflossen sind, und die Summe der für das Rechnungsjahr veranlagten Grundbeträge an Realsteuern (Grundvermögens- und Gewerbesteuern). Die Provinzialumlage wird in Hundertsätzen dieses Gesamtbetrages erhoben. Der Provinzialverband ist nur zur Erhebung direkter, nicht auch indirekter Provinzialabgaben befugt. Eine ausschließliche Belastung oder die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreise bedarf der Genehmigung durch den Minister des Innern.

Anleihen

Es ist Grundsatz, daß Anleihen nur für solche Aufwendungen aufzunehmen sind, die zur Erfüllung für lange Zeiten notwendiger neuer oder alter gesetzlicher Aufgaben dienen. Seit Wiederherstellung der Währung hat der Provinziallandtag etwa 35 Millionen Anleihekredite beschlossen. Davon ist ein großer Betrag noch nicht effektuiert, weil die Aufgaben z. T. noch nicht in Angriff genommen werden konnten, die aus Anleihebeträgen bestritten werden sollten (insbesondere Eisenbahnbauten); z. T. gestattete auch der Kapitalmarkt die Aufnahme langfristiger Schulden nicht. Der langfristige Schuldenstand der Provinz betrug am 1. April 1929 rund 23 Millionen Mark. —

Mitteldeutsche Chronik

Freiwilliger Tod einer Greisin

Die 81jährige Witwe Werdenburg aus der Mühlenstraße in [illegible]leben bei Aschersleben machte ihrem Leben durch Ertränken ein Ende. Krankheit soll der Grund zur Tat der Lebensmüden gewesen sein. —

„Schulungen gesucht zu Botengängen"

Der [illegible] Wilhelm T. in Braunschweig hatte [illegible] zu Botengängen in seiner Bäckerei angestellt, an denen er sich vergangen [illegible]. Von der Strafkammer [illegible] wurde er deshalb wegen Verbrechens gegen § 176 Absatz 3 des Strafgesetzbuches in [illegible] Fällen zu einer [illegible] Gefängnisstrafe verurteilt. [illegible] Revision [illegible] des Reichsgerichts [illegible] verworfen. —

An sechsjährigem Kind vergriffen?

Die Zeitzer Polizei nahm einen 21 Jahre alten landwirtschaftlichen Arbeiter fest, der sich an der sechsjährigen Tochter seines Arbeitgebers in [illegible] schwer vergangen haben und dadurch gefährlich [illegible] soll. Der Täter bestreitet [illegible] jede Schuld. —

*

[illegible] Grabschänder. [illegible] —

In einer Gartenlaube erhängt. In einer Gartenlaube in der [illegible] bei Braunschweig wurde die Leiche des Kaufmanns [illegible] aufgefunden. [illegible] Leben ein Ende. —

Unfall in der Schule. Der [illegible] Schüler [illegible] in Cöthen [illegible] —

Ein „tüchtiger" Beamter. [illegible] Sangerhausen [illegible] 2500 Mark [illegible] —

Beim Fensterputzen abgestürzt. Die 62jährige Frau des Eisenbahnbeamten Fronius in Sangerhausen war mit dem Fensterputzen ihrer im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung beschäftigt. Sie verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte auf den Hof, wobei sie sich einen Bruch der Schädelbasis zuzog, beide Arme brach und außerdem noch andre schwere Verletzungen davontrug. Die Unglückliche liegt in bedenklichem Zustand im Krankenhaus danieder. —

Der Großvater als Lebensretter. Ein kleiner Junge, der in Rennerts im Kreise Bitterfeld am Teiche spielte, stürzte plötzlich hinein. Seine Spielgefährten riefen seinen Großvater herbei, der schnell entschlossen dem Kleinen nachsprang und ihn an Land brachte. Der Knabe war bereits bewußtlos geworden, konnte aber ins Leben zurückgerufen werden. —

Früh übt sich . . .? Ein Zeitzer Fleischerlehrling stahl seinem Meister größere Mengen Wurstwaren und verkaufte sie an Gastwirte. Der Lehrling wurde verhaftet. Die Gastwirte werden sich wegen Hehlerei zu verantworten haben. —

Der Buchhalter ist der Räuber. Der Täter, der den Lohngeldraub auf der Grube Emma bei Strecau ausgeführt hat, konnte in der Person des Lohnbuchhalters Härtner verhaftet werden. Seine Frau, die ihm hierbei behilflich war, wurde gleichfalls in Haft genommen. Die Tat ist vorbereitet gewesen. Der Täter ist zurzeit krank. Härtner hat als Verwalter einer Werkskrankenkasse 1254 Mark unterschlagen. Außerdem hat er noch andre Gelder in Höhe von 250 Mark veruntreut. Um die Fehlbeträge zu decken, hat er den Lohngelddiebstahl ausgeführt. —

Die Pflicht ruft

Burg.

Metallarbeiterverband. Am Sonnabend den 30. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. —

Frauenabend heute Mittwoch abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Filmvorführung „[illegible]". —

Groß Ottersleben.

Reichsbanner. [illegible] den 30. November im „Schwan" wichtige Mitgliederversammlung. Kamerad [illegible] spricht über „Das wahre Gesicht der Heimwehrfaschisten". —

Osterweddingen.

Reichsbanner. Sonnabend den 30. November, 20 Uhr, Versammlung im Lokal vom Brühe. —

Ummendorf.

Reichsbanner. Sonntag den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei H. Otto. —

Wedringen.

Parteiverein. Am Freitag abend Versammlung im Vereinslokal. —

Behördliche Mitteilungen

Genthin.

Eine Kreistagsberatungsstunde findet am Freitag 10.30 Uhr im Landratsamt statt. Im Anschluß daran, und zwar um 11.30 Uhr, die Beratung in der Kreisausschuß-, Schul-, Wegebau-, Armen- und Gesundheitswesen sowie andrer Ausschüsse. —

Stadt Magdeburg

Am Schaufenster des Blumenladens

Mit dem beginnenden Winter bekommen die Straßen für uns einen neuen Reiz: die Pracht der Blumenläden. Aus den Gärten sind auch die letzten Blüten verschwunden, da beschleicht uns ein Gefühl der Dankbarkeit, wenn wir die buntprangende Herrlichkeit der Schaufenster bewundern können. Da ist die schlanke, zartgliedrige Anmut der Orchideenzweige in ihren Schattierungen von weiß über zartgelb bis tiefbraun... was sind sie schön, diese Kinder einer fernen Zone!

Und neben ihnen — massig, prächtig, vielleicht ein klein wenig protzig — die Chrysanthemen; Chrysanthemen in einer Fülle und Farbenschönheit, wie wir sie uns nicht träumen ließen, als die Chrysanthemen zu allererst in unserm Gesichtskreis auftauchten. Damals waren sie kaum dahliengroß, während man heute Exemplare findet, die einem stattlichen Kohlkopf an Größe nichts nachgeben. Auch sie sind Kinder einer fernen Zone, die aber auch bei uns jetzt in wundervollen Exemplaren gezüchtet werden. In Magdeburg wird die Zucht der Chrysanthemen von der Gärtnerei Henneck in Cracau als Spezialität getrieben.

Gewiß wollen diese vornehmen Damen es gar nicht hören, daß sie nahe Verwandte der gelben und weißen Wucherblumen sind, die auf unsern Feldern und Wiesen so massenhaft als „Unkraut" vorkommen. Es ist ihnen sicherlich angenehmer und schmeichelhafter, nur von ihrer Heimat Japan reden zu hören, wo sie so hoch in Ansehen stehen, daß im Jahre 1877 sogar der Chrysanthemumorden gestiftet wurde, der nur an regierende Fürsten und höchste Staatsbeamte verliehen wird und in seinem Strahlenstern die Inschrift trägt: Erhabene Taten und ehrenvolle Handlungen.

Auch ein besonderes Chrysanthemumfest wird zur Zeit der eigentlichen Chrysanthemenblüte in Japan begangen. In den kaiserlichen Gärten werden in großen Mengen die edelsten Sorten der Chrysanthemen aufgestellt und alle höhern Beamten, Diplomaten und Gelehrten eingeladen, ihre Schönheit zu betrachten. Diese Versenkung in die Schönheit der Blume hat für den Japaner einen gewissermaßen religiösen Charakter, da sie seinen Geist erfreut und seine Seele erhebt. Auch das kaiserliche Wappen Japans ist ein 16strahliges, also einfaches Chrysanthemum, vermutlich eine alte Darstellung der Sonne. Es wird als Sinnbild langen Lebens betrachtet. In Japan nennt man das Chrysanthemum Kiku.

Die erste Chrysanthemumpflanze ist 1789 nach Europa gekommen, und vor jetzt 100 Jahren fand die erste Chrysanthemumausstellung in London statt. Unpoetisch wie wir Europäer sind, nennen wir es „Ausstellung", während die Japaner das gleiche als „Fest" bezeichnen. Damals kannte man 27 verschiedene Sorten, während nur wenige Jahre später in Wien schon 55 Arten vorgeführt wurden. Klingt es unglaublich, daß man es Mitte des vorigen Jahrhunderts auf 4000 Sorten gebracht hatte? So wandlungsfähig ist diese Blume. Heute legt man das Hauptgewicht auf Erzielung großer Blumen, die man hervorbringt, indem man Seitenschüsse entfernt. Amerika besonders kultiviert die Riesenblüten.

Trotz ihres prächtigen Aussehens ist das Chrysanthemum bei vielen Menschen unbeliebt, weil es duftlos ist. Es wirkt auf uns ein wenig wie eine sehr schöne, aber auch sehr kühle Salondame, die über der prächtigen Gewandung ihre Seele vergessen hat. Vielleicht kommt das aber nur daher, daß uns diese Blume eigentlich fremd ist, weil sie auf fremdem Boden wuchs.

Unsre Augen schweifen weiter. Da stehen in einer kleinen Vase ein paar Veilchen — wie geht unser Herz auf, süßduftende, tiefblaue Veilchen jetzt zu Winterbeginn! Im Laden duftet es förmlich nach würzigen Nelken, die die zierlich gekräuselten Ballettröckchen vor unsere Augen wippen lassen, und rote Rosen strömen uns ihre Blumenseelen entgegen. Von guter Wirkung sind auch die schönen Beerenzweige der Strandweide in ihrer gelbroten Färbung und die [illegible] Stranddisteln, die sich jetzt zu voller Schönheit entfaltet haben. —

Das alte Lied

„Arbeitslose sind Faulpelze, haben keine Lust etwas zu tun, sind so reich, daß sie keine Unterstützung brauchen." — Wer kennt nicht diese Walze, die nach der Einführung der Erwerbslosenfürsorge zum Ueberdruß in der reaktionären Presse abgeleiert wurde. Nach der Einführung der Arbeitslosenversicherung begann man das gleiche Lied zu singen. Einzelne Mißstände wurden verallgemeinert, wurden als Beweis dafür ins Treffen geführt, daß die Arbeitslosenversicherung abgeschafft werden müsse, weil sie zur Faulheit anreize.

Dann kam die Reform der Arbeitslosenversicherung. Und es kommt, wie das Amen in der Kirche, ganz konsequent von neuem das Lied von dem Reichtum der Arbeitslosen. Die „Magdeburgische Zeitung" stimmt es an. „Motorradkorso zum Arbeitsamt" schreibt sie über einen dummen und unverschämten Hetzartikel gegen die Arbeitslosen. Man merke auf. So steht es in der „Magdeburgischen":

> Motorradkorso auf der Walter-Rathenau-Straße. Zwölf rot und schwarz blitzende Maschinen, durch die Novemberfrühe fauchend. Vor dem Arbeitsamt wird „geparkt". Alle Motorradleute gehen hinein, reichen einen Ausweis über den Schaltertisch, „stempeln": Arbeitslose!
>
> Motorradfahrende Arbeitslose! Man kann in einigen Minuten zwölf Knatterer zählen, die eine teure, steuerpflichtige Maschine fahren und vom Staat wünschen, daß er sie unterstütze. Weil sie doch „arbeitslos" sind!
>
> Um sie herum des Bürgers Kopfschütteln. Man bestaunt die feinen Motorräder und die Herren, denen sie gehören. Man ist der Meinung, daß alle diese Motorradfahrer sich nur Geld vom Staat abholen, um damit Benzin einzukaufen und Kraftfahrzeugsteuern zu bezahlen. Wozu doch eigentlich das Geld der Unterstützungsämter nicht da ist.
>
> Drinnen in den Bürostuben des Arbeitsamtes kümmert man sich nicht darum. Man läßt es draußen knattern, man hat seine Namenregister, man erfüllt seine Auszahlungspflicht.
>
> Die Motorradherren sehen durchweg sehr gut aus. Die Arbeitslosigkeit scheint ihnen nicht schlecht zu bekommen. Sie können spazierenfahren — die Unterstützungsgelder reichen für den Betriebsstoff.

Ja, es ist ein glückbringender Zustand, arbeitslos zu sein. Ob aber diese Motorradfahrer tatsächlich Arbeitslose sind, steht ja nicht einmal fest. Im Arbeitsamt verkehren ja auch andre Leute, z. B. Arbeitgeber. Und wenn es Arbeitslose wären, so haben sie sich eben in glücklicheren Zeiten von Ersparnissen ein Motorrad gekauft, das sie, so gut es eben geht, über die Arbeitslosigkeit hinwegretten möchten. Sie hoffen alle, daß die Arbeitslosigkeit nicht ewig dauern wird.

Und haben sie nicht einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung? Alle, die Unterstützung beziehen, haben auch Beiträge zur Versicherung geleistet. Man kann ihre Unterstützung nicht davon abhängig machen, daß sie ihr Motorrad verkaufen, wie es die „Magdeburgische" empfiehlt. Was würde der edle Skribifax dieser „vornehmen" Zeitung sagen, wenn ihm eine Lebensversicherung beispielsweise die Auszahlung der fälligen Versicherungssumme davon abhängig machen wollte, daß er sein Vertiko verkauft? Das kann diese Lebensversicherung ebensowenig, wie die Arbeitslosenversicherung es im Falle des Motorrades kann.

Aber das wissen diese Herren ganz genau. Sie wollen nur ein wenig gegen die Arbeitslosenversicherung scharfmachen. Wie anders könnte es sonst gemeint sein, wenn man weiter liest:

> In Berlin hat man bekanntlich schon solche „Arbeitslose" gesehen, die in einer hochmodernen Limousine, im Gehpelz, in Lackstiefeln vor den Unterstützungsämtern vorfahren und sich als „Hilfe in der Not der Arbeitslosigkeit" allwöchentlich einen Zehnmarkschein abholen, den sie dann in der nächsten Tankstelle wieder abliefern.

Das ist der hanebüchenste Unsinn, den es gibt. Aber die „Magdeburgische" muß ja ihre Leser kennen. Sie schreibt das, um die Arbeitslosen zu verleumden, um gegen die Arbeitslosenversicherung Sturm zu laufen, um den spießbürgerlichen Vorstellungen von den reichen, aber faulen Arbeitslosen einen Gefallen zu tun. Es ist das alte Lied, das darum, daß es noch so oft wiederholt wird, nicht zur Wahrheit wird. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Fermersleben-Salbke-Westerhüsen. Heute Dienstag abend 8 Uhr Frauenabend bei Stillers. —

Bezirk Friedrichstadt-Werder. Heute Dienstag abend 8 Uhr im „Adler" Frauenabend. —

Bezirk Neue Neustadt. Donnerstag den 28. November, abends 8 Uhr, Frauenversammlung im „Wintergarten". Referentin: Genossin Bittor[illegible].

Siegesfeier der Partei

In ein enges Sitzungszimmer verkroch sich die Einheitsliste, um über ihre Niederlage einen erbaulichen Streit anzufangen. Die Herrschaften hatten sich den Ausgang der Stadtverordnetenwahl ganz anders gedacht. Die Sozialdemokratie vernichtend aufs Haupt geschlagen, der bunte Haufen von Deutschnationalen, Volksparteilern, Wirtschaftsparteilern, Innungsobermeistern als Sieger. Die Roten werden an die Wand gedrückt, ein großes Reinemachen sollte beginnen. Wie Anno 1924, wo es freilich auch nicht angehen wollte. Aber diesmal hatte man ja in ganz andrer Weise gerüstet!

Der 17. November, die große Pleite, der Katzenjammer kam — und der große Streit begann. Wir sind getäuscht, der Einheitsgedanke war Schwindel — in diesem Sinne hat sich auch der volksparteiliche Stadtrat Zehle im Magistrat geäußert —, umsonst waren alle materiellen und moralischen Opfer, wir sind geschlagen und auch zerschlagen. Sechs ziehen nach rechts, fünf nach links. Im Grunde weiß keiner, in welcher Richtung die sogenannte Fraktion marschieren soll. Die Sozialdemokratie aber triumphiert und feiert ihren Sieg. In der Stadthalle, dem stolzen Hause der Stadt, sozialdemokratische Siegesfeier! Das war für die Einheitsfraktion und auch für die „Kleinern", die am 17. November etwas werden wollten, ein besonderer Schmerz.

Ein Vorgang von symbolischer Bedeutung: Das in sich zerfallene, streitende Bürgertum, ohne Führung und Idee, auf der andern Seite die aufstrebende sozialdemokratische Arbeiterschaft im gewaltigen Saale der Stadthalle, der immer festlich wirkt, der Feierlichkeit und Erhebung an sich bedeutet.

Acht große Fahnen leuchten rot an den Längsseiten des Saales. Rot geht es durch die Mitte: die Banner, Fahnen und Wimpel der Magdeburger Parteibezirke und der Jugend werden im feierlichen Zuge zur Bühne getragen. Das Philharmonische Konzertorchester, das unter Leitung Siegfried Blumanns dem Abend festlichen Klang verleihen sollte, löste seine Aufgabe in bester Weise. Das Programm war auf Lebensfreude gestellt. Die Zuhörer quittierten die vortrefflichen Leistungen der Künstler mit stürmischem Beifall.

Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Parteivorsitzenden Genossen Wittmaack. Weil wir in Deutschland alles begründen, besonders aber die Berechtigung von Feststunden, deshalb ging auch Genosse Wittmaack darauf ein, weshalb diese Siegesfeier veranstaltet wurde. Die Größe des Erfolges sollte noch einmal betont, Freund und Feind zum Bewußtsein gebracht werden. Eine Stunde des Dankes an die treuen Mitarbeiter, ein Abend zur Pflege der Kameradschaft sollte es sein.

Der Erfolg des 17. November ist der zähen Kleinarbeit, der unerschütterlichen Disziplin unsrer Genossen, der zielbewußten Aufklärungsarbeit zu danken, die in Magdeburg seit Jahren in Wort und Schrift über Wesen und Bedeutung der sozialdemokratischen Kommunalpolitik geleistet wurde. Das Wahlergebnis ist politisch um so höher zu bewerten, als unsre Partei nicht in der Opposition stand, sondern Leistungen zu verteidigen hatte — nach allen Seiten. Der Mißmut der Bedrückten, die unter unglücklichen Zeitverhältnissen zu leiden haben, richtet sich aber in der Regel zuerst gegen die Parteien, die von sich erklären: wir haben etwas geschaffen. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß in Magdeburg beinahe 20 000 Erwerbslose ein sorgenvolles Leben führen.

Die positive Arbeit, die von Sozialdemokraten auf dem Rathaus geleistet wurde, fand Anerkennung bei der Wählerschaft. Die Hauptursache des Erfolges lag aber darin, daß diese Arbeit immer eine klug durchdachte Darstellung in der Oeffentlichkeit fand.

Genosse Wittmaack zollte nach der politischen Würdigung des Wahlerfolges den Mitarbeitern Dank und Anerkennung. Danach zeichnete er aber im großen Wurf die Linien zukünftiger kommunalpolitischer Tätigkeit. Was zu tun ist in Magdeburg, wie das neue Magdeburg sich weiterhin gestalten soll, das schilderte er. Das neue Gemeinwesen sozialer Verpflichtungen und großzügiger Reformen unter der Führung der unbesiegbaren Sozialdemokratie! —

Der Vorsitzende der Partei,

Stadtrat Genosse Wittmaack,

führte etwa folgendes aus: Wir haben unsre Feier Siegesfeier genannt. Die Partei hat sich wohl überlegt, ob dieses stolze Wort Berechtigung habe. Sie ist zu einer bejahenden Antwort gekommen. Jawohl, wir haben gesiegt, so gesiegt, wie es kaum eine andre Partei und keiner unsrer vorher rechnenden Genossen erwartet hatten. Unserm Siege können wir nur einen ebenbürtigen Freudentag der Partei an die Seite stellen: Die Reichstagswahl 1912, als Otto Landsberg in den Reichstag gewählt wurde. Wären wir unterlegen, hätten wir uns statt hier zu diesem Festakt in den Funktionärsitzungen zusammengefunden und eingehend die Ursachen des Verlustes erforscht, um das Ergebnis für die Zukunft anders zu gestalten.

Im Lager der Gegner herrscht Katzenjammerstimmung.

Mit welchen unfairen Mitteln haben sie uns bekämpft? Man hat uns Korruption vorgeworfen und was weiß ich sonst noch alles für Gemeinheiten. Ganz besonders versuchte man in den letzten Tagen vor der Wahl von seiten unsrer bürgerlichen Gegner, die sich dabei in holder Eintracht mit den Kommunisten befanden, unsern Genossen Beims zu verunglimpfen. Es ist ihnen alles vorbeigelungen. Die Hakenkreuzler sind einigermaßen unangenehm überrascht. Noch mehr die Herren von der Einheitsliste die schon vor der Wahl nach einem Oberbürgermeister aus ihren Reihen Umschau hielten. Nun, da es anders kam, streiten sie sich bereits kräftig hinter den Kulissen, und es erscheint fraglich, ob sie, wenn sie zum erstenmal hervortreten, die Geschlossenheit wahren können. Wie unangenehm muß ihnen da unsre Siegesfeier sein? Wir wollen hier in aller Ruhe feststellen, daß unsre Arbeit im Rathaus in den letzten 5½ Jahren Anklang bei der Wählerschaft gefunden hat. Nichtsdestoweniger ist unsrer regen Agitation ein Teil dieses Erfolges zuzuschreiben. Wir machten nicht laute Propaganda, sondern arbeiteten in aller Stille. Die Tatsache, daß wir 80 Wahlversammlungen allein in Magdeburg abhielten, wird einigermaßen überraschen. In allererster Linie ist der Erfolg eben unsrer zielbewußten Funktionär- und Pressearbeit zu verdanken.

Die Summe aller Kleinarbeit ist und bleibt unser Erfolg.

Allen Parteigenossen, die mitwirkten, sage ich im Namen der Partei meinen aufrichtigen Dank für ihre Mithilfe. Im Reden sind uns gewiß andre über; aber nicht in der Arbeit, die zielbewußt zum Erfolg führt. Während man sich im bürgerlichen Lager noch darum streitet, wer denn die Kosten der Wahl tragen soll, berät man auf unsrer Seite, nach dem der aus Opfermut und Opferwilligkeit der Arbeiterschaft gewachsene Sieg unser ist, wie und wo zunächst Hand anzulegen ist. Wir haben nicht die absolute Mehrheit im Stadtparlament; ein Zusammengehen mit den Demokraten wird notwendig sein, um praktische Arbeit leisten zu können. Wir müssen allerdings betonen, daß wir nicht auf sie, sondern sie auf uns angewiesen sind. Die kommenden vier Jahre sind die wichtigste Wahlperiode. Ober- und Bürgermeister und fünf neue Stadträte müssen neu gewählt werden. Die Entscheidung über personelle Fragen ist zugleich auch eine solche über sachliche Fragen, die selbstredend im Vordergrund stehen.

Viel Aufgaben wollen von uns gelöst werden.

Die Wasserversorgung muß so oder so geregelt werden. Auch der Mittellandkanal-Bau muß angetrieben werden, soll unsre neue Großindustrie im Hafengelände und der neue Hafenbau sich belebend auf Magdeburgs Wirtschaft auswirken. Auch die Fragen des Neubaus der Strombrücke und der Sanierung der Altstadt müssen weitergeführt werden. Wir müssen die Stadt frei machen von den Fesseln an der Elbe. Die Elbbahn und der Elbbahnhof müssen verschwinden. Dies ist der Schlüssel zur städtebaulichen Zukunft Magdeburgs. Auch die vorbereitende Arbeit zur Schaffung eines neuen Rathauses ist vom neuen Stadtparlament zu leisten. Hoffentlich erleichtern uns das Reich und Preußen unsre Vorhaben. Neben diesen sachlichen gibt es auch noch soziale Fragen, die auf unsre Förderung warten. Wohnungsbau, Schule und Wohlfahrtspflege, überhaupt alle Fragen des kommunalen Lebens müssen und sollen so behandelt werden, daß der lebendige Mensch im Mittelpunkt steht. Das Ziel, dem Gemeinwohl und nicht dem Privatinteresse zu dienen, steht uns immer vor Augen. Nur so werden wir imstande sein, unsre Grundsätze mit allen uns zu Gebote stehenden Energien in die Tat umzusetzen. In zwei Jahrzehnten wird Magdeburg nicht wiederzuerkennen sein. Große und schwere Arbeit steht unsrer Fraktion bevor. Sie wird sich für eine Weiterführung der kommunalen Arbeit nach dem Grundsatz einsetzen: Das Mögliche muß man erkennen und dann mit aller Energie für die Erfüllung sich einsetzen! Wir wollen alles daransetzen, um das Vertrauen, das unsre Wählerschaft in uns setzt, zu rechtfertigen. Die überwältigend durch ihre Stimmabgabe zum Ausdruck brachte, daß sie eine Ergänzung und Erweiterung „unsrer" Kommunalpolitik wünscht. Wir sind und bleiben die unbesiegbare Partei. Wir sind stolz auf unsern Sieg. Noch mehr aber sind wir stolz darauf, daß wir Sozialdemokraten sind. Das begeistert uns, treibt uns an, mit dem alten Kampfruf zu neuer Arbeit für unsre Idee vorwärtszuschreiten. In das Hoch auf die Sozialdemokratische Partei stimmten alle begeistert ein. —

Erste Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung

Die am 17. November neugewählte Stadtverordneten-Versammlung wird in diesem Jahre voraussichtlich noch zu drei Sitzungen zusammentreten. In Aussicht genommen sind folgende Tage: Am Dienstag den 3. Dezember, Dienstag den 10. Dezember und Donnerstag den 19. Dezember.

In der ersten Sitzung erfolgt u. a. die Einführung und Verpflichtung der Stadtverordneten, während in der zweiten in Aussicht genommenen Sitzung die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder vorgenommen wird. In der dritten Sitzung endlich erfolgt u. a. die Einführung der unbesoldeten Magistratsmitglieder. —

Versuchter Raubüberfall

Am Dienstagmorgen gegen 9.15 Uhr wurde ein junges Mädchen, das einen größern Geldbetrag abgehoben hatte, im Gebäude des Postscheckamts, Kaiser-Friedrich-Straße, von einer unbekannten weiblichen Person angesprochen und aufgefordert, in den vor dem Postscheckamt stehenden Kraftwagen (dunkelbraune große Limousine) einzusteigen. Das junge Mädchen lehnte dieses Ansinnen ab. Darauf verfolgte die Unbekannte das junge Mädchen bis zur Großen Diesdorfer Straße. Das junge Mädchen konnte sich der sehr aufdringlichen Frau nur durch einen Schlag ins Gesicht erwehren. Ein Herr, der dies beobachtete, sagte zu dem jungen Mädchen, daß es sich tapfer benommen hätte. Wer ist der Herr? Wer hat den Vorfall beobachtet? Wer kennt den Kraftwagen und das Kennzeichen? Die Unbekannte ist etwa 1,70 Meter groß, schlank und hat gerade Haltung. Bekleidet war sie mit dunkelbraunem Pelzmantel, dunkelbraunem Stoffhut (große Form) und Wildlederhandschuhen. Sie trug eine dunkelbraune Handtasche und ist etwa 22 Jahre alt. Mitteilungen in dieser Angelegenheit nimmt die Kriminalpolizei — Zimmer 258 — entgegen. —

Vom Soziussitz geschleudert und tödlich verletzt

Ein folgenschwerer Motorradunfall ereignete sich am Montag abend gegen 18 Uhr in der Halberstädter Straße. Der Motorradfahrer Huchrak aus der Wolfenbütteler Straße 18 kam mit seinem Kleinkraftrad, auf dessen Soziussitz die Ehefrau des Schlossers Sievers, wohnhaft Wolfenbütteler Straße 18, saß, in dem Augenblick zu Fall, als er einem in das Grundstück Halberstädter Straße 29 einfahrenden Kraftwagen ausbiegen wollte. Bei dem Falle zog sich Frau Sievers einen Schädelbruch zu, an dem sie kurz vor der Einlieferung in das Krankenhaus Sudenburg verstarb. Der Fahrer Huchrak kam mit leichten Verletzungen davon. —

— **Volkskalender noch zu haben.** Ein kleiner Rest Volkskalender ist neu eingetroffen und zu haben in der Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Große Münzstraße 3. —

— **Arbeiterwohlfahrt Wilhelmstadt.** Am Mittwoch [illegible] Uhr [illegible] in der Schule am Sedanring. —

— **Silvester in Paris.** Das Volksreisebüro Bremen, Nordstraße 45, veranstaltet vom 29. Dezember 1929 bis 1. Januar 1930 eine Gesellschaftsfahrt nach Paris. Für ein ausgesuchtes Programm während der Dauer der Reise wird Sorge getragen, u. a. wird den Teilnehmern Gelegenheit geboten, Silvesterabend in einem der besten Lokale von Paris inmitten des Künstlerviertels zu verleben. Diese Gelegenheit kostet einschließlich Verpflegung, Fahrgeld und sonstiger Unkosten [illegible] Mark ab Bremen und [illegible] Mark ab Köln. Anmeldung und Prospekte [illegible] beim Volksreisebüro, Bremen. —

— **Die Sprechstunde des Gewerbemedizinalrats** für den [illegible] Sachsen, die zur Entgegennahme von Wünschen und Beschwerden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zur Unterhaltung jener [illegible], die an einer gewerblichen Erkrankung zu leiden glauben, dient, findet allmonatlich am ersten Montag des Monats, also im Dezember am 2. von 17 bis 19 Uhr, im Gebäude der Regierung, Domplatz 3, Zimmer 23, statt. —

— **Die freie Schulgemeinde der Sammelschule Leipziger Straße** veranstaltet am Sonntag einen Agitationsumzug. Da am Montag die Anmeldungen für Schulanfänge beginnen, sollen damit die Eltern an ihre Pflichten erinnert werden. Freunde und Gönner der weltlichen Schulen werden Musik zur Verfügung stellen. Abmarsch 10 Uhr von der Schule Leipziger Straße. Alle Eltern, Kinder und Freunde der freien Schulbewegung müssen daran teilnehmen. —

— **Der Mensch in der Handschrift.** In ihrem zweiten graphologischen Vortrag, den Maria Basche im Rahmen der Volkshochschule hielt, behandelte die Rednerin an der Hand von Schriftbildern die praktische Bedeutung der Graphologie für Kindererziehung und Berufswahl. [illegible]

— **[illegible] in Magdeburg.** [illegible]

— **[illegible]** [illegible]

— **Unfall auf der Arbeitsstelle.** [illegible]

10 Kilometer neue Radfahrwege

Aus der Arbeit des Magdeburger Vereins für Radfahrwege

Vor kurzem fand die Herbstsitzung des Hauptausschusses vom Magdeburger Verein für Radfahrwege statt. Der Vorsitzende Bischof gedachte in herzlichen Worten der verstorbenen Vorstands- und Hauptausschußmitglieder Heydebreck und Aßmann, die in hingebender Tätigkeit an den Aufstieg des Vereins mitgewirkt haben. Die diesjährigen Mitglieder- und Kassenverhältnisse können nach dem Bericht des Schatzmeisters Jacusch trotz des anhaltend kalten Frühjahrs und der nachfolgenden tropischen Sommerhitze als durchaus befriedigend bezeichnet werden. In den sandigen Gegenden der Külzauer Forst und des Gebiets Neuhaldensleben-Planken hat sich die monatelange Dürre besonders ungünstig ausgewirkt und die Unterhaltung der Wege außerordentlich erschwert. Der Verein war jedoch bemüht, durch erhebliche Arbeitsleistungen und Kosten sämtliche Schäden schnellstens zu beseitigen und hat dadurch seinen Mitgliedern Radfahrwege in bestem Zustand geschaffen und erhalten. Die im vorigen Jahre begonnenen Versuche mit Asphalt und Teer sind im Laufe dieses Sommers im Biederitzer Busch, am Quickborn und auf den Deichwegen mit Erfolg fortgesetzt worden.

Durch Neuerrichtung des Weges an der Jacobsbrücke wurde bei mäßigem Hochwasser seit Jahren die Verbindung nach der Waldschenke unterbrochen. Aufschüttungen von 40 Zentimeter Höhe mit Asphaltauflage haben hier Abhilfe geschaffen.

Auch in diesem Jahre hat der Verein sein Wegenetz durch Neubauten um über zehn Kilometer erweitern können und durch Fertigstellung der Deichwege von Pechau nach Kalenberge und von der Alten Fähre über Prezien nach Ranies [illegible] reizvolle Landschaftsbilder erschlossen. Wie wir schon früher berichten konnten, ist auch die Quickbornquelle in ihrem neuen Gewand fertiggestellt und wird im Frühjahr durch gärtnerische Ausgestaltung einen natürlichen Abschluß erhalten.

In der Umgebung Magdeburgs ist das Betreten der Wiesen strengstens verboten. Dem erholungsuchenden Publikum ist dadurch jede Möglichkeit genommen, sich im Freien zu lagern. Der Magdeburger Verein für Radfahrwege ist daher bemüht, die Böthwiese im Biederitzer Busch pachtweise zu erwerben und seinen Mitgliedern als Lager- und Spielwiese zugänglich zu machen.

Ein alter Wunsch, die Trennung des Fußgänger- und Radfahrverkehrs auf dem seit Jahren von Fußgängern und Radfahrern gemeinsam benutzten Promenadenweg an der sogenannten Lostauer Heerstraße im Herrenkrug vorzunehmen, wurde jetzt wieder aufgegriffen. Durch die dauernd steigende Frequenz gerade auf diesem Wege wurde die Trennung dieser Verkehrsarten dringend notwendig. Dem Magistrat der Stadt Magdeburg wurde wiederholt vorgeschlagen, den Radfahrweg nach der östlichen Seite neben dem Reitweg zu verlegen und den bestehenden Promenadenweg nur dem Fußgängerverkehr vorzubehalten. Leider waren irgendwelche Mittel zur Ausführung dieses Projekts durch die Gartenverwaltung nicht vorhanden. Die Verlegung wurde daher stets abgelehnt. Der Magdeburger Verein für Radfahrwege entschloß sich daraufhin, die Wegeverlegung auf eigene Kosten ausführen zu lassen und die nicht unerheblichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Weg ist nahezu vollendet und [illegible] für den Radfahrverkehr bestimmt.

Nach Mitteilung des Stadtbaurats Göthsch sind von der Stadtverwaltung auch in diesem Jahr allein für die Unterhaltung und für Neuanlagen von Radfahrwegen innerhalb der Stadt [illegible] 60 000 Mark verausgabt worden. Von der Versammlung vorgeschlagene Verbesserung einzelner Radfahrwege an den Hauptverkehrsstraßen wurde zugesagt.

Besonders lag auch dem Verein die Erhaltung des Waldbestandes in der nähern Umgebung Magdeburgs am Herzen. Eingaben an die preußische Regierung zur Erhaltung des gefährdeten Herrenholzes bei Wolmirstedt und des Biederitzer Busches hatten guten Erfolg. Nach Mitteilungen des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Berlin sind Abholzungen von Waldstücken in der Försterei Wolmirstedt seinerzeit nicht beabsichtigt. Bei den Holzschlägen im Biederitzer Busch soll auf die Stadt Magdeburg in weitestgehendem Maße Rücksicht genommen und durch Aufforsten vorhandener Lücken das Waldbild nicht mehr gestört werden. Der Magdeburger Bevölkerung wird hierdurch dieser beliebte Wald in seiner jetzigen Ausdehnung voll erhalten bleiben. —

— **Von der Feuerwehr.** Am 26. November wurde um 16.40 Uhr Löschzug 1 durch Feuermelder Kellerstraße Ecke Kohnstraße alarmiert [illegible] Der Zug 2 kehrte um 17.34 Uhr auf seine Wache zurück. — [illegible]

— **Gestohlen.** Am 21. d. M. in der Zeit von 8 bis 18 Uhr [illegible] — Zimmer 275 oder 25. —

— **Fahrraddiebstähle.** [illegible] am 18. November 1929 [illegible] am 3. November 1929 [illegible] — Zimmer 252.

Arbeits- und Rentengericht

Betriebsrätewahl mit Hindernissen

[illegible]

[illegible] Der Wahlvorstand [illegible] Stimmzettel [illegible] Liste 1 [illegible] Liste II [illegible] Ausbau [illegible] nach § 63 [illegible] beim Arbeitsgericht [illegible] So viel soll [illegible] notwendig, solche Vorkommnisse nicht nur [illegible] sondern [illegible] —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Neue Neustadt. Am Sonnabend den [illegible] November, 20 Uhr, im „Wintergarten" gemütliches Beisammensein mit Tanz [illegible]. Eintritt [illegible]. Zu dieser Veranstaltung laden ein die 1., 2. und 3. Hundertschaft.

Abteilung Alte Neustadt. Freitag den [illegible] November, 20 Uhr, [illegible] bei [illegible]. —

Abteilung Anger. Sonnabend den [illegible] November, 20 Uhr, Versammlung beim Kameraden [illegible] Pferdemarkt. Referent: Kamerad [illegible]. —

Schutzsport. [illegible] Mittwoch [illegible] Uhr im [illegible] Regierungsstraße 1 [illegible] Schiedsrichter und Spielführer der Ortsgruppen Groß-Magdeburg, Quedlinburg, Burg und Schönebeck. —

Jungbanner Altstadt. Am Donnerstag 20 Uhr Regierungsstraße 1 [illegible] Versammlung. Erscheinen [illegible]. —

Jungbanner Neue Neustadt. Morgen [illegible] Uhr im „Wintergarten" außerordentliche [illegible] der [illegible] Mannschaft. —

Aus der Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Magdeburg.

Die Ausstellung „Arbeit und Freizeit" ist nur noch einige Tage geöffnet. [illegible] —

Bezirksführer-Aussprache Sonntag [illegible] im Schützenhaus. Alle Funktionäre [illegible]

Turnhalle Sonntag [illegible] Uhr. [illegible] Pfennige. —

Sudenburg. Donnerstag 20 Uhr erste Probe zur Weihnachtsfeier. —

Wilhelmstadt. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung. —

Cracau. [illegible] Uhr im „Grünen Baum" Tanzlehrabend. —

Die Bibliothek in der „Börse" ist jeden Freitag von 19.30 bis 20.30 Uhr geöffnet.

Anger. Heute abend 7 Uhr auf dem Platz am Konsumverein. Wir [illegible]

Freie Gewerkschaftsjugend.

[illegible] Uhr im Franke-Jugendheim [illegible] — Sonntag [illegible] „Gewerkschaftliche Jugend" [illegible]

[illegible] Jugendkartell. Am [illegible] befinden die Ausstellung [illegible] im Franke-Jugendheim. —

Jugendheim! Die [illegible] ist neu am 1. Dezember [illegible] im Tagesraum des Heimes [illegible]

[illegible] im ZdA. [illegible] Donnerstag 20 Uhr Lichtbilder [illegible] — Buckau [illegible] — Altstadt: Sonnabend [illegible] zum Sudenburger Lichtbildervortrag [illegible] im Sudenburger Zimmer nochmals die „Deutsche [illegible]" [illegible] für alle übrigen Gruppen einfinden. — Die [illegible] und zwar im Zimmer 3 der Kunstgewerbeschule.

Kinderfreunde Magdeburg.

Wir waren zum Zeltlager! [illegible] der 3. Sonntag.

[illegible] 2 Uhr bei Seifert, Alter Markt. Vergeßt nicht [illegible]

Alte Neustadt. Donnerstag [illegible] Wir lesen aus der [illegible]

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgr. Magdeburg. [illegible] Uhr, bei Silbermann Bezirk Sudenburg [illegible] Sonntag den 1. Dez., morgens 10 Uhr, in der Heiligegeiststraße [illegible] — Am Freitag den 6. Dez., abends [illegible] der gesamten Ortsgruppe Magdeburg [illegible] — Am Sonnabend den 7. Dez., abends [illegible] Bezirk [illegible] Herbstfeier. —

Nachrichten aus der Provinz

Mutter und Tochter mit Gas vergiftet

Vor den Fenstern des Hauses der Witwe Emma Schumann in Biere (Kreis Calbe) wurde Gasgeruch bemerkt. Da die Fensterläden am hellen Tage noch verschlossen waren und auf Klopfen niemand aufmachte, wurde die Polizei benachrichtigt. Nach dem Einschlagen einer Fensterscheibe fand man die 50jährige Witwe Schumann und ihre 29jährige unverheiratete Tochter auf dem Fußboden der Küche tot auf. Sie waren schon vor Stunden gestorben. Vorher waren die Fugen der Tür mit Papier gut abgedichtet worden. Die Leichen wurden nach der Leichenhalle übergeführt.

Vor einigen Tagen versuchte die Witwe Schumann schon einmal in Schönebeck ihrem Leben durch Ertrinken in der Elbe ein Ende zu machen. Damals wurde sie aber durch einen Brückenwärter daran gehindert. Was die beiden Frauen in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt. --

Als Leiche am Steuer

Aus Klötze wird uns berichtet:

Der Handelsmann Karl Herrmann verunglückte mit seinem Auto, während er sich auf einer Geschäftstour befand. Er fuhr gegen einen starken Chausseebaum. Das Auto wurde durch den heftigen Anprall buchstäblich zusammengedrückt und der Fahrer eingekeilt und so schwer verletzt, daß er sofort tot war. Man fand ihn als Leiche am Steuer sitzen. Herrmann war in Arbeiterkreisen sehr beliebt und geachtet. Er war Mitglied des Reichsbanners und des Arbeiter-Gesangvereins. —

In der Nacht überfallen

In der Nacht wurde der Kaufmann Ernst Schuchardt aus Arendsee auf dem Heimweg vom Schützenhaus von einem Unbekannten überfallen. Er erhielt mit einem schweren Stock einen derart wuchtigen Schlag ins Gesicht, daß er besinnungslos zu Boden stürzte. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, schleppte er sich bis zur Hauptstraße, wo er von Passanten aufgefunden und nach Hause gebracht wurde. Die Polizei verfolgt bereits eine bestimmte Spur. —

Neunjähriger schießt auf Dreijährigen

Der neunjährige Sohn eines Landwirts in Ivenrode schoß mit einem gefundenen alten Gewehr, das geladen war, den dreijährigen Sohn seiner Schwester. Die Kugel ging dem Kleinen durch den Hals. Das lebensgefährlich verletzte Kind liegt jetzt im Krankenhaus in Neuhaldensleben. —

Feuer in Vahldorf

Durch Sturmgeläut wurden die Bewohner von Vahldorf am Sonntag gegen 21 Uhr aus ihrer Ruhe gerüttelt. Die mit Stroh gefüllte Stallung auf dem Gehöft des Besitzers [illegible] brannte bis auf die Grundmauern nieder. Das Kleinvieh konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Durch den Brand war auch das in allernächster Nähe liegende Wohnhaus von Chr. Hebecker stark gefährdet. Es gelang jedoch, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Von auswärtigen Wehren waren Gr.-Ammensleben, Hillersleben und Wedringen erschienen, brauchten aber außer Groß-Ammensleben nicht in Tätigkeit zu treten. Die Schlauchleitung der Vahldorfer Spritze war defekt. Eine Brandwache wurde bis 5 Uhr morgens auf der Brandstelle gelassen. Die Entstehungsursache ist noch nicht festgestellt.

Es ist ein Uebelstand, daß sich am Wasserturm noch immer keine Beleuchtung befindet. Das Holen von Wasser durch die Wasserwagen wurde dadurch erheblich erschwert. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um den Mißstand zu beseitigen. —

Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die Abstiegstendenzen saisonmäßiger Art setzten sich auf dem Arbeitsmarkt weiter mit Nachdruck fort. Vor allem brachte der anhaltend schnelle Rückgang im Baugewerbe einen unvermindert starken Zustrom von Arbeitskräften. Ferner erfolgten wieder zahlreiche Belegschaftsverminderungen in der Metallindustrie und laufende Entlassungen in der Landwirtschaft sowie in Verbindung mit dem Beschäftigungsrückgang in den Außenberufen merkliche Zunahmen der Zahlen der arbeitsloser ungelernten Arbeiter.

Im ganzen erhöhte sich die Arbeitsuchendenzahl um [illegible] auf 157 828 gegen 147 785, 138 129 und 129 907 in der letzten 3 Wochen, d. h. um 6,8 Prozent gegen 7 und [illegible] Prozent in den entsprechenden Vorwochen.

Gegenüber 104 663 Arbeitsuchenden am [illegible], seitdem die diesjährige Aufwärtsbewegung des Arbeitsmarktes ununterbrochen zu beobachten ist, ergab sich somit inzwischen eine Steigerung um über 53 000 = 50,8 Prozent.

Der Arbeitsmarkt der Landwirtschaft verschlechterte sich allenthalben weiter. Die Entlassungen betrafen namentlich weibliche Kräfte. Im mitteldeutschen Bergbau verringerten die [illegible]betriebe der Braunkohlengruben erneut ihre Belegschaften. In der Industrie der Steine und Erden setzten sich die Zugänge von Arbeitskräften aus den Steinbrüchen und Ziegeleien fort. In der keramischen Industrie war die Beschäftigungslage in Bezirken und Branchen verschieden. Die Glashütten zeigten sich weiter bis auf Ausnahmen gut beschäftigt und teilweise aufnahmefähig.

In der Metallindustrie kam die Neigung zur Verschlechterung vor allem im Maschinenbau und in der Automobilindustrie durch erneute stärkere Entlassungen und Arbeitszeitkürzungen zum Ausdruck. In der chemischen Industrie wurden bei uneinheitlicher Lage wieder eine Reihe Arbeitskräfte wegen Betriebsumstellungen freigesetzt.

Im Spinnstoffgewerbe hatten die Spinnereien und Webereien [illegible] infolge des Weihnachtsgeschäfts [illegible] Teilen gut zu tun. [illegible] Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe verschlechterte sich allgemein die Arbeitsmarktlage für Bautischler. In den Möbelfabriken [illegible] des Beschäftigungsgrades.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ergaben sich in der Schokoladenindustrie infolge der Belebung durch das Weihnachtsgeschäft eine Reihe von Vermittlungsmöglichkeiten. In der Tabakindustrie waren die Beschäftigungsverhältnisse in den meisten Bezirken zufriedenstellend, teilweise auch recht gut. Der Saisonschluß in der Konservenfabriken verursachte weitere Entlassungen.

Im Bekleidungsgewerbe ließ die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Maßschneiderei sehr zu wünschen übrig. Die Konfektionsbetriebe entließen vor allem Heimarbeiterinnen. Auch in der Schuhindustrie erfolgten in verschiedenen Bezirken Entlassungen.

Die Rückkehr von Arbeitskräften aus dem Baugewerbe nahm wieder einen erheblichen Umfang an. Im Landesarbeitsamtsbezirk Mitteldeutschland wurden allein 2000 Maurer arbeitslos. Der Arbeitsmarkt für Angestellte war weiter sehr gedrückt.

Es gab Arbeitsuchende am 6. November: männliche 111 651, weibliche 26 478, insgesamt 138 129, am 20. November männliche 128 118, weibliche 29 710, insgesamt 157 828. —

Tagung der öffentlichen Arbeitgeber

Die Unfallverhütung in öffentlichen Betrieben

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Mitteldeutschen Arbeitgeber-Verbandes öffentlicher Betriebe, die in Magdeburg stattfand, beschäftigte sich auch mit der Frage der Vermeidung von Betriebsunfällen.

Senatspräsident Dr. Bothe vom Reichsversicherungsamt in Berlin führte folgendes dazu aus: Das Reichsversicherungsamt legt großen Wert darauf, daß die öffentlichen Betriebe in der Unfallverhütung vorbildlich sind. Die in diesen Betrieben der Gemeinden und in sonstigen öffentlichen Betrieben beschäftigten Personen sind in wachsendem Maße der Unfallversicherung unterworfen worden, wie z. B. die in der Wohlfahrtspflege und im Gesundheitsdienst beschäftigten Personen.

Die Zahl der Unfälle ist fortgesetzt im Steigen begriffen. Die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen ist auf 26 Millionen angewachsen und die Zahl der gemeldeten Unfälle ist auf rund 1½ Millionen jährlich gestiegen. Im letzten Jahre mußten für 157 000 Betriebsunfälle erstmalig Entschädigungen festgestellt werden. Die Unfallversicherung muß jährlich rund

1½ Milliarden Mark für Unfallasten

aufwenden. Die Senkung der Kosten für Unfallschäden ist daher eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, um so mehr, als die Klagen der Unternehmer über hohe Umlagen an die Berufsgenossenschaften steigen.

Die Abwehrmittel gegen Unfälle sind verschiedener Art. Erfreulicherweise hat sich nach und nach eingebürgert, daß die Arbeitsmaschinen mit den nötigen Schutzeinrichtungen versehen werden. Ein großer Mangel ist es, daß bei der Arbeiterschaft die Kenntnis der Unfall-Verhütungsvorschriften noch gering ist, obwohl man sich bemüht, Aufklärung zu verbreiten. Ein empfehlenswerter Weg sei, Unterrichtskurse für Betriebsleiter, Werkmeister usw. einzuführen. Dieser Unterricht könne dann an die Arbeiter weitergetragen werden. Im Interesse gesteigerter Aufklärung haben besonders die öffentlichen Verwaltungen die Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Verbände der Berufsgenossenschaften bemühen sich, einen Kampf gegen Unfallgefahren und für Volksaufklärung zu führen, wie die Reichsunfallverhütungswoche gezeigt hat. Es werden Plakate hergestellt und ausgehängt, Unfallverhütungskalender verteilt usw. Nur mit der mündlichen Aufklärung der unmittelbar Beteiligten muß noch nachgeholfen werden.

Vielfach lasse namentlich die Unfallverhütung in den öffentlichen Betrieben zu wünschen übrig, welche die Unfallversicherung in eigner Regie durchführen. In diesen Betrieben müsse besonders auf eine verständige Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitung Wert gelegt werden. Von den Arbeitern sei namentlich größeres Vertrauen zu der Betriebsführung zu verlangen. (Und wie steht es mit dem Vertrauen der Betriebsführung zu den Arbeitern und mit dem Interesse mancher Betriebsführer an den Schutzvorschriften? D. Red.) Von einzelnen Maßnahmen sei

das Alkoholverbot zu verlangen.

Auch pessimistische seelische Zustände der Arbeiter begünstigen die Unfälle.

Gänzlich werden sich aber die Betriebsunfälle nicht vermeiden lassen. Für solche Fälle muß vorgesorgt werden durch eine gediegene „erste Hilfe". Jeder Arbeitgeber muß es sich angelegen sein lassen, dafür die nötigen Einrichtungen zu schaffen. In jedem größern Betrieb müssen einige Personen vorhanden sein, die in der „ersten Hilfe" ausgebildet sind. Vorhanden sein müssen die nötigen Verbandskästen, die nötigen Transportmittel für die Verletzten, tunlichst auch ein gesonderter Raum für die Behandlung. Vor allem muß jeder Verletzte möglichst schnell der ärztlichen Behandlung zugeführt werden. Durch zweckmäßiges erstes Eingreifen können die Unfallsfolgen oft wesentlich herabgemindert werden. Empfehlenswert sei für Behörden die Anschaffung eines kleinen Rettungswagens. Der Redner trat zum Schlusse nochmals für eingehende Aufklärung aller beteiligten Kreise ein.

In der Aussprache erläuterte zunächst der Vorsitzende Landrat Voß, welches große Interesse der Arbeitgeberverband öffentlicher Betriebe an dieser Frage habe. Es seien schon Erörterungen gepflogen worden, wie die nötige Aufklärung der Arbeitnehmer organisiert werden kann. Man habe an Schulungswochen der Betriebsleiter gedacht. Die Berufsgenossenschaften würden gern die nötigen Lehrkräfte zur Verfügung stellen. Auch sonst sind Personen für den Unterricht vorhanden. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes werde die nötigen Vorarbeiten treffen. Mit der Stadt Magdeburg seien Verhandlungen wegen der nötigen Räume getroffen worden.

Bürgermeister Kleeis (Aschersleben) wies auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hin. Nicht nur die Betriebsleiter, sondern auch die Arbeitnehmer müßten aufgeklärt und geschult werden. Man werde aber auch nach Betriebszweigen gliedern müssen, denn die Unfallgefahren sind doch in den einzelnen Betriebsarten verschieden. Nachdem noch Direktor Schaumburg (Halle) sich in gleichem Sinne geäußert hatte, versprach der Vorsitzende Landrat Voß nochmals, daß jetzt Vorarbeiten getroffen werden, um nach Weihnachten mit den Schulungen beginnen zu können. —

Kreis Wanzleben

Tagung des Kreisjugendamts.

In der unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Kreisdeputierten Dankert abgehaltenen Tagung des Jugendamts wurden in den Unterausschuß gewählt: W. Brandt (Wanzleben) und O. Dankert (Groß-Ottersleben). In den Arbeitsausschuß wurden berufen: A. Mayer (Wanzleben) und Genn. [illegible] (Groß-Ottersleben).

Dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß die Arbeiten auf allen Gebieten der Jugendpflege und Jugendfürsorge stark angewachsen sind. Das Amt betreut 205 Pflegekinder und 1341 bei der Mutter lebende uneheliche Kinder neben den Amtsmündeln. Der Bestand an Vormundschaften beträgt 782. Allein 43 Prozesse mußten geführt werden, um den Kindern den Unterhalt zu sichern. Bestünde die Amtsvormundschaft nicht, würde manche Mutter vergeblich auf Unterhaltsrente warten und die Kinder würden der Fürsorge anheimfallen. Unter Schutzaufsicht stehen 49 Kinder.

Durch die Jugendgerichtshilfe wurden 69 Jugendliche vor dem Jugendgericht vertreten; im Vorjahr mußten noch 115 Jugendliche vor dem Jugendrichter erscheinen. Es ist also eine erhebliche Besserung eingetreten. Als Gemeindewaisenrat ist das Jugendamt in 201 Fällen selbst tätig und in 160 Fällen den Vormundschaftsgerichten bei der Fürsorge für Minderjährige behilflich gewesen. In der Krüppelfürsorge befanden sich 220 Krüppel, davon 38 in Anstaltspflege, wofür insgesamt an Behandlungskosten usw. 1959 Mark verausgabt werden mußten.

Im Kreise sind 40 Volksbüchereien vorhanden. An 29 Büchereien von diesen sind im vergangenen Jahre 172 Bücher geliefert worden, die restlichen 20 werden im kommenden Jahre bedacht, so daß laufend aller 2 Jahre die Büchereien Büchergaben erhalten können. Die Volksbücherei des Kreises besteht zurzeit aus 419 Bänden. Sobald die Mittel vorhanden sind, ist beabsichtigt, diese Kreisbücherei zu einer Wanderbibliothek des Kreises auszubauen.

Auf Antrag des Genossen O. Dankert soll dem Kreisausschuß aufgetragen werden, sich mit der Neuordnung der Säuglingsfürsorge zu befassen. An Stelle der bisherigen örtlichen „Wiegestunden" soll eine planmäßige offne Säuglingsfürsorge unter ärztlicher Beratung treten. Der Zustand, daß sich private Vereine und überlastete Hebammen der Säuglingsfürsorge annehmen, ist nicht mehr haltbar. Der Antrag schlägt deshalb vor, unter Mitwirkung der Gemeinden im Kreise Bezirke einzurichten, zum Beispiel in Hadmersleben, Seehausen, Westeregeln, Wolmirsleben und Wesleben, wie es schon in Groß-Ottersleben durchgeführt ist. Die Zeiten müssen so angesetzt werden, daß auch erwerbstätige Ehefrauen ohne Lohnverlust diese Beratungsstunden besuchen können. Die geforderte ärztliche Leitung der Stunden dürfte zur Minderung der Säuglingssterblichkeit beitragen und im Interesse der Volksgesundheit nötig sein.

Auch diese Sitzung zeigt wieder, daß es unter sozialdemokratischer Führung im Kreise Wanzleben immer weiter vorwärts geht, um die hygienischen und medizinischen Errungenschaften auch der Arbeiterschaft und ihrem Nachwuchs zugute kommen zu lassen. —

Egeln

Der Volksbildungsausschuß veranstaltete für die Hörer der Volkshochschule eine Besichtigung der Zuckerfabrik, die seit 1847 besteht. Hoffentlich wird bald der menschenunwürdige 12-Stunden-Tag in diesem Betriebe beseitigt. - -

Langenweddingen

Einen **Wohltätigkeitsabend** veranstaltet die Frauengruppe am Sonntag, um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Eingeleitet wird die Veranstaltung durch ein gutes Konzert. Die Kinder werden ein Theaterstück aufführen. Außerdem findet eine Verlosung statt. Da viel Gutes geboten wird und der Ueberschuß Bedürftigen in der Gemeinde eine Weihnachtsfreude bereiten soll, ist zahlreicher Besuch zu erwarten. —

Stadtkreis Burg

Das Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Schmelz, der in der letzten Stadtverordneten-Sitzung erklärt hatte, daß er seine Pensionierung beantragen werde, hat nun seine Absicht ausgeführt.

Der Stahlhelmer, der sich schon als sein Nachfolger im Oberbürgermeisteramt fühlt, ist der geistige Vater des letzten Sudelblattes der Bürgerlichen im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie gewesen. Die Kommunisten haben es in der Hand, ob die Bemühungen dieses Stahlhelmers um den Oberbürgermeisterposten von Erfolg sein werden.

Die Bürgerlichen glaubten bei der Stadtverordneten-Wahl zu siegen und dann den Oberbürgermeister stellen zu können, deshalb sagten sie vor der Wahl: „Nur unter der Bedingung, daß der Oberbürgermeister sein Amt niederlegt, geben wir die Zustimmung zur Besoldungsordnung für die Beamten der Stadt." Daraus können die Beamten ersehen, wie die Bürgerfraktion ihre Interessen vertritt.

Die Bürgerlichen haben nun erreicht, daß der Oberbürgermeister zurücktritt, aber sie haben der Stadt und den Steuerzahlern erhebliche Kosten aufgehalst. Entweder wird die Stadt das Gehalt an Oberbürgermeister Schmelz bis zum Ablauf seiner Amtsperiode zahlen oder bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres jährlich 6500 Mark als Zuschuß tragen müssen. Das nennen die Bürgerlichen Sparsamkeit in der Stadtverwaltung. --

Die Schuhmacher zum Schiedsspruch.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Schuhmacher in der „Zentralhalle" war stark besucht. Ziegler gab Bericht über den Stand der Lohnverhandlungen, die der Schiedsspruch abschloß.

In der Aussprache regten sich die Kommunisten künstlich auf über die Gehalte der Gewerkschaftsbeamten. Sie glaubten damit Stimmung machen zu können. Sie erzielten aber keine Wirkung mit ihrer Taktik. Bezirksleiter Lorenz schilderte die Forderungen der Arbeitgeber, durch die Bestimmungen im Haupttarif beseitigt werden sollten, deren Auswirkung eine vollständige Entrechtung der Arbeiterschaft zur Folge gehabt hätte. Die Taktik im Lohnkampf wurde dargelegt und eine Entschließung angenommen, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß die Versammlung der Verhandlungskommission das vollste Vertrauen schenkt und ihre Maßnahmen im Interesse der Kollegenschaft treffen wird. Die Entschließung wurde gegen einige Stimmen angenommen. Anwesend waren ungefähr 1000 Kollegen. —

Das Arbeiter-Sport- und Kulturkartell hatte zu einem Kulturabend im „Konzerthaus" eingeladen. Leider ließ der Besuch, trotz des niedrigen Eintrittspreises, zu wünschen übrig. Die Leistungen der mitwirkenden Vereine waren sehr gut. Schulrat Dr. Gerlach hielt eine Ansprache, in der er die Notwendigkeit solcher Kulturabende für die Arbeiterschaft nach der schweren Berufsarbeit schilderte. Der Sprechchor der freien Schulgesellschaften erntete für seine Leistungen großen Beifall. —

Kreis Jerichow 1

Gübs

Die gut besuchte Versammlung der Sozialdemokratischen Partei besprach den Ausfall der Gemeindewahl. Es wurde beschlossen, die der Sozialdemokratie zustehenden Posten restlos zu besetzen und nicht, wie bisher, den Gemeindevorsteher an die Bürgerlichen abzutreten, weil kein Raum für die Dienststelle in der Wohnung eines Proletariers vorhanden ist. In unserm Orte mit roter Mehrheit darf nicht wieder ein Bürgerlicher Gemeindevorsteher sein. Angewidert durch die nichtswürdige Kampfesweise der Gegner bei der Wahl, hat sich eine Anzahl Einwohner zur Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei gemeldet. Es fehlen aber noch die Frauen, die nun auch den Weg zur Organisation finden müssen. ---

Kreis Wolmirstedt

Landarbeiterkonferenz in Klein-Ammensleben.

Unter dem Vorsitz des Bezirksleiters K. Jahns (Groß-Ammensleben) hielt der 5. Bezirk des Kreises Wolmirstedt in Klein-Ammensleben eine Landarbeiterkonferenz ab. Anwesend waren Kollegen aus Meseberg, Gutenswegen, Groß-Ammensleben, Klein-Ammensleben und einige Gäste aus Meitzendorf. Außerdem waren gekommen der Kreisleiter W. Dobberkau und Gausekretär Rabe.

Der Gausekretär sprach in einem fünfviertelstündigen Referat über Lohn- und Tariffragen. Von der ursprünglichen Absicht, den Rahmentarif zu kündigen, ist Abstand genommen worden. Dafür sind die einzelnen Bezirkstarife sämtlich gekündigt. Am 7. und 18. November ist bereits verhandelt worden, jedoch beide Male erfolglos.

Gefordert wird: Verkürzung der Arbeitszeit; die zehnte Stunde soll wegfallen und am Sonnabend eine Stunde früher als üblich Feierabend sein. Ueberstundenentlohnung bei fortlaufender Arbeit der Geschirrführer. Eine feste Reglung der Arbeitszeit für Gesinde. Der § 4 und die Zoneneinteilung sollen gestrichen werden. Für abgelöstes Deputat soll im Krankheitsfalle ein Krankengeldzuschuß gewährt werden. Im § 7 sollen nicht mehr wie bisher die Futterleute selbst, sondern der Arbeitgeber den Ersatzmann für die freien Sonntage stellen. In landwirtschaftlichen Nebenbetrieben soll ein Lohnzuschlag von 25 Prozent gezahlt werden. Die Führer von Ochsengespannen sollen als Geschirrführer bezahlt werden. Düngerstreuen mit Maschine muß als Sonderarbeit entlohnt werden. Für die Frauen wird ein das ganze Jahr hindurch gleichbleibender Lohn gefordert, ferner Abbau des gesamten Deputats und dafür ein Stundenlohn von 30 Pfennig. Diese Forderungen wurden von allen Anwesenden begrüßt.

Demgegenüber stehen schon wieder eine ganze Anzahl

Forderungen der Arbeitgeber,

um dem Landarbeiter sein miserables Los noch zu verschlechtern. Ein neuer Paragraph fällt besonders auf. Sie wollen sich an dem

kläglichen Lohn der Landarbeiter schadlos halten bei Sachbeschädigungen. Das heißt: Alles, was im Betrieb zerbrochen wird, sollen die Arbeiter selbst bezahlen. Echte Junkeransicht! Die nächste Verhandlung findet am 2. Dezember statt.

In der Diskussion stellte Kollege Meier (Gutenswegen) den Antrag, daß für die Ernte und für das Rübenaufladen etwas Festes im Tarif geschaffen würde. Dann hielt Kreisleiter Dobberkau einen anderthalbstündigen Vortrag über „Arbeitsrechtliche Fragen". Er betonte immer wieder, daß die Landarbeiter mit der Sozialdemokratischen Partei als Vertretern der Arbeiter in der Regierung Hand in Hand arbeiten müssen. Solidarität muß geübt werden in jedem einzelnen Betrieb, sie ist die Grundlage jeder Gewerkschaft.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Meier (Gutenswegen), Jahns sen. (Groß-Ammensleben), Fr. Richter (Klein-Ammensleben), Bezirksleiter A. Jahns (Groß-Ammensleben), W. Richter (Klein-Ammensleben), E. Mohr (Klein-Ammensleben), G. Ziegel sen. (Klein-Ammensleben). Als Bezirksleiter wurde, dem Wunsche Dobberkaus entsprechend, der bisherige Bezirksleiter A. Jahns (Groß-Ammensleben), einstimmig wiedergewählt. Mit einem donnernd aufgenommenen [illegible] wiedergewählt. Mit einem donnernd ausgebrachten Hoch auf den Deutschen Landarbeiter-Verband schloß Gausekretär Rabe die Sitzung. —

Drübeck(?) / Drutzberge

Wahllügen in letzter Stunde.

Einer beispiellosen Verleumdung der Sozialdemokratie verdankten die Bürgerlichen ihren Wahlsieg. Einen Tag vor der Wahl ging einer großen Zahl von Einwohnern, von denen man annahm, daß sie vielleicht rot wählen könnten, der Brief ein Flugblatt der sogenannten „Einheitsliste" zu. In diesem wurde nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß die Sozialdemokraten, wenn sie erst die Gemeinde regieren, die Steuern gewaltig erhöhen würden. [illegible]

[illegible]

Sehr erkannt [illegible] das große Maß Rückständigkeit [illegible]

[illegible]

Ebendorf

Die Generalversammlung des Schrebergartenvereins [illegible]

[illegible]

Kreis Neuhaldensleben

Alvensleben

Arbeiterjugend. [illegible]

Kinderfreunde(?) [illegible]

Mehr Arbeitervertretung [illegible]

Bülstorf(?)

Wahlrückblick.

[illegible]

resultat für sie nicht gut, haben sich doch die Sozialdemokraten nicht nur behauptet, sondern sogar

den Bürgerlichen ein Mandat abgerungen.

Es erfüllt uns mit besonderer Freude, daß sich unsre Stimmenzahl, wenn auch langsam, so doch ständig vermehrt. Eine Bresche haben wir den Herrschaften in ihre, nach ihrer Meinung wohl uneinnehmbare Festung schon geschlagen. Ein Forts ist schon wieder erobert, und wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis die gesamte Festung, mögen sich die Kämpfe auch noch so erbittert gestalten, in unsre Hände gelangt ist!

Einem Wahlumschlag hatte man sogar einen Brief beigelegt — wohlweislich ohne Namensunterschrift —, in dem einer unsrer führenden Genossen verunglimpft und der „Postenjägerei" bezichtigt wird. Gerade der Genosse, auf den sich der Brief beziehen soll, war es, der sich ganz für die Allgemeinheit eingesetzt hat. Für seine Aufopferung bekommt er nun den Dank; man wirft ihm Postenjägerei vor. Es wird die Zeit kommen, wo dessen segensreiche Tätigkeit für die Allgemeinheit von jedem einzeln anerkannt werden wird. —

Der Schrebergartenverein hielt eine leider nur schwach besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende Thenerkauf gab bekannt, daß gegen die geplante Wegführung, die die erst im vorigen Jahr angelegten Gärten durchschneiden soll, Einspruch beim Wohlfahrtsministerium erhoben worden ist. Gleichzeitig hat auch die Gemeinde Einspruch beim Landwirtschaftsministerium erhoben, und es ist zu hoffen, daß den Einsprüchen stattgegeben werden wird. Der Vortrag eines Fachmannes über Kalk und Torfmull mußte leider wegen anderweitiger Verpflichtungen des Redners ausfallen. Da die jetzt nur geringe Mengen von Kalk und Torfmull bestellt sind, muß der Verein leider von einem gemeinschaftlichen Bezug Abstand nehmen. Wir raten den Mitgliedern, ihren Bedarf selbst zu decken. —

Funktionärsitzung. Zu einer Sitzung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter waren auch Funktionäre aus den Ortschaften Hillersleben, Wedringen, Neuenhofe und Meseberg erschienen. Die rege Aussprache bewies, daß einem lang gehegten Wunsche Rechnung getragen war. In allen Fragen, die ein Arbeiten auf breiter Grundlage notwendig machen, herrschte volle Einmütigkeit. Von allen Anwesenden wurde auch die Anregung freudig begrüßt, für die genannten Ortschaften eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Eine Kommission von vier Funktionären wird die Vorarbeiten erledigen und in einer demnächst stattfindenden Interessentenversammlung Bericht erstatten. Dem Wunsche, solche Sitzungen öfter einzuberufen, soll Rechnung getragen werden. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie fand die anregende Sitzung ihr Ende. —

Sommersdorf

Weil sie nicht zum Einzeichnen ging . . .! Bei der Frau des Landwirts G. in Sommersdorf war die 18jährige Tochter eines Arbeiters Kettigenossen(?) in Stellung. Wenige Tage vor Ablauf des Eintragungsbegehrens besuchte der Vater seine Tochter und [illegible] daß sie zum Eintragen [illegible]. Am nächsten Tage fragte Frau G., was [illegible], und freimütig erklärte das Mädel, [illegible] zum Einzeichnen zu gehen. [illegible] eine lange Rede über [illegible] kündigte dem Mädel den Dienst [illegible] Kommunistin und Reichsdeutsche könnte [illegible] gebrauchen. Das Mädel flog. Wir [illegible] das Zukünftige [illegible] Frau G. [illegible] —

Neuhaldensleben

Auf der Zuckerfabrik haben sich wieder zwei Unfälle ereignet. [illegible] —

Hundisburg

Zur Gemeindewahl.

[illegible]

Kreis Calbe

Barby

Beihilfe für die Wanderarbeiter. [illegible]

[illegible] des Arbeitsmarktes. [illegible]

[illegible] [illegible]

der Blindenanstalt zu vergeben. Angebote sind nach der Bekanntmachung des Magistrats bis zum Donnerstag den 28. November, vormittags 11 Uhr, einzureichen.

Staßfurt

Tödlicher Straßenunfall.

Am Mittwoch fanden Straßenpassanten den Brauereiarbeiter Kiel in bewußtlosem Zustand auf der Straße Hecklingen—Staßfurt. Augenscheinlich ist Kiel von einem entgegenkommenden Auto vom Rade gestoßen worden. Ein Auto ist zur selben Zeit von den Passanten beobachtet worden. In bewußtlosem Zustand wurde der Bedauernswerte nach seiner Wohnung gefahren. Trotz sofortiger ärztlicher Behandlung ist er seinen Verletzungen erlegen. Eine Gehirnverletzung ist die Todesursache. Wie bekannt wird, hat der Staatsanwalt die Untersuchung bereits in den Händen. Es wäre zweckmäßig, wenn Zeugen dieses Vorfalles sich bei der Polizei melden würden, damit der Schuldige zur Verantwortung gezogen werden kann. —

Mitteldeutsche Chronik

Sich selber lebendig begraben

Der Bergmann Ernst Zickner, der in der letzten Zeit an Schwermut litt, drang in den ausgekohlten Bruch des Tiefbaues der Grube Altzscherbein ein und verübte dort auf grauenvolle Art und Weise Selbstmord. Durch Wegschlagen der Stützen brachte er das Gestein zum Einsturz und ließ sich von den hereinbrechenden Gesteinsmassen begraben. Seine Leiche wurde geborgen. —

*

Von den Puffern zerdrückt. Auf der Grube „Emma" in Zscherben(?) lief ein Arbeiter zwischen zwei Wagen eines Güterzugs hindurch. Der Zug setzte sich in Bewegung, und der Unglückliche wurde zwischen den Puffern zerdrückt. Der Tod trat auf der Stelle ein. —

Eisenbahn gegen Fuhrwerk. In der Nähe von Bad Lauchstädt fuhr an der Straße Schotteren—Teutschenthal ein Personenzug gegen ein mit zwei Mauleseln bespanntes Fuhrwerk. Dabei wurden beide Maulesel getötet. Menschen sind nicht verletzt. Der Wagen ist fast unbeschädigt. —

Fünf Scheunen niedergebrannt. In der Scheune des Landwirts Biner in Wargoldshausen brach ein Brand aus, der an den Erntevorräten reiche Nahrung fand. Das Feuer breitete sich auf die Nachbarscheunen aus, so daß in kurzer Zeit fünf Scheunen vollkommen niederbrannten. Die Feuerwehren konnten sich nur darauf beschränken, die bedrohten Wohnhäuser vor den Flammen zu retten. Der Schaden ist sehr groß. Man vermutet Brandstiftung. —

Die Pflicht ruft

Alvensleben.

Reichsbanner. Versammlung Sonnabend den 30. November, 20 Uhr.

Biederitz.

Sozialistische Frauengruppe. Wir veranstalten am Sonnabend den 30. November einen Theaterabend. Zwei Lustspiele werden aufgeführt. Der Reinertrag des Abends wird zugunsten der Arbeiterwohlfahrt verwandt. Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft, die Veranstaltung ausnahmslos zu besuchen. —

Parteiversammlung am Donnerstag den 28. November in der „Weintraube". Dr. Tiedmann (Burg) hält einen medizinischen Vortrag. —

Burg.

Lichtbildervortrag morgen Mittwoch 20 Uhr im Lichtbildraum der Sammelschule. Lehrer Zens zeigt bei der Sozialistischen Arbeiterjugend Bilder über den Reichstag und die Reichsverfassung. Jugend und Eltern sind eingeladen.

Gerwisch.

Parteiversammlung morgen Mittwoch abend 8 Uhr bei Lenge.

Groß Ottersleben.

Reichsbanner. Freitag den 29. November, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im „Schwan". —

Die Versammlung der Freien Schulgesellschaft morgen Mittwoch abend wird verlegt und soll in der nächsten Woche stattfinden. Näheres wird noch bekanntgegeben. Wir bitten aber, nun an der Kinovorführung der Arbeiterwohlfahrt morgen Mittwoch teilzunehmen.

Kinoabend für wohltätige Zwecke im Kino in der Friedrich-Ebert-Straße morgen Mittwoch [illegible] Der Ertrag kommt der Arbeiterwohlfahrt zugute.

Sitzung der Partei am Dienstag den 3. Dezember. (Örtlicher Parteivorstand zusammen mit den neugewählten Gemeindevertretern.) —

Langenweddingen

Versammlung der Frauengruppe morgen Mittwoch 20 Uhr beim Gastwirt [illegible].

Behördliche Mitteilungen

Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen.

Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen, die in Jugendleiterinnen-Seminare eingetreten wollen(?), müssen bisher eine 1jährige praktische Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Kindererziehung und -fürsorge nachweisen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß diese Tätigkeit nach Art und Dauer nicht ausreicht, um den Schülerinnen diejenige Erfahrungsgrundlage zu geben, die für eine erfolgreiche Ausbildung im Jugendleiterinnen-Seminar nötig ist. Insbesondere hat es sich als notwendig erwiesen, daß jede Bewerberin die Erziehungsarbeit sowohl am schulpflichtigen wie am Kleinkind kennt. Auch ihre Erfahrungen in den sozialen und wirtschaftlichen Arbeitsformen, die mit der Kindererziehung und -pflege zusammenhängen, bedürfen der Erweiterung und Vertiefung.

Für hierbei die Schülerinnen der Jugendleiterinnen-Seminare [illegible] Alter erlangen, bedeutet einen Gewinn an geistiger und sittlicher Reife, der im Hinblick auf die schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben der Jugendleiterin auf sozialem und erzieherischem Gebiet erwünscht ist.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, hat deshalb der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen, soweit sie sich nicht auf die Schulbildung beziehen, neue Anordnungen für die Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen getroffen, die Interessenten in Nr. [illegible] des Amtsblattes des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt „Volkswohlfahrt" vom 17. November 1929 im Wortlaut abgedruckt finden.

*

[illegible] Volksliederbuch für die Jugend.

Dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" wird aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung geschrieben, daß von der durch die preußischen Kultusminister unter dem Vorsitz von Professor Friedlaender eingesetzten Kommission für das Volksliederbuch in Fortführung der [illegible] Volksliederbuches für Männerchor und gemischten Chor nunmehr ein Volksliederbuch für die Jugend im Verlag von C. F. Peters, Leipzig, herausgegeben wird. Das insgesamt 741 Volkslieder umfassende Werk erscheint nur vorläufig(?) in 14 Heften von durchschnittlich 160 Seiten zum Preise von je 1,50 Mark und in vier gebundenen Bänden. Das Buch empfiehlt sich besonders zum Gebrauch in den Schulen und Jugendgruppen. —

Die preußischen Sparkassen.

[illegible] „Amtliche Preußische Pressedienst" der „Deutschen Sparkassen-Zeitung" [illegible] den Bestand der Einlagen der preußischen Sparkassen Ende Oktober [illegible] Millionen Mark, die Einzahlungen betrugen [illegible] Millionen Mark.

[illegible] betrug der Bestand (Spareinlagen) in Berlin [illegible], in Brandenburg [illegible], in Pommern [illegible], in [illegible]

Der Bestand [illegible] Kontokorrent- und Depositeneinlagen [illegible] Ende Oktober [illegible] Millionen Mark, die Einzahlungen betrugen [illegible] Millionen Mark.